

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich, 1.10 M. vierteljährlich, 3.50 M. halbjährlich, 7.00 M. jährlich, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat.
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das ist jeder Brief 20 Pf., (zulässig 2 fettdruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Streifenlänge und Schließelnamen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 21. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Arbeiterfrauen!

Im Jahre 1910 kamen 58058 Geborene tot zur Welt. 311462 Lebendgeborene starben im ersten Lebensjahr. Wer trägt die Schuld an diesem Kindermord? Im reichen Tiergartenviertel starben nur 5 Prozent, im Proletarierbezirk Wedding dagegen über 40 Prozent aller Säuglinge. Es ist nicht wahr, daß vor dem Tode alle gleich sind. Der Bürgerengel trifft die Armut härter und rücksichtsloser als den Besitz. Guter Lohner reicht nicht aus, um eure Kinder zu ernähren.

Die hohen Lebensmittelpreise töten eure Lieblinge.

Um des Profits willen wehren sich die Agrarier gegen Aufhebung der Zölle und billigere Lebensmittel.

Hausfrauen und Mütter!
 Protestiert am Dienstag gegen die Herrschaft der Junker!
 Erscheint alle in unseren Versammlungen!

Gegen den Imperialismus!

Chemnitz, 20. September.

Auf eine der wissenschaftlichen Basis unserer Bewegung würdige Höhe führte die Auseinandersetzung über den Imperialismus. Und zwar war nicht allein das Referat des Genossen Gaase von hervorragendem und befruchtendem Gehalt in bezug auf die politische und theoretische Haltung unserer Partei in dieser wichtigsten Frage neuerzeitlicher Entwicklung, auch die Diskussion hielt sich durchweg auf gleich hohem Niveau.

In seiner Rede verwies Genosse Gaase, gestützt auf ein sorgfältig gesichtetes und mit Ueberzeugungskraft ausgestattetes Material auf die neueste, gewaltigste, aber auch letzte Kraftäußerung des Kapitalismus, der jetzt den ganzen Erdball umkrallt und Industrie und Handel in die äußersten Winkel aller Erdteile trägt. Kolonialpolitik, Weltmärkte und Kriegsgefahr sind die naturnotwendigen Begleiterscheinungen dieser imperialistischen Epoche. Dem gegenüber aber zeitigt der Kapitalismus auch Tendenzen, die auf friedliche und internationale Verständigungen hinweisen. Diese Tendenzen bei aller klarer Erkenntnis der imperialistischen Gefahr im Interesse des Völkerfriedens auszunutzen, hält Genosse Gaase für die Aufgabe der Sozialdemokratie. Das bedeutet für die Praxis des politischen Lebens Unterstützung aller Bestrebungen, die auf eine Einschränkung des Wettrennens hinauslaufen, damit auch ein Kampf gegen Leuerung, Schutz-zollpolitik, und wie die verderblichen Folgen alle heißen. Das Referat Gaases klang in einer wuchtigen und wirksamen Mahnung aus, alles zu tun, um den Völkerfrieden zu wahren.

Der erste Diskussionsredner, Genosse Lensch-Leipzig konnte seinen Ausführungen den Charakter eines Referates geben, da ihm der Parteitag eine Redezeit von 30 Minuten zubilligte. In geschickten Ausführungen, denen man Interesse entgegenbringen mußte, selbst wenn man ihren Grundgedanken nicht zustimmen kann, trat er den Anschauungen Gaases über die Abrüstungspolitik entgegen und wies auf die im Gefolge des Imperialismus zu erwartenden Massenkämpfe, die Bedeutung der Milizfrage usw. hin. Genosse Pannetkoel-Bremen sekundierte ihm und legte Nachdruck darauf, daß die von ihm und Lensch vertretene Theorie von der Unvermeidlichkeit des Imperialismus noch lange keine Rechtfertigung desselben bedeute. Genosse Bernstein verfocht in einem interessanten historischen Rückblick die These, daß die Abrüstung keine Utopie sei.

Auch die weitere Debatte, die noch einen Teil der Nachmittags-sitzung beanspruchte, bot eine Reihe von interessanten und anregenden Momenten. So wies Genosse Grumbach aus Kolmar u. a. auf die Bedeutung und die nachhaltige Wirkung hin, die die einmütige Annahme der dem Referat Gaases unterlegten Resolution im Zustand haben werde, wie sie die Genossen in Frankreich, England und in den anderen Ländern zur Unterstützung der gleichen Abrüstungspolitik aneignen müsse. Genosse Liebknecht sprach in demselben Sinne und vertrat besonders die Anschauung, daß Abrüstungspolitik und Milizforderung einander nicht ausschließen, vielmehr Etappen auf dem Wege völliger internationaler Solidarität sind. Als Befechter der Anschauungen von Lensch und Pannetkoel

trat Genosse Cohen-Leipzig auf den Plan, der gegen die Aeußerungen Bernsteins, aber auch gegen die Kautskys polemisierte. Genosse Duessel-Darmstadt sieht in der Erscheinung des Imperialismus schwere handels- und industriepolitische Probleme, die ihm zunächst nur als einzige Lösung die Politik der „offenen Tür“ aufzwingen. Genosse Ledebour bekämpfte Duessels Anschauungen und setzte sich dann mit Lensch auseinander. Zwischen beiden Genossen bestehen bekanntlich schon seit vorigem Jahr Meinungsunterschiede über die Abrüstungspolitik. Nach einem kurzen anfeuernden Schlußwort des Genossen Gaase wurde die Imperialismusrésolution mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die unter Verfallmierung der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Mächte, die tiefe Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Wertverwertungsmöglichkeiten.

Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgedehnt. Die durch das Schutzollsystem mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftslieben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Nachmittel ihren Expansionsbestrebungen dienstbar zu machen, von dem Wirtschaftsgebiet der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtsphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenten auszuschließen. Zu diesem Zweck ist die brutale Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg verspricht. Eine skrupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren völkerverfeindlicher Charakter bereits der Parteitag in Mainz im Jahre 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Weltweite Herrschaft durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Nordwestwege in unerhöhter Weise vermehrt und vervollkommenet.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwickelungen und scharfe Gegensätze, die wiederum den Antriebe für bis zum Wahnsinn vermehrte und verstärkte Rüstungen geben.

Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verschärft durch die schamlose Dege der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferang von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Beamtenapparates und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgaben bürden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Leuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten. Sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gesühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag bekundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu stützen.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettrennen ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegenreißt.

Der Parteitag fordert an Stelle heutigetiger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzollsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdet für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des kassendehinnten Proletariats einlegen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergeworfen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

Vor der Debatte über den Imperialismus wurden noch der Bericht der Reichstagsfraktion und die dazu gestellten Anträge erledigt. In seinem Schlußwort ging Genosse Stadhagen den zahlreichen und vielartigen Anträgen, die zu diesem Punkt vorliegen, kritisch zu Leibe. Sein Plaidoyer für die Sonderkonferenzen zeitigte Zwischenspiele, die zwar mehrfach Heiterkeit erregten, im Grunde aber doch nicht so ganz harmlos waren. Das geht auch daraus hervor, daß die Frage der Sonderkonferenzen Anlaß zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte und persönlichen Bemerkungen gaben. Bei der Abstimmung über diese Frage siegte schließlich der Antrag Sindermann, in dessen Sinne Genosse Vebel gestern gesprochen hatte. Mit Annahme dieses Antrages gegen ganz wenige Stimmen ist den Genossen die moralische Pflicht auferlegt worden, auf Nichtungskonferenzen zu verzichten. Einstimmige Annahme fand dann ferner der An-

trag, der Schutz vor Streikbrechern fordert. Die Sensationshoffnungen der bürgerlichen Presse auf ein großes Abschlagen im „Falle Landsberg“ wurden dadurch enttäuscht, daß ein Antrag angenommen wurde, der unter Hinweis auf die Stellungnahme der Magdeburger Organisation gegen Landsberg und unter Betonung unserer prinzipiellen Anschauungen die Angelegenheit für erledigt erklärt.

Den Schluß der Sitzung füllte die Frage der Maifeier aus. Das Referat, das Genosse Pfannkuch erstattete, gipfelte darin, daß im wesentlichen an dem bestehenden Zustand nichts geändert werden soll. Dagegen kämpfte Genosse Lipinski-Leipzig in der Diskussion scharf gegen den Nürnberger Beschluß auf Abführung des Arbeitsverdienstes am 1. Mai, den er beseitigt wissen will, da er ungerecht und streiterzeugend sei. Lipinskis Ausführungen stießen auf lebhafteste Opposition, fanden aber auch bei einem nicht unerheblichen Teil des Parteitages starken Beifall.

Die Genossen Gense-Hamburg und Ehlers-Nübed wandten sich energisch gegen die Forderungen Lipinskis. Auch Genosse Robert Schmidt verurteilte mit Recht die unerwünschten Reibereien, die die Durchführung des Nürnberger Beschlusses zur Folge gehabt hat und beantragte, diesen Beschluß dahin zu modifizieren, daß nur Partei- und Gewerkschafts-Angestellte (also nicht Buchdrucker usw. in Parteigeschäften, Konsumvereins- und Krankenkassen-Angestellte und dergleichen) zur Abführung des Tagesverdienstes zu verpflichten seien. Die namentliche Abstimmung ergab die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses mit 271 gegen 221 Stimmen. Um den oben skizzierten Antrag des Genossen Robert Schmidt entspann sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte, die schließlich zur Ueberweisung der Materie an den nächsten Parteitag führte.

Deutschland und England.

Seit Jahren vertritt die deutsche Sozialdemokratie mit immer steigendem Nachdruck die Ansicht, daß die auswärtige Politik der deutschen Regierung einen gemeingefährlichen Charakter angenommen hat. Das Wettrennen bedeutet Völkerausplünderung und Kriegsgefahr in Permanenz, eine ständige Beunruhigung aller wirtschaftlichen und internationalen Beziehungen. Die liberale Presse aber hat in der Kritik der auswärtigen Politik nicht nur nicht versagt, sie ist immer mehr und immer kritischer ins Fahrwasser der Kolonialenthusiasten und Rüstungspolitik geraten. Von ihren verbreitetsten Organen gibt sich die „Frankf. Zeitung“ zum offiziellen Sprachrohr der Wilhelmstrasse her und das „Verl. Tagebl.“ hat nach dem Scheitern des Charaktervollen, dem Militarismus und Marinismus mit sachverständiger Kritik gegenüberstehenden Herrn Gädke, sich einen ganzen Haufen von Offizieren a. D. beigelegt, die bei jeder Gelegenheit die Durastimmung fördern. Da ist es immerhin beachtenswert, daß das Blatt heute einmal einen Artikel bringt, worin das völlige Fiasco einer auswärtigen Politik, die den Gegensatz zu England immer weiter steigert, konstatiert wird. Der Artikel legt zunächst dar, daß auch für England die Bündnispolitik mit Rußland und Frankreich steigende finanzielle und politische Opfer fordere und fährt dann fort:

Wenn für Englands Macht in der gewaltigen Ausdehnung seiner Abhängigkeiten und Interessen ein Element der Schwäche liegt, so ist ein großer, richtiger Teil der deutschen Nachmittel durch das deutsch-französische Verhältnis gebunden. Wohl nur unverbesserliche Optimisten werden behaupten, daß bei einem Konflikt Deutschlands mit einer anderen Großmacht nicht sofort Frankreich auf dem Plan erscheint. Diese Sachlage müßte, so sollte man meinen, es Deutschland dringend raten erscheinen lassen, mit allen Mitteln einen Ausgleich mit England zu suchen. Die Begrenztheit zweier so starker Faktoren wie England und Frankreich genügt, um eigentlich jede deutsche politische Aktion zur Unfruchtbarkeit zu verdammen — vide Marokko. Von mancher Seite wird zwar eingeworfen, daß der altbewährte Dreieund uns in unseren Verbänden ein Gegengewicht finden läßt. Unser zuverlässiger Donaualliierte würde indes in Konfliktfällen außer Rußland noch am Balkan und an den Alpen durchaus nicht gering zu schätzende Gegner finden. Welcher Machtgruppe aber unser anderer Bundesgenosse tatsächlich angehört, darüber besteht bei einflussreichen Politikern längst kein Zweifel mehr. Meccias sprach schon eine nur zu bereite Sprache. Gelegenliche kleine Verräuer und Zeitungspolemiker, wie anlässlich der Tripolisaktion zwischen Paris und Rom, sind belanglos, namentlich gegenüber der traditionellen und auch in den Machtverhältnissen begründeten Fingergabe Italiens an England.

Dies wäre das rein politische Moment. Wie steht es nun in finanzieller und volkswirtschaftlicher Hinsicht? Die latente Begrenztheit hat beide Mächte zu großen Rüstungen veranlaßt. England wendet stärkere Mittel als bisher für sein Landheer auf und hat jetzt ein Flottenbudget, das selbst von diesem reichen Lande nur mit Mühe aufgebracht wird. Wir müssen notgedrungen im Wettrennen mit unserem französischen Nachbar auf das Meer ungeheure Summen verwenden, zu denen sich jetzt, lediglich im Hinblick auf England, enorme Flottenausgaben gesellen. Jeder anderen Macht gegenüber würde eine kleinere deutsche Flotte genügen. Ohne die Spannung könnten beide großen Reiche erheblich mehr für kulturelle Zwecke aufwenden und außerdem noch ihre schwer bedrückten Steuerzahler entlasten.

Dem politischen Wettbewerze stellt sich vielfach ein handelspolitischer an die Seite. England und Deutschland sind die Hauptweltlieferanten von Kohle und Eisen. Statt sich hierin und

in vielen anderen Branchen zu unterbieten, würden freundschaftliche politische Beziehungen gewiß auch rein materiell für die beiderseitige Handels- und Industriewelt gute Früchte tragen. Beide Nationen haben als die ersten Handelsvölker der Welt das gleiche Interesse, daß allefalls Frieden herrscht und überall die im Prinzip stets bewilligte, in prakt. aber meist verteilte offene Tür gewahrt wird. Einem gemeinsamen Druck durch gewaltigen Reiche könnte sich kein Dritter entziehen, wie denn auch Amerika nur dank dem Antagonismus der beiden führenden Staaten mit dem alten Europa recht unglücklich umspringt. Deutschlands Freundschaft würde England jeder Sorge um seine amerikanischen Besitzungen entheben. Deutschland dagegen könnte mit Englands Unterstützung die schwer erprobte Konstante Beirückung seines Handels mit Südamerika durch die Vereinigten Staaten sich ernstlich verbitten. Auf sich allein gestellt oder in loserer Feindschaft lebend, müßten aber die beiden ersten Großmächte der Welt in oft unvorhergesehener Weise um Uncle Sam's Gunst buhlen.

Man sieht, der Verfasser ist sehr weit von dem sozialdemokratischen Standpunkt entfernt, der prinzipiell jede gewalttätige kapitalistische Expansionspolitik ablehnt. Er sieht aber doch, daß das Westrücken zu einem dauernden Gemüts jeder friedlichen Politik überhaupt geworden ist und tritt deshalb für eine Verständigung mit England ein.

Leider ist die Hoffnung, daß die Liberalen der herrschenden Gewaltspolitik in Zukunft energisch entgegenzutreten werden, nach wie vor sehr gering. Sie sind schon allzusehr von der imperialistischen Ideologie zerfressen. Aber gerade deshalb ist es so wichtig, daß die Arbeiterklasse mit unermüdlicher Energie den Nützlichkeitswahn bekämpft und in immer weitere Volkstiefe die Erkenntnis trägt, wie verdetlich eine auswärtige Politik ist, die in der Rivalität mit England ihren einzigen leitenden Gesichtspunkt hat.

Die Regierung fördert den Sozialismus.

Die glänzende Rede, die unser Genosse Scheidemann auf dem Parteitage über die Teuerung gehalten hat, veranlaßt sogar das Darmstädter nationalliberale Amtsblatt zu dem Eingeständnis, daß sie „leider“ einen Kern enthalte, „der weit über die Sozialdemokratie hinaus Billigung finden wird“. Was Scheidemann gesagt habe „ganz besonderen Wert, weil es mit größerer Deutlichkeit, als bisher gesehen, einmal auf die Gefahren hinweist, die für unser Wirtschaftssystem gerade von denjenigen herausbeschworen werden, die wähnen, durch ihre Haltung gegenüber der Teuerung es vor Erschütterungen zu bewahren“. In der städtischen Lebensmittelversorgung erblickt das Blatt einen schweren Angriff auf unser Wirtschaftssystem.

„Dank der monatelangen Unfähigkeit der Reichsregierung, dank ihrer Vermählungen, ein nachsichendes und angelegentliches Wohl zu zwingen, sein Nahrungsbedürfnis der unzulänglichen Erzeugungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft anzupassen, sind unter der Oberfläche unseres Wirtschaftssystems Neubildungen entstanden, deren Weiterentwicklung es viel einschneidender ändern würde, als der „Abbau der Rölle“ es vermöchte. Unter dem Druck der Teuerung haben sich neue Faktoren des Wirtschaftsprozesses gebildet, die andere ausschalten oder ihnen doch die Bewegungsfreiheit nehmen.“

„Unter solchen Umständen ist es kaum mehr eine hohe Phrase aus dem Wollenland des Zukunftsstaates, wenn Scheidemann die „anfechtende Neubesetzung“ gebraucht: Hier muß es auf Ganze gehen! Verrückung der kapitalistischen Produktion und Ertrag durch den Sozialismus. Gibt es in den Reichsämtern keine einflussreiche Persönlichkeit, die die Tragweite dieser ersten Anfänge einer neuen Entwicklung erkennt? Dabei handelt es sich ja gar nicht mehr um Freihandel oder Schutz Zoll — der Streit wird völlig zur Nebenache — das sind vielmehr unerschöpfliche die keine sozialistischen Nahrungsmittel vertrieben.“

Die Ratlosigkeit der Regierung ist ihr unübertrefflicher Nährboden, und haben sie erst Wurzel geschlagen, ist an ihre völlige Ausrottung nicht mehr zu denken. Die Dinge stehen jetzt so, daß die bisherige Haltung der Regierung der Entwicklung unserer Nahrungsmittelverteilung zum Sozialismus aufs nachdrücklichste Vorschub geleistet hat.“

Bisher erhoben die Agrarier den Vorwurf, der Liberalismus fördere die Sozialdemokratie. Zur Abwechslung kommt's einmal umgekehrt: die Junker steuern direkt in den Zukunftsstaat hinein. Da kenne sich noch einer in dieser verkehrten Welt aus!

Das gelüste Teuerungssproblem.

Das Scharfmacherorgan die „Post“ hält das Teuerungssproblem in Köln für gelöst, seit die Stadtgemeinde Fleisch aus Dänemark bezieht und unter dem Einkaufspreis an Schlächter abgibt. Da auch die Roulantenz dänisches Fleisch bezogen hatte, kam an einem der letzten Marktstage ein Lieferangebot zustande und die Preise sanken um 20—30 Pf. Die Großschlächter mußten ebenfalls inländisches Fleisch unter dem Selbstkostenpreis abgeben. Dem Wunsche der „Post“, daß auch andere Städte dem Beispiel Kölns folgen sollten, können wir uns nur anschließen. Aber die „Post“ zeigt eine merkwürdige Logik, wenn sie diesen Weg als einzig möglichen zur „Verschwendung des Fleischnotgelpensens“ empfiehlt. Viel einfacher ist es doch, die Grenzen zu öffnen, und dazu bedarf es der Hilfe der Städte nicht mehr. Das Fleisch kommt dann ohne finanzielle Verluste der Kommunen billig hinein. Die Teuerung kann in dem Grade, wie sie in Deutschland austritt, doch nicht international sein. Denn wie sollte das in Dänemark teure Fleisch das Kunststück fertig bekommen, in Deutschland plötzlich billiger zu sein!

Nur den § 12.

Auf eine Anfrage der Chemnitzer Fleischgewinnung bei einigen bedeutenden Gefrierfleischimporturen über die Lieferung von Gefrierfleisch liefen folgende Antworten ein. Von Lohmann u. Co.: Es ist und nicht möglich, Ihnen zurzeit eine feste Offerte zu unterbreiten, aus dem einfachen Grunde, weil wir erst die Verhandlung des Bundesrates abzuwarten wünschen, ob der § 12 des Fleischbeschaugesetzes fällt. Fällt er nicht, so haben wir keine Absicht, einige Millionen Mark festzulegen in Kühlanlagen. — Von der Swift Pading Company in Hamburg: Die Preise sind natürlich veränderlich, und es ist wohl richtiger, daß wir mit einer Festofferte erst dann heraustreten, wenn von der Regierung Beschlässe gefaßt sind. Sobald dies der Fall ist, dürfte sich eine große Nachfrage geltend machen, und dann wird selbstverständlich ein regelmäßiger Verkehr von La Plata nach Hamburg eingerichtet werden, und wir werden dann sehr wahrscheinlich alle Aufträge von einem Hamburger Gefrierhaus aus erfüllen können. — Die früheren Urteile von Fachleuten, daß eine Einfuhr nur bei Aufhebung des § 12 möglich sei, werden damit bestätigt. Bei wem erkundigt sich das Reichsgelundheitsamt über diese Frage? Ist es gründlich, daß eine Asten noch immer nicht vollständig sind?

Mehr Pferde- und Hundfleisch, weniger Bier.

Unter dieser Überschrift wird der „Täglichen Rundschau“ aus Dresden berichtet: „Sehr traurige Zahlen enthält die Statistik des Fleischverbrauchs in unserer Stadt. Seit 1898, also seit 14 Jahren, hat der Verbrauch von Pferde- und Hundfleisch ständig zugenommen. Nach dem „Statistischen Jahrbuch der deutschen Städte“ wurden geschlachtet: 1898: 1339 Pferde und 82 Hunde; 1903: 1506 Pferde und 158 Hunde; 1905: 1554 Pferde und 165 Hunde, und 1909: 1664 Pferde und 125 Hunde. — Wie der Fleischverbrauch in einem einzigen Jahre zurückging, erhellt man aus den monatlichen Heften des statistischen Amtes der Stadt Dresden. Ende Juli 1911 kamen auf den Kopf der Bevölkerung insgesamt 4,36 Kilogramm vom westlichen Fleische, 1912 nur noch 3,98 Kilogramm auf den Kopf, also fast 400 Gramm weniger. Der Bierverbrauch ist gleichfalls sehr stark zurückgegangen, was ebenfalls daraus schließt, daß die Bevölkerung sich einschränken muß. Er sank von 618 790 Hektoliter Lager- und Doppelbier im Jahre 1908, wo er am höchsten war, auf 588 824 Hektoliter im Jahre 1909.“

Uebrigens haben sämtliche Gast- und Schankwirte sowie die Saalinhaber in Chemnitz und Umgegend beschlossen, die Preise für Speisen am 1. Oktober zu erhöhen.

Die Verteuerung der Futtermittel!

Eine wesentliche Ursache für die Fleischnot ist der hohe Preisstand für Futtermittel, den zu erhalten die Großgrundbesitzer interessiert sind. Die Verteuerung wesentlicher Futtermittel veranschaulicht diese Tabelle. Es lasteten nach der amtlichen Statistik 1000 Kilogramm Mark:

	im August 1911	1912	Steigerung in Prozent
Futtergerste	159,1	186,3	23,4
Safer	258,6	320,7	13,0
Heu, altes	70,2	89,2	12,7

Da auch andere Mittel für die Viehzucht, z. B. Stroh teurer geworden sind, bedeutet die Preissteigerung eine ganz erhebliche Erhöhung der Produktionskosten, was in den gesteigerten Vieh- und Fleischpreisen zum Ausdruck kommt. Trotzdem protestiert das Junkertum gegen jede Erleichterung der Einfuhr von Futtermitteln. Mag das Volk hungern, die Junker wollen ernten.

Gemeinden und Teuerung.

Die von der Deimelder Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Kommission hat gemäß den Entzügen eines sozialdemokratischen Mitgliedes beschlossen: 1. einen Verzicht auf die Einfuhr von Gefrierfleisch zu machen, 2. den städtischen Fischverkauf wieder einzurichten, 3. bei der Regierung vorstellig zu werden, daß dänisches Schlachtwiech eingeführt wird, 4. durch die Stadt auf die Preissteigerung auf dem Gemüßmarkt dadurch einzuwirken und den Preisstreibern der Händler entgegenzuwirken, daß von der Stadt der Gemüßverkauf betrieben wird.

Der Stadtrat in Bautzen beschäftigte sich mit dem sozialdemokratischen Antrage, Maßnahmen gegen die Teuerung zu treffen. Er beschloß nach dem Vorbild der Dresdener Stadtgemeinde dänisches frisches Rindfleisch und argentinisches Gefrierfleisch einzuführen und mit den Fleischern ein Abkommen zu treffen, damit diese das Fleisch mit geringem Aufschlag an die Konsumenten abgeben. Zu den anderen Forderungen des sozialdemokratischen Antrages: Öffnung der Grenzen, Einberufung des Reichstages usw., will der Stadtrat noch Stellung nehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. September 1912.

Das Ministerium Hertling und das Koalitionsrecht.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer gab heute der Verkehrsminister v. Seidlein bei der Beratung des Eisenbahnetats eine grundsätzliche Erklärung über die Stellung der bayerischen Staatsregierung und besonders der Eisenbahnverwaltung zum Süddeutschen Eisenbahnverband und zum Streikrecht der Eisenbahner ab. Ausgehend von der Meinung der liberalen Abgeordneten Dr. Winter: „Solange das Staatswohl nicht gefährdet ist, kann jede Partei sich ausleben“, erklärte der Minister von Seidlein:

„Die Verkehrsbeamten und Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß sie im Interesse des Staates und des Dienstes kein Recht auf Arbeitsverweigerung haben und daß sie keinen Organisationen angehören dürfen, die dieses Recht als zulässig erachten, gleichviel, ob es freie, christliche oder sonstige Gewerkschaften sind. Soweit sich aber Beamte und Organisationen auf gesetzlichem Boden bewegen und das staatliche Interesse nicht verletzen, legt ihnen die Regierung keine Schranken in den Weg.“

Wie schon der frühere Minister v. Frauenhofer erklärte auch Herr v. Seidlein, daß es nicht nötig sei, auf dem Boden des Beamtengesetzes, etwa durch ein Disziplinarverfahren, festzusetzen, ob der Süddeutsche Eisenbahnverband ein politisches oder sozialistisches Gebilde sei, und ob daher der Beitritt zu diesem Verbande den Beamten der Verkehrsverwaltung verboten werden könne. Nach wie vor lasse sich jedoch die heutige Regierung wie die frühere von dem Grundsatze leiten, daß Angehörige der Sozialdemokratie sich von selbst von der Beamteneigenschaft ausschließen und daß der Staat die Pflicht habe, alle Bestrebungen zu bekämpfen, die das Streikrecht für die Eisenbahner beanspruchen oder begünstigen.

Verschlechterung des Stadtverordneten-Wahlrechtes in Plauen i. V.

Aus Plauen wird uns geschrieben: Die Stadtverordneten in Plauen werden nach dem allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wählerrecht gewählt. Trotzdem war es bis jetzt der Sozialdemokratie nicht möglich, einen Kandidaten durchzubringen. Infolge der tiefsten industriellen Entwicklung Plauens, die die Stadt in wenigen Jahren aus einer unbedeutenden Mittelstadt zu einer Großstadt mit rund 130 000 Einwohnern machte, sind die Wählerstimmen der Sozialdemokratie jedoch beträchtlich gewachsen, so daß bei der letzten Wahl (1911) die sozialdemokratischen Ersatzkandidaten gewählt wurden. Fast allgemein wird damit gerechnet, daß bei der diesjährigen Stadtverordnetenwahl eine Anzahl Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung gelangt. Deshalb hat der neue erst seit einigen Monaten amtierende Oberbürgermeister Dr. Dehne, der bis vor kurzem Stadtrat in Dresden war, sich mit nichts Besserem als einer Wahlrechtsverschlechterungsvorlage einzuführen getraut. Das gerechte Wahlrecht des Oberbürgermeisters soll angeblich allen Schichten der Bürgerschaft, auch den Minderheiten, eine Vertretung sichern, den für die Gemeinde besonders wertvollen und wichtigen Bürgern einen größeren Einfluß einräumen und schließlich Gewähr dafür bieten, daß nicht eine politische oder wirtschaftliche Partei allein die absolute Mehrheit im Kollegium erlangt. Um solche hohen Ziele zu erreichen, sollen die wahlberechtigten Bürger in fünf Klassen geteilt werden, deren Grundlage das Einkommen bildet; und zwar:

Jahresinkommen bis	1. Klasse
2 200 M.	2
4 000 „	3
8 000 „	4
12 000 M.	5

Ferner sollen aus der gesamten Wählerschaft jene Einwohner herausgehoben werden, denen ein größerer Einfluß zukommt. Es sind dies nach der Meinung des Oberbürgermeisters:

1. die ansehnlichen Hausbesitzer;
2. die selbständig einen Beruf ausübenden;
3. die, welche eine Schulbildung aufweisen können, die für den einjährig-freiwilligen Militärdienst genügt;
4. die, welche sich über 15 Jahre im Besitze des Bürgerrechtes befinden.

Der Bürger, der zu einer oder zu mehreren dieser vier Gruppen gehört, soll in einer nächsthöheren Klasse wahlberechtigt sein, als jener, zu der er seinem Einkommen nach gehört. Ferner soll die Stadtverordnetenwahl, die in diesem wie in jedem Jahre stattfinden müßte, bis zum nächsten Jahre verschoben werden, und außerdem sollen nur alle 3 Jahre Stadtverordnetenwahlen stattfinden.

Der Wahlrechtsentwurf zeigt demnach in jeder seiner Bestimmungen, daß er einzig und allein gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist.

Die Parteileitung in Plauen hat sofort eine Protestbewegung eingeleitet. Sie bereits telegraphisch gemeldet wurde, fanden Dienstag während der Stadtverordnetenversammlung Straßendemonstrationen statt, an der viele Tausende teilnahmen. Die bürgerliche Presse beehrte sich, Lärtareinmüchungen über „Straßenkämpfe in Plauen“ in die Welt zu setzen. Wahrheit ist, daß 8000 bis 10 000 Männer und Frauen demonstrierten, aber in vollkommener Ruhe. Aufstrebungen erfolgten nur durch die Polizei, die mit der blanken Waffe in die Massen einfiel, mehrere Personen verlegte und etwa 60 Verhaftungen vornahm.

Religion und Politik.

Die liberale „Zweibrücker Zeitung“ ist in der Lage, folgendes Geheimdekret des Bundes der Landwirte zu veröffentlichen:

Bund der Landwirte Frankfurt a. M.
Tel.-Adr. Landwirtebund Frankfurt/Main.

Frankfurt a. M., 11. 9. 12.

Auf Wunsch der händlerischen pfälzischen Herren Landtagsabgeordneten und im Auftrage der Herren Wahlkreisvorsitzenden gehalten wir uns, ergebenst folgendes mitzuteilen:

Am Sonntag, den 1. September, tagte der Landesvorstand der Abteilung Pfalz und hat derselbe unter anderem auf Anregung des protestantischen Pfarrers Schäfer-Speyerdorf folgendes beschlossen:

Bei den Presbyterwahlen (Kirchenvorstandswahlen), die in diesem Herbst stattfinden, soll der Bund der Landwirte eine energische Tätigkeit darin entfalten, daß mehr Anhänger des Bundes der Landwirte als Presbyter aus den Wahlen hervorgehen. Der Landesvorstand begründet seinen Beschluß damit, daß der Bund der Landwirte den Herren Geistlichen gegenüber eine Nachstellung bekommt, die in den Zeiten von Reichs- und Landtagswahlen, wo diese Herren fast immer als Gegner von uns auftraten, sehr schwer ins Gewicht fallen dürfte.

Indem wir den Herren Vertrauensmännern von dem Beschluß des Landesvorstandes Kenntnis geben, bitten wir Sie, nunmehr möglichst bald die Mitglieder Ihrer Ortsgruppe zusammenkommen zu lassen und darüber zu beraten, welche Wege eingeschlagen werden sollen, um bei den bevorstehenden Presbyterwahlen energisch eingreifen zu können. Es dürfte dabei hauptsächlich notwendig sein, daß zu den Wahlen Männer aufgestellt werden, die dem Bund der Landwirte angehören und ein solches Ansehen in der Gemeinde genießen, daß sie auch selbst der ausübenden Gemeindeglieder gewählt werden. Die Aufstellung geeigneter Kandidaten wäre dann baldmöglichst notwendig. Nachdem sich die aufgestellten Kandidaten zur Annahme einer Kandidatur bereit erklärt haben, ist es dann Sache der Ortsgruppe und der betreffenden Bundesmitglieder, daß diese energisch für deren Wahl eintreten. Sie sollen möglichst rasch damit beginnen, damit Ihnen seitens einer anderen Vereinigung nicht zuvorgekommen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung und freundlichem Bundesgruß.

Die Geschäftsstelle: Grein.

Nach seinen Aussagen ist der Bund der Landwirte lediglich eine wirtschaftliche Vereinigung — trotzdem betreibt er nicht nur eine intensive politische Agitation und stellt eigene Reichstagskandidaten auf, sondern beteiligt sich, wie das obige Schreiben beweist, auch an Kirchenwahlen. Das Vereinsgesetz gilt für ihn nicht.

Die unzufriedene „Germania“.

Das Berliner Zentrumsblatt gibt seinem sehr begrifflichen Unmut über den Ausgang der Debatte über das Stichwahlabkommen auf dem Parteitage bledien Ausdruck. Den armen, vom allmächtigen Parteivorstand abhängigen Delegierten ist es zu danken, daß ihm kein Mißtrauensvotum erteilt wurde. Ueberhaupt sei ein sozialdemokratischer Parteitag gar nicht fähig und selbständig genug, dem Vorstande ein Mißtrauensvotum zu geben. Nachdem die „Germania“ in den sozialdemokratischen Parteitag wie einen Katholikentag einschätzt, kommt sie zur folgenden wunderbaren Schlussfolgerung:

Dem sozialdemokratischen Parteivorstande scheint gar nicht einmal der Gedanke gekommen zu sein, daß er in einer so wichtigen und dringlichen Angelegenheit, wie es ein den Parteigrundlagen widersprechendes allgemeines Stichwahlabkommen mit der Fortschrittspartei offenbar war, auch die „oberste Parteinstanz“ zu hören habe und deshalb sofort einen außerordentlichen sozialdemokratischen Parteitag einberufen müsse. Jetzt, wo die Sozialdemokratie die gegenwärtige Teuerung agitatorisch und demagogisch zu verwerten sucht, fordert sie dagegen eine sofortige Einberufung des Reichstages zu einer außerordentlichen Session behufs Beratung der Teuerungssfrage. Ist das nun vom sozialdemokratischen Standpunkt aus etwa konsequent?

Die „Germania“ sollte eigentlich wissen, daß bei den diesjährigen Reichstagswahlen nicht so viel Zeit zum Verhandeln war, als bei dem Abkommen im Dom zu Speyer. Wesshalb macht das Zentrumsblatt es mit dem Kollegen von der anderen Fakultät, dem „Reichsboten“, aus, wer das dümmste von den beiden Zeitungspapieren ist!

Amtliches Ergebnis der Reichstagswahlwahl in Schlettstadt.

Bei der am 16. d. M. abgehaltenen Reichstagswahlwahl im 6. Wahlkreis des Reichstages für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Will (elf. Zentr.) erhielten bei 16 157 eingetragenen Wahlberechtigten und 12 107 abgegebenen gültigen Stimmen Redakteur Dr. Hoegh-Colmar (elf. Zentrum) 7102, Gewerkschaftssekretär Jundt, Straßburg (Soz.) 2769 und Weingutbesitzer Andlauer-Schlettstadt (elf. Fortschrittspartei) 2315 Stimmen; gesplittelt waren 11 Stimmen. Dr. Hoegh ist somit gewählt.

Auch eine Statistik!

Ueber die Selbstmorde in der kaiserlichen Armee macht das soeben erschienene Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen folgende Angaben. Es fanden im Jahre 1910/11 23 Selbstmorde von Soldaten statt gegen 29, 26, 22 in den Vorjahren, davon 12 durch Erschießen, 5 durch Erhängen, 3 durch Ueberfahrenlassen und 1 durch Sturz in die Tiefe. Als Ursachen werden angegeben: 8 mal Furcht vor Strafe, 3 mal Voller und Leidenschaft, 4 mal unglückliche Familien- oder Vermögensverhältnisse, 2 mal Lebensüberdruß usw.

Nicht ein sächsischer Soldat hat sich nach dieser offiziellen Statistik in den letzten zehn Jahren wegen Mordhandlung das Leben genommen, für welche Selbstmordursache die Statistik überhaupt keine Rubrik hat. Die sächsische Armee, die die Ursache der meisten Soldaten-Selbstmorde überhaupt nicht zu kennen scheint.

Kritische Lage im Balkan.

Man schreibt uns aus Belgrad: Es ist noch ganz unbestimmt, ob im Balkan die Ruhe nicht gestört werden wird. Eine vorläufige Maßnahme, das Ausfuhrverbot für Getreide und Viehfutter, die über Serbien vor einigen Tagen verhängt wurde, ist nach wütendem Geschrei der Börse aufgehoben worden. Dagegen hat man von der Ausführung der Teilmobilisation nicht Abstand genommen. Vom 24. September angefangen werden die gesamten Soldaten der Reserve zu Übungen eingezogen. Bis zu den Wintermonaten wird tatsächlich das stehende Heer verdoppelt. So werden in Serbien wie in Bulgarien unter dem Vorwande der regelmäßigen militärischen Übungen die ersten Vorbereitungen zu einem Einfall getroffen.

In der Türkei ist man sehr beunruhigt. Gegen die serbischen und die bulgarischen Grenzen konzentriert man ständig die militärische Macht. Dabei aber meidet die türkische Regierung alles, was einer Herausforderung ähneln könnte. Man weicht dem Streite aus, man gibt die Fehler zu, man verspricht alles, um voraussichtlich nach dem Friedensschlusse mit Italien nach dem alten Brauch der türkischen Regierungen das Wort nicht zu halten.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die drohende Haltung aller Balkanstaaten der Türkei gegenüber stark dazu beigetragen hat, der Ausrottung der christlichen Bevölkerung in der europäischen Türkei ein Ende zu machen. Nicht nur mit Militär, sondern vor allem mit der kräftigen Unterstützung der rechtslosen christlichen Nationen haben die Jungtürken feinerseits den Sieg erobert. Sie proklamieren die allgemeine Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sie erklären sich bereit, die Unterjochung einer Nation durch die andere für alle Zeiten aufzuheben. Obgleich die Nationen von den Jungtürken betrogen worden sind, obgleich sie mit ihnen völlig gebrochen hatten, betrachtete die ehemalige Herrschaft die christlichen Nationen noch immer als die Grundfrage der jungtürkischen Regierung. Und als diese Regierung fiel, was anders war zu erwarten als gegen die Ungläubigen mit Waffen vorzugehen, sie wieder zu unterjochen, zu knebeln. Jedoch die Drohungen der Balkanregierungen und die Abhängigkeit vieler Armeen von diesen Regierungen, zwangen die neuen Machthaber in der Türkei, mit ganzer Kraft die eigenen Leute zu jügeln.

Und doch scheint aus dieser ganz nützlichen scharfen Haltung der Balkanregierungen eine furchtbare Katastrophe zu entstehen. Die verschiedenen Regierungen haben die Ueberzeugung gewonnen, daß ein getrenntes Vorgehen zwecklos sei. Selbst die bulgarische Regierung, die lange mit ihrer „glänzenden Isolierung“ prahlte, ihre „preussische Rolle“ im Balkan der Welt verkündete, bemüht sich, einen militärischen Bund der christlichen Balkanstaaten zu gründen.

Man spricht heute ganz ernst über eine militärische Konvention zwischen Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland, um die europäische Türkei gemeinsam anzugreifen und zu verteidigen. Man das wahr ist, dann ist es der widersinnigste und für die selbständige Entwicklung der Balkanländer gefährlichste Plan, der überhaupt bestehen kann. Ein solcher Krieg wäre der Anfang der Vernichtung der politischen Selbständigkeit der Balkannationen. Möglich ist, daß die Türkei nicht genügend kräftig wäre, sich gegen eine nationale Revolution im Innern und einen Angriff an allen Grenzen zu wehren. Aber sicher ist, daß nicht die heutigen Balkanstaaten die Früchte eines Krieges im Balkan genießen werden.

Im Balkan gibt es keinen Platz für einen Krieg der Nachbarnationen. Alle Nationen müssen zusammenhalten, und sich mit aller Kraft jeder fremden Einmischung in ihre Angelegenheiten widersetzen. Wir Sozialdemokraten wollen keinen Krieg gegen die Türkei, wir protestieren gegen ihn, wir setzen die allgemeine Verbündung und die demokratische Balkanrepublik dem ganzen kriegerischen Geschrei der Bourgeoisie entgegen.

Schweiz.

Der Luftkrieg.

Genf, 20. September. In der heutigen Vormittags-sitzung der interparlamentarischen Konferenz wurde über den Antrag Veernaert betreffend Verbot des Luftkrieges verhandelt. Senator d'Estournelles de Constant, unterstützt durch Senator Dreyfus, bekämpfte energisch die Thesen Veernaerts und beantragte, zu bestimmen, daß jede Nation in der Wahl der Mittel für ihre Sicherheit und Unabhängigkeit frei sein solle. Nach einer langen Diskussion, in welcher Ador, Lord Beardale, Professor Eichhoff, Maddison und Graf Goblet d'Alviella für den Antrag Veernaert eintraten, wurde dieser mit großer Mehrheit angenommen.

England.

Die konservative Agitation gegen Home-rule.

Belfast, 19. September. Im Zusammenhang mit dem Kampf der Unionisten gegen Home-rule in Ulster, hat Sir Edward Carson, der Führer der irischen Unionisten, den Inhalt eines unionistischen Vertrages bekannt gegeben, der folgendermaßen lautet: Ueberzeugt, daß Home-rule ein Unglück für die nationale Wohlfahrt von Ulster und der ganzen Insel bedeutet und für die Einheit des Reiches gefährlich ist, verpflichten wir unterzeichneten Männer von Ulster, treue Intentionen des Königs, uns, in dieser unglückbedrohlichen Zeit einander beizustehen und für uns und unsere geliebten Kinder die Stellung als gleichberechtigte Bürger im Vereinigten Königreich zu verteidigen, und alle Mittel zu gebrauchen, um die gegenwärtige Verschwörung, in Irland Home-rule einzuführen, zunichte zu machen. Wenn uns ein derartiges Parlament aufgedrungen werden sollte, so verpflichten wir uns freiwillig, seine Gültigkeit nicht anzuerkennen.

Türkei.

Die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 19. September. Der Minister des Auswärtigen erklärt die Meldung des Aemdar für unrichtig, wonach der Ministerrat beschlossen habe, die Friedensverhandlungen abzubrechen und die Unterhändler Rabi und Fahreddin abzurufen. Im Gegenteil, die Verhandlungen dauerten fort und seien auf dem besten Wege.

Die Lage in Albanien.

Konstantinopel, 20. September. Nach authentischen Meldungen haben die Kämpfe zwischen Zugli und Deschisch, in der Nähe

der montenegrinischen Grenze, seit dem 17. September aufgehört, da Montenegro seine Grenze gesichert und jede Unterstützung der Malissoren eingestellt hat. Der Skutari dauern die Kämpfe an. Die Malissoren wollen in die Stadt eindringen, um ihre in der Stadt befindlichen Glaubensgenossen aus den Gefangnissen zu befreien. Sollte ihnen dies gelingen, so wären ernste Verwicklungen zu befürchten, weil trotz des Belagerungsstandes die Mohammedaner in der Stadt sich bewaffnet bereithalten. Die Ursache des Malissorenauflandes liegt darin, daß die Regierung Truppen in größerer Zahl, als durch das Abkommen im vorigen Jahre festgesetzt war, entsandt hat. Man glaubt auch, daß auch die Malissoren von Montenegro aufgewiegelt worden seien. Insgesamt sollen die Malissoren bei den Kämpfen von Zugli und Skutari 118 Tote und 97 Verwundete, die türkischen Truppen 25 Tote und 30 Verwundete verloren haben, darunter zwei Offiziere.

Marokko.

„Befriedigende Lage.“

Rabat, 19. September. Laut Nachrichten aus Marrakech hat El Siba auf der Flucht in das Südggebiet den Atlas überschritten und sich nach Süden gewandt. In Marrakech hat der Khalifa Bouhecker wieder die beherrschende Gewalt im Namen des Raschid übernommen. Aus Eingeborenen wird eine lokale Miliz gebildet, und die Stadt wird in Verteidigungsstand gesetzt. Die Verhandlungen mit den eingeborenen Stämmen zur Wiederherstellung der scherifischen Gewalt werden fortgesetzt. Die Lage ist gegenwärtig so befriedigend wie nur möglich.

Aus der Partei.

Falschmeldung über Debel.

Die bürgerliche Presse meldet, daß Genosse Debel schwer erkrankt sei. Diese Meldung ist erfreulicherweise nicht zutreffend. Richtig ist lediglich, daß Genosse Debel sich eine Leichte Erkältung zugezogen hat und am Freitag auf ärztliche Anordnung das Zimmer hüten mußte. Debel wird aber heute, Sonnabend, an der Schlußsitzung des Parteitag teilnehmen.

Sozialdemokraten bei der Hoftheatereröffnung.

Unter dieser Ueberschrift schreibt unser Stuttgarter Parteiblatt: „Nach der bürgerlichen Presse haben sich an den Eröffnungsfeierlichkeiten der Hoftheater auch zwei Sozialdemokraten beteiligt. Da bekannt war, daß diese Feierlichkeiten mit Byzantinismen verknüpft werden sollten, bebauern wir die Handlungsweise der beiden Parteimitglieder. Sie hätten besser getan, wegzubleiben, um der bürgerlichen Presse nicht Veranlassung zu hässlichen Glossen zu geben.“

In der gleichen Nummer bringt die „Schwäbische Tagwacht“ eine Verwahrung der Stuttgarter Parteileitung gegen die anonymen Treibereien dunkler Ehrenmänner, die sich gegen den Genossen Westmeyer und die Parteileitung richteten. Die Redaktion schiebt sich dieser Verwahrung an.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Frankfurt.

Ich muß mich gegen die Behauptung wenden, meine Darlegungen wären mir nicht leicht geworden. Ich habe die Stellung des Parteivorstandes klar gesagt. Am 2. August hatten wir eine Konferenz der Bezirksvereine bzw. der Bezirkssekretäre. Mit großer Mehrheit ist auf dieser Konferenz folgender Antrag angenommen worden: „Die Konferenz hält die Aufhebung des Antrages 90, betreffend Aufhebung des Tagelöhnes, für notwendig. Die Schwierigkeiten bei der Durchführung des Beschlusses, die Parteischädigung, die ungleiche wirtschaftliche Stellung der von dem Beschlusse Betroffenen, sowie das Fehlen jeder Kontrollmöglichkeit läßt eine gerechte Durchführung nicht mehr zu.“ Das waren die Gründe, aus denen die überwiegende Mehrheit sich für die Aufhebung des Beschlusses entschieden hat. Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. Sollten Sie ihn ablehnen, dann bitte ich Sie, den Antrag Wels anzunehmen. Ich bin der Meinung, daß die Erzielungsarbeit eine so gründliche ist, daß selbst wenn der von mir verlesene Antrag angenommen wird, die Abführung des Tagelöhnersverdienstes für Partei- und Gewerkschaftsangehörige ebenso glatt vor sich geht, wie sie bisher in Hamburg vor sich gegangen ist. Ich empfehle Ihnen in erster Linie den Antrag der Landesvorstände. Sollte er abgelehnt werden, so empfehle ich Ihnen zur Annahme den Antrag Robert Schmidt.

Die Abstimmung über den Antrag 84 ist eine namentliche. Der Namensaufruf dauert fast eine Stunde. Die Abstimmung ergibt die Aufhebung des Rürnberger Beschlusses mit 271 gegen 221 Stimmen und 2 Stimmenthaltungen.

Als der Vorsitzende nunmehr über den Antrag Giebel abstimmen lassen will, erhebt sich lebhafter Widerspruch.

Hg. Oase: Sie haben recht, daß, wenn man den Antrag wörtlich nimmt, über ihn gar nicht mehr abgestimmt werden kann, da er eine Abänderung eines Beschlusses will, der nach dem soeben gefassten Beschlusse gar nicht mehr besteht. Wir wollen doch aber nicht Formalismus treiben, sondern durch die Abstimmung erfordern, was die Antragsteller gewollt haben.

Heilmann-Heimlich: Nachdem der Rürnberger Beschluß aufgehoben ist, kann es eine Abstimmung über den Antrag Wels-Giebel nicht mehr geben. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Es ließe die Geschäftsordnung auf den Kopf stellen, wenn wir einen Beschluß, der gar nicht mehr besteht, nachträglich amendieren wollten. (Sehr richtig!)

Lipinski-Leipzig: Die Sachlage ist höchst einfach. Wenn man an die Stelle des Antrages 90 von Rürnberg etwas setzen will, muß man einen neuen Antrag einbringen, dann muß über die Frage von neuem diskutiert werden. (Sehr richtig! und Unruhe.)

Giebel-Berlin. Durch die Art der Abstimmung ist etwas Verwirrung in die Sache gekommen. Von einer großen Zahl derjenigen, die mit Ja gestimmt haben, wurde damit die Absicht verbunden, zunächst einmal den Rürnberger Beschluß fallen zu lassen, damit die einengende Bestimmung herbeigeführt werden kann, die unser Antrag will.

Engler-Freiburg i. Br.: Wenn ich gewußt hätte, daß der Antrag Wels nicht mehr zur Abstimmung kommen würde, hätte ich statt mit Ja mit Nein gestimmt.

Robert Schmidt: Sie werden aus meiner Abstimmung ersehen haben, daß ich der Fassung war wie der Vordrucker, daß nämlich nach Aufhebung des Antrages 90 der Antrag Wels noch zur Abstimmung kommt. Sie dürfen nicht dadurch, daß Sie sich durch formale Einwendungen auf die unrichtige Geschäftsleistung beziehen, dem anderen Teile die Möglichkeit nehmen, seiner Meinung Ausdruck zu geben.

Koske: Zur Nachbesserung meiner Geschäftsführung weise ich darauf hin, daß bei allen Abstimmungen immer zuerst über den weitestgehenden Antrag abgestimmt worden ist.

Wels-Berlin: Ich bin auch sehr noch überzeugt, daß die Geschäftsführung derart sein muß, daß möglichst schnell und möglichst sicher der Wille des Parteitag festgestellt wird. Sie können nicht so lokal sein, alle Parteigenossen, die mit Ja gestimmt haben, weil sie aus den Organisationen den Streit entfernen wollen, nun zu verhindern, ihre positive Meinung zum Ausdruck bringen zu können. Ich beantrage deshalb, der Parteitag möge beschließen, daß in Zukunft die Angehörigen der Partei und Gewerkschaften, soweit sich die letzteren als Parteigenossen fühlen, ihren Tagesverdienst am 1. Mai abzuführen haben.

Rollenbahr: In dem Augenblick, wo der Rürnberger Beschluß aufgehoben ist, wird selbstverständlich die Wahl frei, an seine Stelle etwas anderes zu setzen.

Michalski-Bitter: Ich habe namentliche Abstimmung über den Antrag Wels verlangt, deshalb, weil eine ganze Reihe Parteigenossen in eine schiefere Situation hineingedrängt wird, wenn gegen sie der Verdacht ausgesprochen wird, daß sie aus egoistischen Motiven für die Aufhebung des Rürnberger Beschlusses gestimmt haben, während sie doch bloß deshalb — dazu gehören auch ich — für die Aufhebung gestimmt haben, weil es unmöglich ist, die Wundbruder und sonstigen Angehörigen durch Parteitagbeschlüsse zur Ablieferung der Gelder zu zwingen. Im Interesse des Parteifriedens bleibt uns nichts anderes übrig, als über den Antrag Wels jetzt noch abzustimmen.

Koske: Der Antrag Wels ist zurückgezogen und dafür folgender Antrag eingebracht worden: „Wir beantragen, daß die Angehörigen der Partei und Gewerkschaft, soweit die letzteren der Partei angehören, den Tagesverdienst vom 1. Mai dem Parteifonds zuzuführen haben.“ Dazu ist folgender Zusatz eingeschaltet: „Sowie die Angehörigen der Gewerkschaften und Krankenkassen.“ (Große Heiterkeit und Unruhe.)

Lipinski-Leipzig: Diese neuen Anträge nehmen gerade die Streitfrage wieder auf, um die es sich handelt. Jedenfalls muß über die neuen Anträge auch eine neue Debatte stattfinden, wenn darüber abgestimmt werden soll.

Koske: Es ist ein neuer Antrag eingegangen: „Alle Parteigenossen, die ohne Abzug ihres Lohnes oder Gehalts am 1. Mai feiern können, haben den Lohn für diesen Tag abzuführen.“ (Große Unruhe und Heiterkeit.)

Gattschalk-Königsberg: Wo ist es in der parlamentarischen Geschichte erhört, daß nach einer langen Debatte über einen Gegenstand, die durch einen Schlußantrag beendet ist, und nach der Abstimmung ein ganzes Bündel neuer Anträge eingebracht wird mit dem Verlangen, daß darüber sogleich abgestimmt werden soll. Wollen wir unseren Parteitag vor der ganzen parlamentarischen Welt lächerlich machen? (Unruhe und sehr richtig!) Andererseits wäre es durchaus notwendig, die wahre Meinung des Parteitag zu dieser Frage unanfechtbar zur Geltung zu bringen. Die Geschäftsführung Koskes ist unannehmbar. Ich schlage vor, daß ausnahmsweise über den Antrag Wels-Giebel in einfacher Abstimmung entschieden werde, wenn vorher der Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen ist.

Baron-Brandenburg: Es wäre unwürdig, eine namentliche Abstimmung zu fürchten. Jeder muß seine Abstimmung rechtzeitig können.

Vorsitzender Koske: Wir sind uns im Bureau dahin einig geworden, um dieser Komodie der Irrungen ein Ende zu machen, daß wir eine Abstimmung des Parteitag darüber herbeiführen, ob überhaupt noch einer der drei Anträge zur Abstimmung gebracht werden soll oder nicht.

Nachdem die erste Abstimmung zweifelhaft geblieben ist, erklärt Vorsitzender Koske: Das Bureau ist sich einig darüber, daß beschlossen worden ist, die Abstimmung vorzunehmen. Wir sind der Meinung, daß der neue Antrag Giebel lediglich als eine formale Veränderung des alten Antrages zu betrachten ist, während die beiden nachträglich gestellten Anträge eine vollständige Wiederaufstellung der Debatte wären. Wir glauben infolgedessen, den soeben gefassten Beschluß dahin interpretieren zu sollen, daß lediglich über den Antrag Giebel abgestimmt werden soll. (Widerspruch und Unruhe.)

Zhabor-Krefeld: Wir können nicht über den Antrag namentlich abstimmen, ohne daß darüber gesprochen worden ist.

Ebert: Ich beantrage Schluß der Debatte über die vorliegenden Anträge und Abstimmung.

Koske-Leipzig: Die Sache muß auf jeden Fall erst diskutiert werden. Praktisch wird sie im nächsten Jahre überhaupt nicht. Deshalb schlage ich vor, die Antragsteller müssen ihre Vorschläge zum nächsten Parteitag stellen.

Dr. David-Rainy: Der von Ebert gestellte Antrag auf Schluß der Debatte ist unzulässig, weil gar keine Debatte eröffnet worden ist. Im übrigen kann die Regelung dieser Frage nicht von der Partei einseitig erledigt, sondern muß durch eine Vereinbarung mit den gewerkschaftlichen Instanzen zustande kommen. Wir haben jetzt das Hindernis, den Rürnberger Beschluß, beseitigt und die Wahl ist frei, eine solche Vereinbarung einzuleiten. Im nächsten Jahre kommt die Sache, da der 1. Mai ohnehin ein Feiertag ist, praktisch nicht in Betracht. Deshalb bitte ich die Genossen Wels und Giebel, unter diesem Gesichtspunkte ihre Anträge zurückzugeben. Dann sind wir die ganze Sache für diesmal los. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Koske: Es ist mir soeben der Antrag zugegangen, den Antrag Wels-Giebel dem nächsten Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen. — Der Antrag wird mit lebhaftem Beifall angenommen.

Vorsitzender Koske schlägt vor, auch zwei weitere Anträge bis zum nächsten Parteitag zurückzustellen, weil sie für das kommende Jahr gegenstandslos sind. Es handelt sich um den zweiten Teil des Antrages 85 und um den Antrag 79. Da im nächsten Jahre mit einer Maßregelung aus Anlaß der Raifeier nicht zu rechnen ist, kommen diese Anträge auch auf dem nächsten Parteitag noch rechtzeitig.

Damit ist der Parteitag einberstanden. Die Anträge zur Raifeier sind damit erledigt.

Silberschmidt, der als Beisitzer auf der Vorschlagsliste für den Parteivorstand steht, läßt mitteilen, daß er eine auf ihn entfallende Wahl nicht annehmen würde.

Darauf verlegt sich der Parteitag auf Sonnabend 8 1/2 Uhr früh, Schluß 6 1/2 Uhr abends.

Berichtigung.

Genosse Z h u r o w ersucht uns mitteilen, daß in der Erklärung der Delegierten von Tallon-Beestow irrthümlicherweise sein Name nicht verzeichnet sei.

Soziales.

Ein zweijähriger Ausbilsvertrag.

Ein gegen das Warenhaus A. Wertheim gerichteter Prozeß kam vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zur Entscheidung. Klägerin war ein Frä. W., die von dem beklagten Warenhaus zur Ausbils angenommen wurde. In dem mit der Beklagten geschlossenen Ausbilsvertrag befindet sich ein Passus, der die Verzinsung des § 63 des Handelsgesetzbuchs (Gehaltszahlung für sechs Wochen im Krankheitsfalle) ausschließen soll. Es wird nämlich darin bestimmt, daß Festtage nicht bezahlt werden. Gleich im nächsten Absatz heißt es aber, daß der Angestellte, der durch unverschuldetes Unglück an der Leistung seiner Dienste verhindert ist, dies sofort der Personalleitung zu melden hat. Diefest letztere Fall trat ein. Die Klägerin erkrankte, meldete es auch sofort. Das Gehalt für die Krankheitsstage wurde ihr aber dennoch vorenthalten. Der Vertreter der Beklagten führte aus, daß sie derartige Verträge mit allen zur Ausbils Angestellten schließen und sich auf Grund des Vertrages nicht für verpflichtet halte, Gehalt für Krankheitsstage zu zahlen. Die sofortige Mitteilung der Erkrankung an die Firma hat nur darum zu geschehen, damit die Personalleitung entsprechend disponieren kann.

Das Kaufmannsgericht verurtheilte die Firma zur Zahlung der geforderten 145 M. Es sei nicht einzusehen, wozu die Krankheit gemeldet werden soll, wenn die Angestellte doch kein Gehalt für die Krankheitsstage erhalten soll. Die Beklagte hat im Vertrage selbst einen Unterschied gemacht zwischen beklagten allgemeiner Art und Tagen der Behinderung wegen unverschuldeten Unglücks. Die Rechtsvorschrift des § 63 muß, wenn sie überhaupt ausgeschlossen werden kann, was die Kammer in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung annimmt, strikte ausgeschlossen sein.

Diese Entscheidung des Kaufmannsgerichts stellt auf dem Boden der Notwendigkeit der Auflegung von Verträgen nach dem Grundsatze von Treu und Glauben unter Berücksichtigung der Wertehaltung. Treu und Glauben erfordern, wie bereits das Reichs-Oberhandelsgericht angenommen hat, daß der Arbeitgeber das für ihn Vorteilhafte mit zweifelhaften Worten ausbedingt. Vereinbarungen, die im Interesse des Arbeitgebers getroffen sind, sind deshalb im Zweifel zugunsten des Arbeiters zu interpretieren.

Gewerkschaftliches.

Terrorismuschwindel.

Die „Kreuzzeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 18. September einen aus der „Deutschen Reichspost“ entnommenen „Notiz“ über sozialdemokratischen Terrorismus folgenden Wortlaut:

„Nurlich mußte ich meine Arbeitsstelle wegen der „frei-organisierten“ Holzarbeiter wechseln und ging in einen anderen Möbelfabrik Stuttgart an. Kaum hatte ich begonnen, so kamen auch schon wieder „frei-organisierte“ Holzarbeiter an mich heran und fragten mich, ob ich organisiert wäre. Ich sagte „ja“. Nun wollten sie aber wissen, in welchem Verband, worauf ich ihnen mitteilte, daß ich im christlich-nationalen Holzarbeiterverband Mitglied bin. Ich mußte ihnen auch meinen Namen sagen. Darauf gingen sie an: „Ja, Dich kennen wir schon!“ Ich antwortete ihnen: „Das weiß ich. Seit 12 Jahren werde ich von Fabrik zu Fabrik geholt. Aber mich hungert Ihr nicht aus. Laßt Ihr mich nicht arbeiten, dann gehe ich eben wieder.“ Es folgte dann ein wüßes Geschimpfe auf die christlichen Gewerkschaften. Später kamen wieder einige „Genossen“ an meinen Arbeitsplatz; einer meinte, weil ich nicht übertraten wollte: „Du bist ein ganz verkommenes Kerl“. Einige Tage darauf sah eine „freie“ Betriebsversammlung über mich zu Gericht. Die Entscheidung ging dahin, „das Hindernis müsse entfernt werden“. Dazu mußte mein „frei-organisierter“ Nebenarbeiter mitwirken. Er mußte mit mir Streit anfangen und mich als „Christlichen“ hanebeln; andere kamen hinzu und taten das gleiche. Das wiederholte sich einige Tage. Ich ging den Geschäftsführer um Schutz an, fand jedoch diesen nicht, weil eben viele Geschäftsführer es mit den „Noten“ halten. Natürlich spornete das die „frei-organisierten“ zu weiteren Verhaftungen an. Ich wandte mich dann an den ersten Werkmeister mit der Bitte, mir doch Ruhe zu verschaffen. Dieser meinte jedoch, wenn ich nicht arbeiten könnte, dann müsse ich eben aufhören. Ich erwiderte, daß ich nicht freiwillig aufhöre, es sei denn, er wolle mich entlassen. Das tat der Werkmeister dann auch mit den Worten: „Also hören Sie nur auf. 20 Mann sind mir lieber wie einer.“

Wir sind den Dingen nachgegangen und haben dabei festgestellt, daß es sich um eine Ente recht ehrwürdigen Alters handelt. Sie entstammt dem „Holzarbeiter“ (Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes) vom 1. März dieses Jahres! Die Notiz war damals aber um zwei Drittel kürzer; sie bestand nur aus dem ersten Teil der jetzigen Mitteilung. Die übrigen zwei Drittel haben sich in der Zeit vom 1. März bis jetzt auf dem Wege vom „Holzarbeiter“ bis zur „Kreuzzeitung“ „hinzu gefunden“. Der vom „Holzarbeiter“ übernommene Teil enthält aber zwei recht beachtliche Mitteilungen, nämlich den Namen des angeblich Terrorisierten und den der Firma, bei der sich der Vorfall zugetragen haben sollte. Der Terrorisierte hieß angeblich Kaiser, die Firma war die weit und breit berühmte Möbelfirma Schöttle.

Diese „Unvorsichtigkeit“, deren sich natürlich „Kreuzzeitung“ und „Genossen“ nicht schuldig machen, wurde für den „Holzarbeiter“ zum Verhängnis; sie ermöglichte die Nachkontrolle. Diese hatte denn auch zur Folge, daß die Nr. 11 des christlichen „Holzarbeiter“ vom 15. März 1912 die folgenden Zeilen brachte:

In Nummer 9 des „Holzarbeiter“ wurde aus Stuttgart über einige Terrorismusfälle berichtet. Die Firma Schöttle, bei der sich ein Fall abgepielt haben sollte, teilte der Redaktion mit, daß in ihrem Betriebe seit Monaten kein Schreiner Kaiser mehr beschäftigt wäre und auch den Werkführern ein Fall der vorgelegten Art nicht bekannt sei. Der Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaft in Stuttgart teilt auf Befragen zur Sache folgendes mit: „Die von dem aus Kirchheim zugereisten Schreiner Friedrich Schneider gemachten Angaben über den Vorfal bei der Firma Schöttle entsprechen, wie wir auf Grund eingehender Feststellungen mitteilen können, der tatsächlichen Grundlage.“

Ob die Lesktion hilft? Wir glauben nicht. Bei der ersten besten Gelegenheit wird man wieder neue Räubergeschichten aufstücken.

Berlin und Umgegend.

Der Innungsarbeitsnachweis im Fleischergewerbe.

Eine öffentliche Versammlung der Fleischergehilfen, die der Zentralverband der Fleischer einberufen hatte und die außerordentlich stark besucht war, tagte am Mittwoch in den Rüstler-Behäfen. Man beschäftigte sich mit der Antwort der Innung auf die Forderungen der Gehilfen bezüglich der Stellenvermittlung der Innung.

Der Referent Paul Bergmann führte unter anderem aus: Die Zustände im Innungsarbeitsnachweis in der Ruladstraße seien noch ebenso schlimm, wie vor vier bis fünf Jahren. In mancher Beziehung seien sie noch schlimmer geworden. Die Innung versuche allerdings in die Welt hinauszuropfen und durch die bürgerlichen Zeitungen kund zu tun, daß sie in ihrem Nachweis eine Wohlfahrtsanweisung geschaffen habe. Wer aber diese „Wohlfahrtsanweisung“ am eigenen Leibe verspürt habe, der habe besondere Gedanken über die „Wohlfahrt“. Die Fleischermeister glaubten wunder was getan zu haben, wenn sie ein Haus gemietet hätten, wo sich die Arbeitslosen bei schlechtem Wetter unterstellen könnten, wenn auch keine Stühle da seien. Die Gewerbe-Deputation habe vor 2 Jahren Erhebungen veranstaltet. Festgestellt worden sei, daß in der Herberge nur 7—9 Kubikmeter Luftraum auf den einzelnen kämen, während der preussische Staat in seinen Zuchtgefängnissen wenigstens 14 Kubikmeter für eine Person verlange. Auch auf andere Mißstände habe der Bericht der Gewerbe-Deputation hingewiesen. Zu einem energischen Eingreifen sei es aber nicht gekommen. Die Gewerbe-Deputation hätte schon etwas tun können. Zum mindesten hätte hingewirkt werden können auf eine Trennung der Stellenvermittlung, der Herberge und der Gastwirtschaft, die im Hause sei. Die Innung wolle faktisch nichts ändern. Wenn Wünsche laut wurden, dann habe man früher seitens der Innung immer gesagt: Wendet euch an die zuständige Korporation, an den Gesellenauschuss. Ja, solange dieser in gegnerischen Händen gewesen, habe das eben nichts auf sich gehabt. Im vorigen Jahre habe sich aber das Blatt gewendet; indem der Verband die Weidheit verlangte. Und da habe er gedrängt, daß der Gesellenauschuss etwas tun solle. Am 17. April dieses Jahres habe dann eine gutbesuchte Versammlung, in der Anhänger sämtlicher Gewerkschaften gewesen seien und verhandelt hätten, daß Remedur geschaffen werde, einstimmig beschließen, der Gesellenauschuss solle folgende Wünsche der Innung unterbreiten:

1. Jeder Fleischergehilfe, der in Arbeit gehen wolle und zum Innungsarbeitsnachweis komme, sei der Reihenfolge nach in eine Liste einzutragen.
2. Nur solche sollten vermittelt werden, die in der Liste länden.
3. Die Vermittlung solle vollständig kostenlos sein.
4. Die Sonntagvermittlung sei aufzuheben.

Niemand werde nun sagen können, daß die Erfüllung dieser Wünsche unmöglich sei. Die Innung aber habe, nachdem über fünf Monate verfloßen waren, die Erklärung abgegeben, sie könne den Forderungen nicht Rechnung tragen. Hätte man nur ein klein wenig sozialpolitisches Verständnis gehabt, dann hätte man gesagt, es lasse sich mit dem Gesellenauschuss darüber reden und eine Einigung erzielen. Durch ihr Verhalten habe die Innung selbst die dem Gesellenauschuss durch die Gewerbeordnung zugewiesenen Aufgaben mißachtet. Was die Wünsche bezüglich der Höhe und der Reihenfolge der Vermittlung angehe, habe man in der Innungsversammlung erklärt, es müsse dem Dräber (dem Veranw., Redakt.: Alfred Dielepp, Neustadt, Inzeratenteil veranw.)

Stellenvermittler) überlassen bleiben, wenn er jeweilig in Arbeit schiden wolle. Es solle also bleiben wie es war: wenn Dräber einen, der zwei Tage hummelt, vermitteln wolle, dann vermittele er ihn, und wenn einer acht Wochen hummelte, dann könne er warten, bis Herr Dräber ihn sehe. Zu dem Hauptpunkt, dem Verlangen nach völlig kostenloser Vermittlung, habe der Innungsführer Burg erklärt, das sei ganz unmöglich, weil die Innung das Geld (die Gebühren) brauche, um die Stellenvermittlung zu halten und die Kosten für das Haus in der Ruladstraße aufzubringen. Hier, wo es sich um soziale Angelegenheiten handele, darum, den arbeitslosen Gesellen zur Verwertung ihrer Arbeitskraft zu verhelfen, habe man also nichts übrig. Bei bösslichen Forderungen komme es dagegen auf 10 000 M. nicht an, und für Kirchenfenster und dergleichen habe man auch Geld. Herr Burg sei sogar der Meinung, daß eine höhere Vermittlungsgebühr sogar im Interesse der Gesellen läge, weil sie dann nicht so oft die Arbeitsstelle wechseln. Aber das habe mit dem Wechsel gar nichts zu tun! Die Gesellen blieben eben in vielen Buden nicht, weil sie miserabel seien, ganz gleich, ob sie eine Gebühr gezahlt hätten oder nicht. Arbeitsstellen mit günstigen Bedingungen suche sich jeder Geselle gern zu erhalten.

Die Innung habe es aber nicht nur bei der Ablehnung der beschiedenen Forderungen bewenden lassen, sondern sie habe auch noch in Abwesenheit des Gesellenauschusses beschlossen, daß die Fleischergehilfen, die dem Verband angehören, keine Arbeit mehr bekommen sollen. Man wolle also Arbeitswilligen Stadtschlüsse auf den Magen versehen. Soweit sei es mit der „Wohlfahrtsanweisung“ in der Ruladstraße gekommen. Diefelben Leute zeternten heuchlerisch fortwährend über angeblichen Terrorismus der Gehilfen. Im ganzen Verhalten zeige sich, daß man seitens der Innung die „Wohlfahrtsanweisung“ nicht zum wenigsten auch ansehe als ein Mittel zur Ausnützung der wirtschaftlichen Macht gegen die Gehilfen. Angesichts der ganzen Situation könne man ruhig jedem, von dem es verlangt werde, empfehlen, zu unterschreiben, daß er dem Verband nicht angehöre, auch wenn es der Fall sei. — Der Gesellenauschuss könne nun augenblicklich nichts mehr in der Sache tun, denn besondere Nachmittel habe er nicht. Seine Stellung werde aber gestärkt, wenn eine große organisierte Macht hinter ihm stehe. Dahin zu wirken, das sei das Entschiedenste. Die obigen Forderungen hielten die Fleischergehilfen aufrecht. — Redner rechnete dann noch energisch und gründlich mit den Fleischermeistern Gedrücke (Abalbertstraße) und Fleck ab, die jetzt fortwährend in absolut unerschütterlicher Weise den Verband verdrängten. So führte er Tatsachen an, die Herrn Gedrücke durchaus nicht als berufen erscheinen lassen, sich aufs hohe Ross zu setzen. Eine grobe Unwahrhaftigkeit sei es, wenn Herr Fleck behauptete, der Verband habe einen Meister gewonnen, jemanden wieder einzustellen, der gestohlen und deshalb eine Freiheitsstrafe verbüßt habe. Die Ausführungen des Referenten fanden großen Beifall.

Der Vorsitzende Schäfer und verschiedene andere Redner sprachen dann noch im Sinne des Referats. Auch wurden grobe Mißstände in verschiedenen Betrieben aufgedeckt.

Der Vorsitzende meinte, man könnte ja durch eine Resolution gegen das Verhalten der Innung Protest erheben. Solch papierner Protest habe aber wenig Zweck. Es gelte, zu handeln, namentlich aber durch Zusammenschluß in der Organisation eine Macht zu schaffen, die die Forderungen erzwingen könne.

Mitglieder anderer Organisationen der Gehilfen, deren Vertreter eingeladen worden waren, meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort.

So konnte Bergmann im Schlusswort feststellen, daß alle Anwesenden, auch die Mitglieder anderer Verbände, mit den Ausführungen einverstanden seien. Von einer Resolution wurde deshalb Abstand genommen.

Die Firma Wilhelm Behr, Wurstfabrik in Schöneberg, erludt uns um die Mitteilung, daß „Maßregelungen“ von Angestellten wegen ihrer Tätigkeit für die Organisation bei der Firma nicht erfolgt seien. Die Firma hat Tarifverträge sowohl mit dem Zentralverband der Fleischer als auch mit dem Transportarbeiterverbande sowie mit dem der Maschinen- und Heizer abgeschlossen. Sie sieht der Organisation ihrer Arbeiter und Angestellten in keiner Weise hindernd im Wege. In beiden vom Zentralverband der Handlungsgehilfen angeführten Fällen handele es sich um Differenzen, die auf anderem Gebiete liegen. In einem Falle liegt die Angelegenheit dem Kaufmannsgericht zur Entscheidung vor, in dem anderen erfolgte nur eine Aushilfsstellung bis zur Klärung der Vorwürfe, die nicht von der Firma, sondern von Arbeitern des Betriebes gegen den zur Dispositiongestellten erhoben wurden. — Von den oben genannten Verbänden wird uns bestätigt, daß sie mit der Firma langfristige Tarifverträge haben und nie Anlaß zur Klage über die Firma hatten; insbesondere hat dieselbe der Organisation ihrer Arbeiter nie irgendwelche Hemmnisse bereitet.

Deutsches Reich.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Tabakarbeiter in Görlitz.

Nach längeren Verhandlungen des Tabakarbeiterverbandes mit den Inhabern der drei großen Zigarrenfabriken in Görlitz sind für die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen dieser Firmen Lohnsätze abgeschlossen worden, die ihnen Lohnverbesserungen von durchschnittlich 10—15 Proz. bringen. Diese Erfolge sind dem guten Organisationsverhältnis unter den Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen zu verdanken. Sind doch von den an der Lohnbewegung beteiligten 530 Personen 301 Mitglieder des deutschen Tabakarbeiterverbandes. Die Verhandlungen zogen sich deswegen in die Länge, weil die Firmen in der Umgegend von Görlitz Filialbetriebe unterhalten. Bemerkenswert ist, daß in einem Betriebe die Sortiererinnen und die Ristenmacher leer ausgingen, weil sie nicht organisiert waren.

Die Achtstundenschicht in der Großeisenindustrie.

Auf der in der vorigen Woche abgehaltenen Tagung der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschaft wurde der Beschluß gefaßt, durch zwischenstaatliche Vereinbarungen für Feuerarbeiter an Hochöfen eine Achtstundenschicht gesetzlich einzuführen. Die Regierungsbereiter sämtlicher an der Konferenz beteiligten Staaten haben übereinstimmend die Erklärung abgegeben, daß die Regierungen sich ihre Stellungnahme zu diesem Beschluß vorbehalten, weil zunächst die Ansichten der Unternehmer über die Durchführbarkeit einer solchen Maßnahme gehört werden müßten.

Wie die Antwort der deutschen Unternehmer ausfallen wird, kann man an den Ausführungen Buechs erkennen, die dieser in seinem Artikel im „Tag“ machte. Die deutsche Reichsregierung und fünf deutsche Bundesregierungen waren auf dieser Konferenz vertreten. Es muß sich bald zeigen, ob der Einfluss der Scharfmacher auf die deutsche Regierung härter ist als das Tarifmaterial, das von Gewerbeinspektoren und von den Gewerkschaften zu dieser Sache herbeigeschafft worden ist, und ob deshalb der geforderte Arbeiterschutz für die Hochöfenarbeiter in Deutschland unterbleibt.

Die Aussperrung der Zigarettenarbeiter in Frankfurt a. M.

Die Zigarettenfabrik Nestor Gianacis in Frankfurt a. M., ägyptischer Herkunft, hat sich eine Handlungsweise gegen ihre Arbeiter erlaubt, die niedriger gehalten werden muß. Die Arbeiter dieser Fabrik sollten eine Forderungsliste unterschreiben, deren einzelne Paragraphen den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung scharfstrafbar widersprachen. Zur Ehre der Arbeiter sei es gesagt, daß diese das Annehmen mit aller Bestimmtheit zurückwiesen. Darauf hat die Firma alle Mitglieder der Innung ausgesperrt. Die Anerkennung einer Fabrikmission, die die Arbeiter gewünscht, wurde von der Firma Nestor Gianacis ebenfalls verweigert. Und gerade eine solche wäre dringend notwendig, um der Willkürherrschaft des Herrn Direktors, die wirklich ägyptisch anmutet, Raum zu geben.

Th. Bloß, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

und Bügel anzulegen. Obgleich dieser Firma, deren Zigaretten unter der Marke „Nestor“ in den Handel gehen, anheimend sehr viel daran liegt, den Berliner Markt zu erobern, ist ihr die Organisation der Arbeiter ein Dorn im Auge und bedrängt sie am liebsten ausländische Arbeitskräfte, deren solidarisches Gefühl noch unentwickelt ist und die der deutschen Sprache meist vollständig unkundig sind.

Das Gewerkschaftsamt von Frankfurt a. M. hat beschlossen, über die Firma Nestor Gianacis den Boykott so lange zu verhängen, bis die kritischen Punkte für die Arbeiterschaft in zufriedenstellender Weise geregelt sind.

Auf dem Wilhelm-Heinrichswerk, Aktiengesellschaft in Düsseldorf, haben die Drahtzieher eine Abteilung (Ligen- und Krangenzieher) wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Zugang von Drahtziehern aller Art ist deshalb fernzuhalten.

Ausland.

Vollständiger Sieg der New Yorker Kürschner.

Der Generallstreik der 12 000 Kürschner New York hat nach elfwöchiger Dauer mit einem vollständigen Sieg der Streikenden geendet. Sämtliche gestellten Forderungen: wie Anerkennung der Organisation und der Werkstatt-Vertrauensperson, achtstündige Arbeitszeit, freier Sonnabendnachmittag, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und der Überstunden, Befestigung des Zwischenmeisterstystems innerhalb der Werkstätten und Verbot nach Feierabend Arbeit nach Hause zu geben, wurden bewilligt. Dieser glänzende Sieg ist um so höher anzuschlagen, da die Arbeiter einem gutorganisierten Unternehmertum gegenüberstanden und von den 12 000 Streikenden kaum 2000 organisiert waren. Die vom Staatschlichtungsbeamten eingeleiteten Verhandlungen scheiterten zunächst. Die Arbeiter waren empört, daß die Unternehmer neun Wochen lang sich weigerten, zu verhandeln, sie verlangten Anerkennung ihrer ganzen Forderungen, während die Vertreter der Unternehmer den freien Sonnabendnachmittag nur für die ersten acht Monate zugestehen wollten. Die Unternehmer ließen erklären, daß, bevor sie Zugeständnisse machen könnten, die Arbeiter erst bedingungslos in die Werkstätten zurückkehren müßten. Unterdessen krochte es in ihrer Organisation in allen Zügen. Von 820 Unternehmern hatten inzwischen 121 die Forderungen anerkannt, darunter waren drei der größten Firmen. Es ist Hochaison und jeder Tag kostete ein Vermögen; das wußten die Arbeiter und sie hielten hungert und tapfer Stand. Wie schwierig sich die Verhandlungen gestaltet haben müssen, läßt sich daraus beurteilen, daß vom 8. zum 6. September bis morgens 5 Uhr verhandelt wurde. — Die große Mehrzahl der Streikenden hat die elf Wochen unter großen Entbehrungen durchgehalten. In den letzten Wochen hatten sich zirka 500 Komitees gebildet, die in New York und in den Vorstädten öffentlich Gelder sammelten. Erreicht wurde der Sieg aber nur durch die Geschlossenheit und den Zusammenhalt der gelernten und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Versammlungen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher. Die am Donnerstag abgehaltene stark besuchte Versammlung der Filiale Berlin nahm ohne Debatte die Abrechnung vom zweiten Quartal entgegen. Dieselbe zeigte eine Einnahme von 161 092,80 M., eine Ausgabe von 48 000,94 M. und einen Bestand von 115 091,86 M. Für Unterstützungszwecke wurden ausgegeben an Streikende 10 454 M., Gemeinnützige 522 M., Maliausgehörte 767 M., Kranke 3171 M., Sterbegeld 695 M., Rechtschutz 48 M. — Nach Erledigung desassenberichts vollzog die Versammlung die Wahl eines vierten Filialangestellten acht Bewerber hatten sich auf die Ausschreibung gemeldet. Gewählt wurde Soderer Alfred Drendel. — Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt waren, wies der Vorsitzende die auf die bevorstehende Tarifbewegung hin. Die vorige Tarifberatung habe keinen eigentlichen Kampf verursacht. Diesmal aber werde es unter allen Umständen zum Kampf kommen, und der werde schwerer sein, als alle früheren Kämpfe. Wenn die Arbeitgeber auch etwas bewilligen wollten, so dürften sie es doch nicht, denn sie seien dem Verbands der Arbeitgeber im Augeversteht ausgeschlossen, der sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und den paritätischen Arbeitsnachweis erklärt habe. Das seien Fragen, an denen der Tarif scheitern müsse, wenn die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt beharren. Es müsse jetzt alles daran gesetzt werden, um die Organisation zu stärken, damit sie für den Kampf im kommenden Frühjahr gerüstet dastehen.

Letzte Nachrichten.

Die Opposition in Ungarn.

Budapest, 20. September. (B. G.) Die verbündeten Oppositionsparteien werden hinsichtlich ihres weiteren Verhaltens im Abgeordnetenhause keinen formellen Beschluß fassen, vielmehr die Aktion in der Delegation den einzelnen Abgeordneten überlassen. Wie es heißt, werden die Oppositionellen kein bloßes Lärmkonzert veranstalten, sondern nur über die gegen sie ergriffenen Maßnahmen interpellieren.

Duell zwischen Abgeordneten.

Budapest, 20. September. (B. G.) Heute mittag fand zwischen dem in letzter Zeit oft genannten Abgeordneten Surczanyi und dem Abgeordneten Szasz ein Pistolenduell statt. Surczany bis Pistole versagte, während der Schuß seines Gegners schlug. Es war nur einmaliger Angelwechsel festgesetzt worden. Die Gegner schieden unverwundet.

Ein Unwürdiger.

Budapest, 20. September. (B. G.) Heute fand die Disziplinärverhandlung gegen den Schutzmann Kolpa statt, der bekanntlich den Gehorsam verweigert hatte, als man ihm befahl, im Abgeordnetenhause gegen einen Deputierten vorzugehen. Es wurde gegen den Schutzmann auf Dienstentlassung erkannt. Ein strafrechtliches Verfahren dürfte indessen nicht eingeleitet werden.

Neue Unruhen auf Samos.

Athen, 20. September. (B. G.) Die Unruhen auf Samos, welche bereits in voriger Woche ihren Anfang genommen haben, sind nicht zur Ruhe gekommen. Nach einer neu eingelaufenen Nachricht durchziehen große Menschenmengen die Straßen und demonstrieren lebhaft gegen die Türkei. Die Anführer der Unruhen sollen zugewiesene Griechen sein.

Jagd auf Seeräuber.

London, 20. September. Wie das Reutersche Bureau aus Hongkong meldet, hat eine starke portugiesische Abteilungs mit Maschinengewehren heute vor Tagesanbruch Macao verlassen, um die Insel einzuschließen, da sich in der Nähe von Coloman eine Seeräuberburg befinden soll. Zwischen den Regierungen von Macao und Canton ist ein Abkommen geschlossen worden, ihre Streitkräfte vereint zur Austrottung der Seeräuber zu verwenden.

Was verdienen die „Patrioten“ durch den Militarismus?

Washington, 20. September. (B. L. G.) Die Gaffield Steel Company in Sheffield hat der Regierung der Vereinigten Staaten angeboten, 2000 Granaten von 14 Zoll für eine Summe zu liefern, die fast um 200 000 Dollar niedriger ist, als die Forderung des nächsten amerikanischen Waffenerbers. Marineminister Meyer wird zu entscheiden haben, ob die Lieferung, monach ausschließlich amerikanische Käufer Aufträge erhalten, verlegt werden darf oder ob das englische Angebot zurückgewiesen werden muß.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Fünfter Verhandlungstag.

Chemnitz, 20. September.

Haase eröffnet die Verhandlungen. Das Schlussswort zu dem Punkt „Bericht der Reichstagsfraktion“ erhält

Stadthagen:

Ich bin gestern nicht auf die Frage der Sonderkonferenzen eingegangen. Ich werde später darauf zu sprechen kommen. Die Anträge 104 und 147 betreffen Doppellandidaturen. Nebel hat seine Ansicht darüber bereits ausgedrückt. Die Fraktion als solche hat keinen Anlaß, etwas weiteres dazu zu sagen. Nach Antrag 106 sollen größere Gesetzesvorlagen ausgearbeitet werden, wie z. B. bei dem bevorstehenden Posttarif. Dabei sollen sachverständige Genossen aus dem Reich zugezogen werden. Der Fraktion kann es nur recht sein, wenn Sachverständige sich äußern wollen. Antrag 177, der auffordert, daß die Aufhebung der Sprachparagrafen im Reichsvereinsgesetz beantragt werden soll, kann zurückgezogen werden. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion schon im Februar gestellt. Ebenso kann Antrag 186 zurückgezogen werden, der eine Änderung des Wahlgesetzes verlangt, die von und gleichfalls bereits beantragt wurde. Antrag 204, wonach der Fall Landberg für erledigt erklärt werden soll, kann angenommen werden. Die Genossen von Berlin IV werden ihren Antrag wohl zugunsten dieses Antrages zurückziehen. Eine populärwissenschaftliche Broschüre über die modernen Strafrechtstheorien verlangt Antrag 205. Auf dem Parteitag in Mannheim hat Haase einen Vortrag über Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug gehalten und die Thesen knapp aneinandergereiht, die prinzipiell von uns zu fordern sind. Selbstverständlich treten wir für Abschaffung der Todesstrafe ein. Sollen wir das noch einmal sagen? Ueber die Gestaltung dieses oder jenes Paragraphen müssen Differenzen sein, aber ich gebe keinem einzigen Genossen noch der Gesamtheit der Fraktion das Recht, daß sie etwa in einer Broschüre die vorhandenen Differenzen beiseitigen wollen. Meinungsfreiheit muß auch auf diesem Gebiete sein. Die Unterzeichner dieses Antrages bitte ich, sich gefälligst auf die Hosen zu setzen (Heiterkeit) und selbst diese Broschüre zu schreiben. Dann ist beantragt worden, eine Zusammenstellung der Massenjustizurteile in einer Broschüre oder in einem Flugblatt herbeizuführen. Wie soll denn die Reichstagsfraktion dazu kommen, einen solchen Vorschlag auszuführen. Man könnte den Antrag allenfalls dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen, ich möchte aber die Genossen bitten, nicht zu glauben, als ob durch Resolutionen alles mögliche geschaffen werden kann. Die Pflicht, selbst zu arbeiten, wird dadurch nicht beseitigt. Gegen die Unterdrückung des Koalitionsrechts, die unter dem Motto „Schutz den Arbeitswilligen“ geschieht, hat sich die Resolution Haupt gewendet. Selbstverständlich sind wir mit dem Inhalt dieser Resolution voll einverstanden.

Die zweite Resolution bezieht sich auf die sogenannten Sonderkonferenzen. Die gestrige Aussprache hatte das erfreuliche Ergebnis, daß sich herausgestellt hat, wie anders die Sonderkonferenz verläuft, als behauptet worden war. Erfreulich ist die Uebereinstimmung, daß selbstverständlich Konferenzen irgendwelcher Art niemals Rechte der Organisation beeinflussen dürfen. Festgestellt wurde, daß unverbundene Aussprachen, die zur Aufklärung der Genossen dienen, unter Umständen notwendig sind. Es erhebt sich die Frage, wann kann man denn von einer Sonderkonferenz sprechen? Gestern ist ausgeführt worden, die „Sozialistischen Monatshefte“ seien schriftliche Sonderkonferenzen, eine Ansicht, die durchaus zutreffend ist. Eine Konferenz kann auch vorliegen, wenn bei einem Tee- oder Bierabend Sachen besprochen werden sollen. Auf der anderen Seite besteht kein Zweifel, daß Genossen derselben Richtungen, wenn sie zusammen kommen, sich über Parteiangelegenheiten unterhalten. Es ist unmöglich, solche Diskuterabende zu verbieten, sie finden von der rechten Seite auch unzweifelhaft statt. Ich habe vor mir eine harmlose Einladung, sie lautet: Einladung zum Diskuterabend, Sonnabend, den 20. April 1907, abends 8 1/2 Uhr, der im Restaurant Friedrichshof stattfindet. Thema: „Reformpartei oder...?“ Referent Genosse Dr. David. (Lebhaftes Hört! hört! und Heiterkeit.) — David ruft: Ist mir ganz unbekannt. Ist Scherz oder Fälschung. Dr. Sidelum reicht eine hektographierte Einladung dem Redner. Große Heiterkeit. (Jurufe: Vorlesen!) Der Zettel, der mir eben übergeben wird, lautet: „Hierdurch möchten wir Sie bitten, sich am 13. Februar im Restaurant Jollerhof zu einer wichtigen Vordiskuterabende einzufinden zu wollen. (Mitarufe.) Aber Genossen, darüber sind wir doch nicht im Zweifel, daß solche Konferenzen stattfinden. Der Genosse, der mir den Zettel mit der Einladung zu Davids Referat gegeben hat, kann nicht in den Verdacht kommen, daß ihm eine Fälschung in die Hand gespielt worden sei. In der letzten Session ist nicht von der Linken, sondern von der Rechten ein Diskuterabend eingerichtet worden. Unter den Einladenden befanden sich nicht nur Abgeordnete, sondern auch andere, ein Mitglied des Vorstandes. Auch ich wurde dazu eingeladen, antwortete aber, daß ich nicht teilnehmen werde, wenn nicht sämtliche Abgeordnete eingeladen werden. Darauf wurden denn auch sämtliche Abgeordnete und ein paar Redakteure eingeladen. Es ist mitunter notwendig, die Geschlossenheit der Partei durch Sonderbesprechungen zu fördern, deshalb hat ja Nebel gestern beantragt, sämtliche Anträge abzulehnen. Der Antrag Sidermann liegt uns gedruckt ja noch nicht vor und sein Wortlaut war auch Nebel gestern nur so flüchtig bekannt, wie uns allen. (Wiederholter Widerspruch von Ebert, der erklärt, daß der Wortlaut Nebel genau bekannt war.) Hauptfrage ist, daß der Parteitag über die gestellten Verbotsanträge zur Tagesordnung übergeht. Unter dem Begriff „Sonderkonferenzen bestimmter Richtungen“ sollen natürlich auch Diskussionsabende, wie die vorhin erwähnten und erst jetzt die von Dr. Frank gemeinten Landmannschaftsversammlungen.

Nach ein paar Worte über die tatsächlichen Verhältnisse im Reichstag. Nachdem die Sache zur Sprache gekommen ist, bedauere ich, darauf eingehen zu müssen. Ich habe nicht zu entscheiden, ob die Rechte oder die Linke angefangen hat. Nach meiner Kenntnis waren Sonderkonferenzen bis zu Anfang dieses Jahres unbekannt, wohl aber waren vorhanden einige Kondentel, denen ich nicht angehörte. Dann fing die Rechte mit Sonderkonferenzen an, das ist ja naturgemäß, die Linke hatte einschließlich des Vorstandes zu Beginn der Session gerade zwei Mitglieder mehr als die Rechte, jetzt sieht es aber etwas besser. In der Diskussion über die sonstige Tätigkeit der Fraktion ist eigentlich nur von Meerfeld etwas angeführt, das sich gegen die Taktik der Fraktion richtet. Er meint, wenn wir annehmen, Scheidemann würde doch nicht wiedergewählt, so hätten wir die ganze Sache unterlassen sollen. Ich habe nicht verstanden, wie Meerfeld auf diesen Gedanken kommen konnte, nachdem unzweifelhaft seitens des Parteitages und internationaler Kongresse die Frage klargelegt ist. Wir sind nicht dazu da, als Fraktionsmitglieder unsere Grundsätze herabzuwürdigen. Enttäuscht kann man nur dadurch sein, daß der Genosse etwas unklar über den Unterschied zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten ist. Meerfeld hat der Fraktion noch mit auf den Weg gegeben, wie die Taktik geändert werden soll. Es soll eine kluge Taktik unter Benutzung des Moments eingeschlagen werden. Ich weiß nicht, ob die Verse

Die Schultern brav gehoben,
So gelangen wir nach oben,
Wo uns alles weichen muß — — —

seinem Gedanken entsprechen. Ich möchte das nicht annehmen. Wir haben nicht die geringste Veranlassung, unser Mandat zu beschwören

und das würden wir tun, wenn wir auch nur ein Jota von unserem Programm abgehen würden. Es sind ja im übrigen keine Anstände gemacht worden. Ich nehme an, Sie sind mit uns einmütig der Ansicht, daß wir nach wie vor zu stehen haben auf dem Boden unseres Parteiprogramms, auf den Grundfragen und Forderungen, die die Parteitage aufgestellt haben. Ich habe zum Schluß nur die Bitte zu wiederholen: Da die Massengegenstände sich zuspitzen, da in immer schärferer Weise die Ausbeutung der großen Menge des Volkes stattfindet, ist es doppelt und dreifach erforderlich, nicht zu erlahmen in der Organisation und Agitation, nicht weil die Fraktion aus besonders klugen Köpfen besteht, hat sie ihr Gewicht, sondern sie hat ihr Gewicht, weil sie ausdrückt und aussprechen muß: Forderungen der großen Menge, Forderungen, die gleichzeitig Forderungen der Gesamtheit des Vaterlandes sind. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Haase:

Stadthagen hat in seinem Referat ausführlich auf die gestrigen Darlegungen Nebels über die Sonderkonferenzen Bezug genommen. Nebel ist zu unserem Schmerzlichem Bedauern nicht in der Lage, heute vormittag der Sitzung beizuwohnen. Ich will deshalb, damit nicht der Gedanke auftaucht, daß die Worte Stadthagens als vollständig gleichbedeutend mit den Nebelschen anzusehen sind, nach dem stenographischen Protokoll verlesen, was Nebel gesagt hat. Nachdem er dargelegt hatte, wie es früher in den Sonderkonferenzen gewesen ist, fuhr er fort: „Deshalb möchte ich Ihnen dringend empfehlen, daß Sie den Antrag Sidermann annehmen. Denn die anderen Anträge dürfen Sie ja gar nicht annehmen. Wer von Ihnen kann denn mit gutem Gewissen für den Antrag Nahlheim stimmen, wonach die sogenannten Sonderkonferenzen auf das schärfste verurteilt werden. Wer kann für die Anträge Neulinghausen, Lübeck, Köln stimmen, wo überall die schärfste Verurteilung ausgesprochen wird, wo doch ein großer Teil von Ihnen selber zu den Sidermann gehört. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Ich habe mich ja nie daran beteiligt, der Vorstand selbst hat auch diese Verurteilung geübt. Wir werden uns alle sehr freuen, wenn es ohne diese Sonderkonferenzen künftighin geht. Ich bitte Sie, lehnen Sie diese Anträge alle ab.“

Sidermann (persönlich):

Es ist der ausgesprochene Zweck der Antragsteller, mit ihrem Antrage in Zukunft Sonderkonferenzen zu verhindern. Es war der Wille der Antragsteller, damit zum Ausdruck zu bringen, daß die bisher stattgefundenen Sonderkonferenzen gefährlich werden können. Denn das Beispiel, das mit den Sonderkonferenzen von den Abgeordneten gegeben wird, wird schon in den Bezirken und Wahlkreisorganisationen nachgeahmt. (Lebhaftes Hört! hört!)

Es setzt nun eine

Geschäftsordnungsdebatte

ein. Stadthagen beantragt, wieder in die Verhandlungen einzutreten, nachdem die Debatte von neuem eröffnet worden ist.

Vorsitzender Haase: Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung kann allerdings streng genommen nur dasjenige richtig gefasst werden, was der Redner selbst geäußert hat und was von anderen Rednern falsch dargelegt worden ist. Ueber diesen Rahmen sind sämtliche Redner hinausgegangen unter Zustimmung des Parteitages. Sidermann hat lediglich sagen wollen, was er und was Nebel gesagt hat. Von einer Wiedereröffnung der Debatte kann keine Rede sein.

Lebedour: Haase irrt, Sidermann ist in seiner sogenannten persönlichen Bemerkung darüber hinausgegangen. Damit ist die Debatte tatsächlich wieder eröffnet worden. Ich melde mich zur Sache zum Wort. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Haase: Ich kann meinem verehrten Kollegen Lebedour das Wort zur Sache nicht geben. Sie haben gemerkt, daß ich Sidermann auch unterbrochen habe, als er nach meiner Meinung über den Rahmen der persönlichen Bemerkung hinausging. Ich bitte Sie jetzt, nicht eine Strenge eintreten zu lassen, nachdem wir bisher eine milde Praxis übten.

Hoch: Die Erklärung Sidermanns war doch etwas ganz anderes, als es Haase ausgelegt hat. Es hat sich in seiner Erklärung nicht darum gedreht, eine Bemerkung richtig zu stellen, die er gemacht hat, denn er hat ja überhaupt nicht das Wort genommen. Wir wollen keine Rechthaberei treiben, kein Schauspiel bieten, daß wir über einzelne Worte streiten. Für uns war das wichtigste ein Appell an die Parteigenossen, die Sonderkonferenzen in den Grenzen der Notwendigkeit zu halten, und auch bei den Sonderkonferenzen die Einheit und Geschlossenheit der Partei im Auge zu behalten. In diesem Sinne stimmten wir den Ausführungen Nebels zu; leider ist er nicht antwortend. Da man die Situation verabschießt, sehe ich mich genötigt, offen und frei zu erklären: Ich habe Nebel die von mir eingebrachte Resolution vorher zur Kenntnis gegeben und er hat mir ausdrücklich seine Zustimmung erklärt. (Lebhaftes Hört! hört!) Dann trat Nebel auf und hat den Antrag Sidermanns bestritten. Da mußten wir alle den Eindruck haben, daß er uns damit empfehlen wollte: legt nicht den Wert auf die einzelnen Worte, nehmt ihn als Appell zum gemeinsamen Handeln. (Sehr richtig!) Wenn nun Sidermann eine ganz andere Erklärung seines Antrages gibt, dann hätte er gestern die Sache machen müssen, aber er und seine Freunde haben für den Schluß der Debatte gestimmt. Wenn Sie aber das Bedürfnis haben, die Sidermannsche Erklärung für maßgebend zu halten, dann stellen Sie doch den Antrag. (Sehr richtig! und Widerspruch.)

Vorsitzender Haase: Wir brauchen uns wegen dieser Frage weder zu erheben, noch unsere kurz bemessene Zeit weiter in Anspruch nehmen (Sehr richtig!). Für die Auslegung und Bedeutung einer Willenserklärung ist in erster Linie der Wortlaut maßgebend; weiter ist hinzuzuziehen, was im Laufe der Debatte zur Begründung geäußert worden ist. Nebel hat ohne Widerspruch seine Äußerung abgegeben, zu erklären, was er besagt, liegt außerhalb meiner Befugnis.

Frank-Mannheim: Sidermann hat als Antragsteller das Recht, zum Ausdruck zu bringen, was er mit seinem Antrag beabsichtigt. (Jurufe: Aber nicht nach Schluß der Debatte!) Wenn der Berichterstatter in seinem Schlusssatz ihm andere Absichten unterlegt, hat Sidermann das Recht, in einer persönlichen Bemerkung das richtig zu stellen. Stadthagen hätte als Berichterstatter nicht das Recht zu Interpretationsfunktionieren. Er hat das Recht, gegen den Antrag zu stimmen, nicht aber dem Antrag Ziel und Zwecke unterzuschieben, zu denen der Antragsteller selbst sich nicht bekennt. Stadthagen legte den Ausdruck beim Antrag Sidermanns darauf, daß über die anderen Anträge zur Tagesordnung übergegangen sein soll, während für Sidermann die Hauptfrage war, im Interesse der Organisation eine Willensfundgebung des Parteitages zustande zu bringen, in dem Sinne, daß die Sonderkonferenzen aufhören sollen. (Sehr richtig!) Hochs Mitteilungen über die Gründe der Zurückziehung seines Antrages interessieren niemand. Bei gutem Willen braucht man gar keine Kommentare zum Antrag Sidermann. (Sehr richtig!) Nebel sowohl als ich haben deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir vor einem Verbot zurückschrecken, weil wir nicht durch Polizeimahregeln, sondern durch moralische Einwirkung das Ziel des Aufhörens der Sonderkonferenzen bewirken wollen. (Sehr richtig!) Darum wird der Partei ein schlechter Dienst erwiesen, wenn man sich bei einem Beschluß, der die Einheit befunden will, gleich die Hintertür für die Zulassung von Sonderkonferenzen offen hält.

Mollenhuth: Nach der Verlesung des Antrags Sidermann und nach Nebels Begründung war die Veranlassung einmütig der Auffassung, daß eine nach allen Seiten zufriedenstellende Lösung vorhanden sei. Daher wurde Schluß gemacht. Bei späteren Streitigkeiten kann man außer dem Wortlaut des Antrags nur die Erörterungen Nebels maßgebend sein lassen.

Sidermann: Ich hätte kein Wort gesagt, wenn Stadthagen nicht dem Antrag einen anderen Sinn zu geben versucht hätte.

Liebnecht verzichtet aufs Wort.

Stadthagen (mit Schlußrufen empfangen): Ich muß mich entschieden gegen die Unterstellung Franks und Sidermanns verhalten. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß Nebel und nicht Sidermann den Antrag begründet hat, und daß deshalb nur die Begründung von Nebel gelten kann. Ich habe also daselbst ausgeführt wie Mollenhuth und werde auch für den Antrag stimmen. Es kommt nicht darauf an, was Sidermann verschwiegen hat, sondern was Nebel gesagt hat.

Vorsitzender Haase: Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Dr. David (persönlich): Stadthagen hat in seinem Schlusssatz ein mit Schreibmaschine hergestelltes Formular vorgelesen, das eine Einladung zu einem Diskussionsabend im April 1907 darstellt. Als Thema ist angegeben: „Reformpartei oder...?“ Und als Referent werde ich angegeben. Die von Stadthagen verlesene Einladung liegt 5 Jahre zurück. Ich habe mein Gedächtnis eben gemartert, was das gewesen sein könnte, ich habe auch meine Freunde gemartert, es ist mir aber unmöglich, irgendwie in meiner Erinnerung etwas zu finden, was Anlaß zu diesem Schriftstück gegeben haben könnte. Ich entsinne mich also weder der hier gemeinten Versammlung, noch daß ich irgendwo über das hier genannte Thema referiert hätte. Ich habe Stadthagen gebeten, er möchte mir mitteilen, woher er diese Einladung bekommen hat, damit ich feststellen kann, von wo sie ausgeht. Stadthagen hat es abgelehnt (Hört, hört!), so lange er diese Angabe verweigert, muß ich annehmen, daß Mißbrauch mit meinem Namen getrieben worden ist.

Stadthagen: Ich habe David erklärt, daß ich den Genossen, der diese Einladung erhalten hat, fragen werde, ob er gestattet, daß ich seinen Namen bekannt gebe. Machen Sie aus der Sache doch keine weiteren Geschichten. (Jurufe: Sie haben etwas daraus gemacht!) Es ist kein Zweifel, daß der Genosse, der zu Ihrer Seite gehört und dessen Namen ich nicht preisgeben will, diese Einladung wirklich erhalten hat. Daß David ohne sein Bewußtsein als Referent aufgeführt worden ist, ist ja möglich. Ich habe gar nichts anderes behauptet.

Vorsitzender Haase: Wir kommen zur Abstimmung.

Die Resolution Haupt und Genossen, die sich auf die Verlesung von Streikenden und anderen Personen durch Arbeitswillige bezieht, wird einstimmig angenommen.

Antrag 204*, der den Fall Landberg betrifft und ihn durch die Stellungnahme der Magdeburger Instanzen für erledigt erklärt, wird mit überwiegender Mehrheit angenommen. Damit ist auch Antrag 171 erledigt.

Es folgt der Antrag Sidermann und Genossen, der die Sonderzusammenkünfte betrifft. Der Antrag wird mit überwiegender Mehrheit angenommen. Auf Verlangen der Delegierten wird die Gegenprobe vorgenommen, bei der fünf Delegierte, darunter Lebedour, gegen den Antrag stimmten. (Heiterkeit.) Damit wird erledigt die Anträge 110, 112, 114, 115, 116, 117, 149, 158, 172, 183 und 180.

Die Anträge 111 und 113 sind zurückgezogen worden. Die Anträge 104 und 147, die sich auf Doppellandidaturen beziehen, werden abgelehnt, ebenso der Antrag 106, der zur Durcharbeitung größerer Gesetzesvorlagen auch die Heranziehung unabhängiger Genossen außerhalb der Fraktion fordert. Antrag 177 ist zurückgezogen worden, ebenso Antrag 186.

Ueber Antrag Baron 205 wird getrennt abgestimmt. Satz 1 des ersten Absatzes des Antrages, bei dem es sich um die Propaganda gegen die Todesstrafe handelt, wird einstimmig angenommen. Die übrigen Teile des Antrages werden ebenfalls einstimmig dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Es folgt das Referat über den nächsten Punkt der Tagesordnung:

Der Imperialismus.

Referent Haase:

Parteigenossen! Wohl kein Wort schwingt so häufig durch die politische Welt und klingt so oft an Ihr Ohr, wie das Schlagwort „Imperialismus“. Wenn man der Frage nachgeht, was unter Imperialismus zu verstehen ist, so erhält man die verschiedensten Antworten. Es gibt Politiker, die den Ausdruck in dem Sinne gebrauchen, daß darunter zu verstehen sei die Schaffung eines Reiches, das sich wirtschaftlich selbst genügt, das so ausgedehnt ist, daß innerhalb seines Gebietes sämtliche Rohprodukte gewonnen und seine Industrieerzeugnisse auf den eigenen Markt abgesetzt werden können. Man spricht von wirtschaftlichen Gebilden dieser Art, als von der künftigen Form einer sogenannten Selbstgenügsamkeit. Ich glaube, nicht viele Worte darüber verlieren zu sollen, daß es sich hier um bloße Phantasie handelt. In England hat man mit dem Ausdruck Imperialismus zunächst andere Vorstellungen verbunden. Als sich in Amerika und in den europäischen Ländern die Schutzollmauern immer höher erhoben, wurde auch in England eine Agitation für Schutzgölle entfacht, und an der Spitze dieser Agitation stand als markante Persönlichkeit Chamberlain. Er wünschte, daß die zum englischen Reich gehörigen Teile alle zu einem einheitlichen Ganzen zusammengeschlossen werden sollten, und daß dieses große Imperium, dieses Weltreich, eine eigene politische und wirtschaftliche Gemeinschaft bildet gegenüber den anderen. Es ist Ihnen bekannt, daß diese Agitation Schiffbruch erlitten hat. Heute wird als Imperialismus allgemein bezeichnet das Bestreben nach Gewinnung von neuen Märkten- und Einflußsphären in den anderen Ländern, die Ausdehnung des eigenen Einflusses, die Hinausschiebung der eigenen Staatsgrenzen, die Angliederung von anderen Ländern an den eigenen Staat. Dieses Bestreben beherrscht allerdings gegenwärtig die ganze Welt, Amerika und Japan ebenso wie die europäischen Staaten. (Sehr richtig!) Es quillt heraus aus der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung, aus der ökonomischen Struktur, die die hochindustriellen großkapitalistischen Staaten angenommen haben. Es ist charakteristisch, daß in diesen Staaten die Produktion eine geradezu fabelhafte Entwicklung genommen hat. Mit wenigen Zahlen will ich Ihnen diese Tatsache illustrieren. Der Weltmarkt, das heißt der gesamte Außenhandel der Welt, betrug 1900 über 132 Milliarden Mark, er hat sich in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt. Der Anteil Deutschlands an der Zunahme des Welthandels wie an der Wertvergrößerung ist ebenfalls ein sehr beträchtlicher. Einen Gradmesser für die Ausbreitung des Weltverkehrs geben die Transportmittel. Das Schienennetz ist in Deutschland von 1890 bis 1906 von 42 800 auf über 60 000 Kilometer und

*) 204. In der Erwägung, daß bereits die Magdeburger Parteioorganisation zu dem Verhalten des Genossen Landberg beim Kaiserhoch in der Schlüßigung des Reichstags Stellung genommen hat; in weiterer Erwägung, daß diese Stellungnahme bei aller Zurückhaltung in der Form sachlich von den gleichen Anschauungen beherrscht wird, wie die Beschlüsse der Parteitage und der Reichstagsfraktion über die Teilnahme an börischen Kundgebungen, erklärt der Parteitag den Antrag des 6. Berliner Reichstagswahlkreises für diese Sache für erledigt.

in Europa von 323 000 auf 329 000 Kilometer, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von 280 000 auf 331 000 Kilometer gewachsen. In Japan hat sich das Schienennetz verdreifacht und in China ist es von 200 Kilometer auf 8224 Kilometer gewachsen. (Hört! hört!) Geradezu märchenhaft ist die Entwicklung der Kaufkraftleistung. Die Zahl der Registrierungen der deutschen Kaufkraftleistung ist in den letzten vierzig Jahren von 982 000 auf 2 903 000 gestiegen. In Großbritannien ist die Zahl der Registrierungen in zehn Jahren um 2 1/2 Millionen gestiegen, in Amerika über eine Million. England ist nicht mehr die Werkstätte der Welt, aber noch ihr bei weitem größter Produzent. (Sehr gut!) Überall sind Ansätze für einen mächtigen neuen Verkehr vorhanden. Die Baghdadbahn nähert sich ihrer Vollendung. Was diese Baghdadbahn, wenn sie bis zum persischen Golf weitergeführt ist, für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet, darüber gibt es nur eine Stimme. Der englische Ingenieur Billox hat ausgerechnet, daß in Mesopotamien etwa 5 Millionen Hektar Landes, besten Ackerslandes, die jetzt wüst daliegen, wiedergewonnen werden könnten. Weizen, Gerste, Reis und wahrscheinlich auch Baumwolle können da gebaut werden. Cecil Rhodes hat das Wort geprägt: „Ausdehnung ist alles.“ Aber die Agrarier, die sonst zusammen mit den Vertretern der Schwerindustrie und des Finanzkapitals den Imperialismus besonders befürworten, leben vor Schrecken bei dem Gedanken, daß der Imperialismus zur Einfuhr von Nahrungsmitteln nach Deutschland und damit zur Wüderung der Kolonialwirtschaft führen könnte. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bahn von Damaskus über Medina nach Mekka ist fertig, und die Verbindung mit Aden ist geplant. Was wird sein, wenn die Bahn von Kapsbad bis Suva, die Bahn von Alexandria nach Sues, die geplant ist, fertig sein werden? Australien wird durchquert und das Wunderwerk der Technik, der Panamakanal, wird wahrscheinlich im nächsten Jahre eröffnet, wodurch die Verbindung Amerikas mit Ostasien noch enger gesichert wird. Europa wird dann für China und Japan um 2500 Seemeilen weiter liegen als New York. Der Panamakanal wird ganz neue Gebiete dem Absatz erschließen.

Aber nicht nur Waren zum persönlichen Gebrauch werden ausgeführt, sondern in immer steigendem Maße vollzieht sich eine Kapitalausfuhr. Das ist ein charakteristisches Zeichen dafür, daß wenn die Kolonien auch wenig wertvoll sind, sie doch für das Kapital Wert erlangen, weil in ihnen Straßen und Eisenbahnen erbaut, Brücken errichtet, Städte gegründet werden und das Kapital zu diesem Zwecke Produktions- und Transportmittel in die Kolonien schicken kann. Und wenn die Kosten für die Kolonien, die sich nicht rentieren, zum größten Teil durch indirekte Steuern aufgebracht werden, durch die die Besitzenden nicht getroffen werden, so ist das in jedem Falle ein ausgezeichnetes Geschäft. Es wird aber immer mehr Kapital ausgeführt. So unendlich akkumuliert sich das Kapital, daß es immer wieder drängt nach neuen Verwertungsmöglichkeiten. Es hat ein Verwertungsbedürfnis in fast allen Ländern. Es weh nicht, wo es bleiben soll. Es wird dem Staat aufgedrängt zu Anleihen, meist unter Bedingungen, die den schuldenenden Staat verpflichten, aus dem Güterverkehr auch Waren und Produktionsmittel zu beziehen. Das ist besonders leicht zu machen, seitdem die Großbanken auf das engste verflochten sind mit der Schwerindustrie, den Bergwerken und Eisenhütten.

Im Jahre einige Beispiele zu geben, hat schätzungsweise England etwa 70 Milliarden Mark im Ausland und in seinen Kolonien angelegt, die Hälfte in den Kolonien hauptsächlich in Kanada, Indien und Australien. Die Zinseinnahmen Englands betragen etwa 100 Millionen Pfund jedes Jahr. Deutschland hatte 1906 nach Schätzungen von Sachverständigen bereits sein Kapital von etwa 20 Milliarden im Ausland angelegt, gegenwärtig wohl wenigstens 35 Milliarden. Man nimmt an, daß Deutschland, Frankreich und England allein der Welt etwa jährlich 6 Milliarden Kapital liefern, das dazu dient, die Naturkräfte der Welt zu erschöpfen, nicht natürlich für die Masse des Volkes, sondern für das Großkapital. Die Wirkung dieser Vorgänge zeigt sich darin, daß Länder, die bisher völlig abgeschlossen waren von der Industrie, die auf der niedrigen Stufe produzieren, hineingezogen werden in das großkapitalistische Getriebe, das in ihnen selbst Industrien entstehen, die später demjenigen Lande, von dem die Befruchtung ausgeht, selbst die allerhöchste Konkurrenz machen werden. Ich will im Rahmen dieses Vortrages nicht auf die Kolonialpolitik eingehen, die natürlich ein Stück imperialistischer Politik darstellt.

Gerade die Kolonialpolitik ist befaßt mit demjenigen Wertmal, das man als besonders charakteristisch für den Imperialismus gewöhnlich ansieht, nämlich mit dem Charakter der Gewalt. (Sehr richtig.) Als wir vor kurzem sahen, daß in Peru 30 000 Indianer bestialischerweise hingerichtet wurden, lediglich um 4000 Tonnen Gummi zu gewinnen, wenn sie das nicht die Schilderung von Marx ein, die er in dem Kapitel „Genese des Kapitals“ über die Kolonialsklaverei liefert. Da nun die hochentwickeltesten Industriestaaten selbst hineingezogen werden, nach den neuen Märkten und Absatzgebieten für den persönlichen Gebrauch und für das Kapital, so ist es selbstverständlich, daß nicht nur Verwicklungen entstehen mit den Ländern, die beklagt werden vom Kapital, sondern auch zwischen den rivalisierenden Staaten. Die auswärtige Politik der modernen Staaten wird gegenwärtig durch den Imperialismus beherrscht. Hier haben sich die Zeiten in Deutschland geändert. Bismarck trieb Kontinentalpolitik, wenn auch gelegentlich 1884 die ersten schmerzlichen Versuche einer Kolonialpolitik von ihm gemacht wurden. Caprivi war es, der offen aussprach, daß die Regierung es sich noch ein Jahr überlegen werde, ob sie Schutzgebiete behalten sollte. Wie ganz anders nach dem Jahre 1896. Es war am 18. Januar 1896, als der Kaiser bei der Feier des 25jährigen Reichsjubiläum eine Rede hielt, die zum ersten Male von dieser Stelle aus den Gedanken des Imperialismus propagierte. Es liegt darin: „Unser deutsches Reich ist ein Weltreich geworden. Tausende von deutschen Landesleuten wohnen in allen Teilen der Erde, deutsche Siedler, deutsche Wissenschaftler gehen über den Ozean. An sie alle ergeht die erste Pflicht, dieses größere deutsche Reich auch fest an das heimische anzuknüpfen.“ Ein Jahr später kam die Dreikaiserrede in Gurgensch in Köln, die auf einen ganz ähnlichen Ton gestimmt war. Am 16. Dezember 1897, als der Kaiser seinen Bruder, den Prinzen Heinrich in Kiel verabschiedete, der nach China ging, da sprach er: „Sollte je irgend wer unternehmen, uns in unserem guten Recht zu kränken, oder uns schädigen zu wollen, dann scheidet dein mit gepanzerter Faust!“ Noch deutlicher trat die neue imperialistische Politik zutage bei der Verabschiedung der Truppen, die 1895 zum Nachschub gegen China geschickt wurden. Damals hieß es, daß ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen soll. Es war damit aller Welt bekannt, daß Deutschland Weltmacht werden sollte. Der Reichsminister, Fürst Bülow, sagt am 11. Dezember 1899 im Reichstag: „Wenn die Engländer von einem „Greater Britain“ (größeren England), wenn die Franzosen von einem „nouveau France“ (neuen Frankreich) sprechen, wenn die Russen sich einen erheben, haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland!“ Sie sehen, daß auch von der verantwortlichen Stelle im Reich der Gedanke eines größeren Deutschlands ausdrücklich in das Volk hineingeworfen wurde. Es ist am Anfang oft so dargestellt worden, als ob diese Ausrufungen des deutschen Kaisers lediglich der Ausdruck einer absolutistischen Gesinnung seien. Wichtig ist ja auch, daß das äußere Gebräuge dieser Ausrufungen von absolutistischem Geiste getragen ist, aber tiefer verdringt sich dahinter doch eine veränderte politische Auffassung, die herovorkommt aus einer völlig veränderten ökonomischen Lage.

Wenn nun die Staaten darauf ausgehen, andere Länder sich anzuschließen, dann besteht es sich von selbst, daß sie ihre Kräfte für diese Zwecke vergrößern wollen, um auch ihr Ziel wirksam zu erreichen, es entsteht auf diese Weise das Rüstren, das wir heute in immer größerem Umfang. Das Wettrennen hat einen neuen Anlauf genommen, im neuen Reichstag wurde eine Vorlage über 650 Millionen Mark bewilligt. Die Militär- und Marineforderungen, die wir vorher angeklagt hatten, traten mit einer Schärfe ein, die wir selbst kaum erwartet hätten. Die Antwort auf den Beschluß des deutschen Reichstages bildet eine Nachtragsforderung der englischen Regierung zur Flottenvergrößerung. Im Juli d. J. wurde

in Frankreich eine Militärvorlage angenommen, die eine einmalige Ausgabe von 3 Milliarden und eine dauernde Ausgabe von 14 Millionen pro Jahr erfordert. Oesterreich vergrößerte die Flottenstärke seines Heeres, die Vorlage erschien bei der gesamten Weltlage der Regierung so wichtig, daß man in Ungarn unter Verletzung der Geschäftsordnung mit Gewalt die Opposition mundtot machte, um die Vorlage durchzuführen. Rußland hat vor kurzem eine Marinevorlage in Höhe von 1 Milliarde Mark bis zum Jahre 1917 bewilligt. Bei der Beratung dieser Vorlage ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß diese Flotte notwendig sei gegenüber Deutschland.

Nun war der Beschluß des Deutschen Reichstages über die letzte Wehrvorlage zustande gekommen, so hielt Großadmiral v. Roeder im Flottenverein in Düsseldorf eine Rede und sagte darin: „Eine dem großen Deutschen Reich entsprechende Vertretung seiner Flotte sei nicht vorhanden.“ (Hört! hört!) Wir müßten also darauf gefaßt sein, daß bald wieder neue Forderungen gestellt werden. Nun fragt es sich für uns, ist das Wettrennen für den Kapitalismus eine Lebensnotwendigkeit, so daß er daran festhalten muß? Eins müssen wir wohl als richtig anerkennen: das in der Rüstungsindustrie investierte Kapital ist ein ganz enormes. Würde das Kapital, das in diesen Industrien steckt, beschlagnahmt werden, so würde das allerdings einen starken Rückschlag auf das Wirtschaftsleben haben. Die Rüstungen sind für den Kapitalismus ein Mittel geworden, die Prosperität zu verlängern und etwaige Krisenwirkungen abzumildern. Falsch wäre es aber, diese Erwägung allein anzustellen und allen anderen Tatsachen gegenüber die Augen zu schließen. Wir tun gut, uns jener Worte zu erinnern, die Friedrich Engels am 8. Oktober 1895 im Berliner Volksblatt in einem Brief an den Genossen Paul Ernst zum Ausdruck brachte: „Wer nicht instande ist, bei Beurteilung einer ökonomischen oder politischen Sachlage das relative Gleichgewicht der vorliegenden Tatsachen, noch die Stärke der ins Spiel kommenden Kräfte abzuwägen, der kommt dazu, der Partei eine total verirrte Taktik aufzuzwingen.“ (Zustimmung.) Diese Worte werde ich über meine Präzisionskopie natürlich nicht bringen. (Heiterkeit.) Ich habe sie lediglich zu Ihrer Kenntnis gebracht. Können wir das relative Gleichgewicht aller vorliegenden Tatsachen ermitteln, so können wir wohl zu dem Resultat kommen, daß bei dem großen Einfluß, den die mächtigen Gruppen der Rüstungsindustrien und die mit ihnen verbundenen Klassen auf die Staatsgewalt haben, der Kampf gegen das Wettrennen ein überaus schwerer ist. Aber es läßt sich nicht sagen, daß der Erfolg nun vornherein unmöglich ist. England nimmt zwar noch um 400 000 Menschen zu, Frankreich hat überhaupt keine Bevölkerungszunahme, beide Länder sind bald an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Es ist doch eine historische Tatsache, ich wundere mich, wie das in den letzten Tagen bestritten werden konnte, daß die englische Regierung, die höchstwahrscheinlich im Einverständnis mit den Franzosen handelte, den Versuch gemacht hat, durch Verhandlungen mit dem Deutschen Reich auf eine Einschränkung der Rüstungen hinzuwirken. Wenn das richtig ist — und es ist nicht zu bezweifeln —, dann werden auch meine Kritiker zugeden, daß der Beweis erbracht ist, daß es sich hier nicht um eine Lebensbedingung des Kapitalismus handeln kann. Auch die Erklärungen, die der frühere englische Kriegsminister Balfour nach Rückkehr von seiner deutschen Reise abgegeben hat, lassen erkennen, daß der Abrüstungsvorschlag, den unsere Fraktion in wirtschaftlicher Weise im Reichstag gemacht und vertreten hat, richtig war. (Sehr richtig!) daß unsere Fraktion das getan hat, was die Situation gebot. Ich erinnere Sie daran, welchen Jubel wir im letzten Wahlkampf bei unseren Wählern ausgelöst haben, wenn wir ihnen erzählten, daß die sozialdemokratische Partei die einzige sei, die einen Antrag auf Einschränkung der Rüstungen gestellt habe und eine Verbindung insbesondere zwischen England und Deutschland wolle. Die Massen haben uns verstanden, und wer auf das Gefühl der Massen so ganz besonderen Wert legt, der sollte auch an ihm in dieser Halle nicht so arglos vorübergehen. (Sehr gut!) An sich stellen bereits die Rüstungen eines Krieges eine Gefahr dar, der Wettbewerb auf dem Gebiete der Rüstungen muß schließlich entweder zum Weltkrieg oder zum finanziellen Zusammenbruch führen.

Es kann noch die Frage aufgeworfen werden, wenn vielleicht auch nicht das Wettrennen eine unbedingte Notwendigkeit des Kapitalismus ist, ist nicht aber der Krieg eine unvermeidliche Notwendigkeit? Marx und Engels haben immer wieder davor gewarnt, daß wir eine fatalistische Geschichtsauffassung übernehmen. Ich glaube, daß alle diejenigen, die den Standpunkt vertreten, der Krieg sei ein unabwendbares Schicksal, tatsächlich den Boden verlassen, den wir als marxistisch geschulte Genossen einnehmen. Die kapitalistischen Gruppen der verschiedensten Länder werden mehr und mehr international miteinander verknüpft, es zeigt sich allmählich, daß der Absatz der Welt verteilt wird unter die Kapitalmagnaten. Es ist von vielen Genossen auf das Beispiel des internationalen Schienensyndikats hingewiesen worden. Dieses Syndikat hat unter sich vereinbart, daß die Schienenerlieferungen der ganzen Welt unter die Schienenerzeuger der einzelnen Nationen verteilt werden. Wenn die großen Magnaten der Montanindustrie zu einem internationalen Übereinkommen gelangen, so sehen wir, daß auf dem großen Theater der Welt sich dasjenige vollzieht, was wir längst bei uns im Staat selbst erleben, nämlich, daß die Konkurrenz zum großen Teil ausgeschaltet ist durch Kartelle, Trusts usw. Es bildet sich eben eine größere Rationalität internationaler Art unter den Kapitalmagnaten in steigendem Umfange heraus. Bevor die Diplomaten die Friedensbedingungen wegen Marokko festgelegt hatten, waren Schneider-Creusot und Krupp vereinigt zur Ausbeutung der Erzgrube in Marokko. Es wäre eine Illusion von uns, wenn wir annehmen würden, daß damit schon die Kriege aus der Welt geschafft würden. Darauf kommt es aber bei dieser Gelegenheit nicht an, sondern darauf, ob wir ein Mittel haben, einen drohenden Krieg abzuwenden zu können. Ich will nur darauf hinweisen, daß vor kurzem in einem nationalliberalen Blatt der Landtagsabgeordnete vom Reich darauf hinwies, es sei ein Anzeichen, die Handels- und Industriekonkurrenz als Ursache zu einem kriegerischen Konflikt zwischen England und Deutschland anzusehen. Es sei dies eine völlig unrichtige und unhaltbare Erklärung der Meeres- und Flottenpolitik.

Gegenüber der Solidarität des international verbrüdereten Kapitals steht eine andere Solidarität, die viel fester begründet ist, das ist die Solidarität der international verbrüdereten Arbeiter. Die deutsche Sozialdemokratie hat grundsätzlich stets gestimmt gegen das Rüstren und die englische Labour Party hat aus dem Munde ihres Führers MacDonald im Juli dieses Jahres im englischen Parlament erklärt, daß die englischen Arbeiter mit den deutschen Schülern an Schülern ständen in diesen Fragen. Sollte wirklich die Macht des internationalen Proletariats so gering sein, daß sie nicht genügt, um seine Stimme in die Waagschale für Krieg oder Frieden zu werfen? Sollten unsere Friedensdemonstrationen nichts bedeuten, dann müßten wir zu dem Resultat kommen, überhaupt keine Friedensdemonstrationen mehr zu veranstalten. (Sehr richtig!) Mühten wir erklären, daß der Krieg unabwendbar ist, daß er eine Lebensbedingung für den Kapitalismus ist, daß die Koller jetzt zum Kriege drängen, was sollen denn dann die Demonstrationen für den Frieden?

„Nur die Feder eines Mac Guffin“, sagt Morgan Shuster über seine Erfahrungen, „aber der Pinzel eines Berechtigtgen könnten den raschen Genieusdick wüßten schildern, der den Niedergang dieser alten (der perfischen) Nation begleitete, und bei dem zwei mächtige und angeblich arische Länder ein irreguläres Spiel treiben mit Weisheit, Eber, Anstand und Gehet. Eines von ihnen zündet sogar nicht, die barbarischsten Grausamkeiten zu begehen, nur um zu seinen politischen Zielen zu gelangen und Vertien jenseits aller Hoffnung zu stellen, sich selbst zu verewigern.“ Und in China, wo wir ja auch bei günstiger Gelegenheit nach dem Kriege zwischen China und Japan uns kritisch im Wege einer modernen imperialistischen Methode nicht genommen, sondern uns auf 19 Jahre haben beschränken lassen, da lauern auch die Staaten um, wenn die Gelegenheit günstig ist, neue Beute zu machen. Man sieht, nachdem man sich über die Mandchurie und Mongolei zwischen Japan und

Rußland verständigt hat, England Tibet überlassen zu haben. Wahrscheinlich werden die Leute sich irren; das chinesische Volk ist aus seinem Schlummer erwacht, es hat mit Hilfe einer Revolution die alte Regierung gestürzt. Aber diese Revolution wäre nicht gekommen, wenn nicht schon in China in den letzten Jahren sich die Bourgeoisie zum Teil herausgebildet hätte und wenn nicht schon kapitalistische Pläne im großen Umfang zutage getreten wären. (Sehr richtig!)

Verlassen wir also auch in keiner Weise die Gefahren, die uns umgeben, so kann das für uns doch nur ein Ansporn sein, unsere Kräfte immer mehr zu steigern, um unter all diesen Wirren und gewalttätigen Verwicklungen doch den Frieden zu erhalten. (Bravo!) Die ganze imperialistische Politik hat ja auch die erhebliche, verhängnisvollste Wirkung im Jahre 1900 selbst gezeigt, nämlich, wie wir alle fühlen. Die Bewegung ist auch eine Begleiterscheinung, und gerade die Feuerung bei uns ist ja verstärkt durch unsere Schutzpolitik. (Sehr richtig!) Der Imperialismus verleiht gerade den industriellen Scharfmachern immer mehr und mehr Macht, unseren bödartigsten Feinden, und diese industriellen Scharfmacher, die profit- und machtsüchtig darauf ausgehen, Kapital auf Kapital zu häufen, scheuen sich nicht, den Arbeitern auch noch ihr Kooperationsrecht zu kürzen und jeden Fortschritt in der Sozialpolitik zu verhindern. (Sehr wahr!) Das Proletariat erkennt, daß das Schutzsystem, das gegenwärtig in vollster Blüte bei uns steht, dazu geführt hat, daß die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt ist, daß infolge dessen der innere Markt verengert wurde, daß infolgedessen das Verlangen entstand, Waren von Industrieartikeln auf den Weltmarkt zu werfen. Das Proletariat bekämpft dieses Schutzsystem und wird nicht ruhen, bis es gefallen ist. (Bravo!) Das Proletariat erneuert den entschlossenen Willen, alles daran zu setzen, daß der Krieg, der Weltkrieg vermieden, daß der Frieden erhalten wird. Das Proletariat wird zu diesem Zwecke die internationalen Beziehungen von Proletariaten zu Proletariaten hegen und so die Macht des internationalen Proletariats verstärken. Wir wissen, daß wir unser Ziel nur erreichen können, wenn wir unsere politischen und wirtschaftlichen Organisationen noch machtvoller ausbauen, als es schon geschehen ist, wenn wir niemals ermüden, unsere Organisationen zu stärken. Wird auch die Gefahr des Krieges, der ganze Wohlstand des Verelendungstendenzen zeigenden Kapitalismus erst aus der Welt geschafft mit dem Kapitalismus selbst, so wollen wir doch überall auf allen Gebieten die verheerende Wirkung herabzumindern suchen. Das muß gelingen. Der Kapitalismus entwickelt sich gerade durch den Imperialismus zur höchsten Stufenleiter, es ist dann diese Wirtschaftsweise reif, einer anderen Platz zu machen, der sozialistischen. Das Proletariat ist als Erbe berufen, und es wird die Erbchaft antreten in dem sicheren Gefühl, daß auf dem Boden der sozialistischen Gesellschaft, unter dem Banner des herangezogenen, aufrecht gerichteten Proletariats gedeihen werden Frieden, Freiheit, Selbstständigkeit und Wohlfahrt aller Völker. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Dr. Leusch - Leipzig

Solche Resolutionen, wie die und vorliegende, sollen schon vier Wochen vor dem Parteitag bekanntgegeben werden. Diesmal konnte sich die Parteipresse mit der zu der wichtigsten Frage des ganzen Parteitages vorliegende Resolution gar nicht beschäftigen. (Sehr wahr!) Ich bedaure, daß die Genossen Kautsky und Rosa Luxemburg wegen Krankheit nicht unter und sind. Sie sind die Verurteilten in dieser Frage mitgezogen, und ihre Teilnahme an der Debatte hätte sicher unseren Gedankenaustausch angeregt zum Wohle der Partei. (Bravo!) Durch die Abwesenheit Kautskys ist es mir natürlich unmöglich gemacht, auf meine Diskussion mit ihm in der „Neuen Zeit“ einzugehen. Leider gestattete meine kurze Redezeit nicht, eine eigene Resolution einzubringen, aber es handelt sich ja hier doch erst um den Anfang der imperialistischen Debatte, die die Parteipresse noch viel beschäftigen wird. (Sehr wahr!) Keine Hauptbedenken beziehen sich auf den Fokus der Resolution, der von der Rüstungseinschränkung handelt. In der Frage der Abrüstung kommt die Differenz unserer Auffassungen über die imperialistische Entwicklung am deutlichsten zum Ausdruck. Ich halte ein vorübergehendes Abkommen zweier kapitalistischer Staaten über Fragen der Rüstungspolitik keineswegs für ausgeschlossen. Aber das ist ganz etwas anderes, als was die Resolution verlangt und was feinerzeit auch die Reichstagsfraktion in einem Antrag verlangt hatte, dessen unglückliche Formulierung nicht lohnt, viele Worte zu verlieren. In der Resolution ist die Rede von einer internationalen Vereinbarung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen. Das ist eine Utopie. Niemand hat seit zehn Jahren zu besprechenden internationalen „Ausrüstung“ ein Abkommen, ein Fehlen der Weltgeschichte zugrunde, ist der Kapitalismus auch ohne Gewaltanwendung, Kolonien und Platte durchführbar? Gewiß, aber im luftleeren Raum, in der Phantasie, auf dem Papier. Wir haben nicht der Weltgeschichte die Rechte zu fortragen und ihr zu sagen, da halt du deine schlechte Arbeit, es ist alles rot angezeichnet, in Zukunft erwarte ich eine bessere Arbeit von dir. (Heiterkeit.) Wir haben dem Kapitalismus zu lassen wie er ist. Das Wettrennen ist notwendig, aus den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen erwachsend. Imperialismus und Schutzpolitik haben die freie Konkurrenz auf dem inneren Markt durch das Monopol ersetzt und damit auch die wirtschaftlichen Grundlagen des Liberalismus zerstört, aber auf dem äußeren Markt die freie Konkurrenz um so mehr entfesselt. Das internationale Wettrennen ist die Begleiterscheinung des Kampfes um den Weltmarkt. Man sagt, es sei unsere Aufgabe, die Gegenenden gegen den Weltkrieg, die imperialistische Entwicklung zeitig zu unterbrechen. Von diesen Gegenenden ist in der Resolution nicht enthalten. Man kann sogar von einer noch zunehmenden imperialistischen Verengung der bürgerlichen Klassen sprechen. Der bürgerliche Widerstand gegen die steigenden Rüstungsausgaben ist ganz verstimmt. Nur im Proletariat sind Gegenenden gegen den Imperialismus vorhanden, also dort, wo die Gegenenden gegen den gesamten Kapitalismus, nämlich die Sozialdemokratie, vorhanden ist. Diese Gegenenden sind in ihrem Wesen revolutionär, sie führen über die jetzige Gesellschaftsordnung hinaus. Es gibt allerdings auch reaktionäre Gegenenden, auf die man sich zugunsten der Abrüstung berufen, in erster Linie die englische Regierung; unter Berücksichtigung der Änderungen der englischen Regierung über Abrüstungen ist unsere Fraktion im Jahre 1900 vorgegangen. Selbstredend mußte unsere Fraktion die englischen Abrüstungswünsche und ihre glatte Ablehnung durch die deutsche Regierung agitatistisch ausnutzen. Aber nicht dadurch, daß sie selber sich der englischen Forderung ausgenutzt, ergänzt durch einen Antrag über die Abschaffung eines Seepreventivsystems, sondern daß sie den englischen Antrag als einen Beweis für die totale Rüstungslosigkeit der kapitalistischen Staaten nachwies, aus der auch Lord George keinen anderen Ausweg sieht als eine blutige Utopie. Daß gerade die englische Regierung einen Abrüstungsvorschlag machte, erklärt sich aus der geschichtlichen und wirtschaftlichen Situation. Die englische Bourgeoisie, durch die imperialistische Konkurrenz bedroht, sucht sich immer mehr im Übergang zum Neutumschaft und wünscht, wie alle Neutumschaft, daß es nur immer zu bliebe unter dem westlichen Rand. (Heiterkeit.) Die anderen kapitalistischen Staaten rücken ihr aber immer stärker an die Gurten, selbst das absolute Hebergewicht Englands zur See wird erschüttert durch das Wettrennen. Da denkt sie, wie herrlich wäre es doch, wenn wir die anderen Staaten zur Einstellung der Rüstungen überreden könnten, dann wäre unsere Hebergewalt zur See für alle Ewigkeit gesichert. Die englische Bourgeoisie will die geschichtliche Entwicklung an den Rostschrauben in die Vergangenheit reifen, wir dagegen bekämpfen die imperialistische Entwicklung von vorn, indem wir sie über sich selbst hinauszuweisen suchen. Aufzugeben ist die englische Industrie herrschaft erschüttert. Wie England einst durch den Freihandel verurteilt, die anderen Staaten für alle Zeit Karawanken bleiben zu lassen, und selbst der einzige Industriestaat zu bleiben,

so versucht es jetzt durch die Abrüstung die Herrin der Meere zu bleiben. Der internationale Sozialismus hat jedoch keine Ursache, die dauernde Oberherrschafft eines kapitalistischen Staates über alle anderen mit zu bekämpfen. Friedrich Engels hat prophezeit, daß es in England Sozialismus geben werde, sobald mit dem Zusammenbruch des englischen Industrieimperiums die englische Arbeiterklasse ihre bevorzugte Stellung als Teilnehmerin des Weltmarktes verlieren werde.

Die gewaltige Leistung des Kapitalismus, die märchenhafte Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, geht über Reichen, Blut und Geld, aber wir erkennen, so sehr wir diese Verderblichkeit bekämpfen, doch, daß der über Reichen führende Weg des Kapitalismus schließlich doch im Sozialismus mündet. Wir erkennen auch, daß das ungeheure Aufschwollen der modernen Kriegerarmee alle waffenfähigen Männer zum Dienst preßt, die Revolutionären in die Stellung des Feindes führt und die Vorbedingung für die Weltkriege schafft, während die Abrüstung nur die Vorbedingung des Prätorianerheeres sein würde. Wir haben keine besonderen Mittel im Kampf gegen Imperialismus und Betrüsten, sondern nur die große, aber einfache Parole: Agitieren und organisieren! Sagen wir den Massen, daß der Imperialismus das letzte Wort der bestehenden Gesellschaft ist, daß er alle Springquellen der sozialen Revolution erschließt. Er unterwirft sich den ganzen Erdkreis, greift die letzten Reserven seiner Lebenskräfte an und verschüttet die Kanäle, in die er seine gewaltig gesteigerten Produktivkräfte ergießen kann. Im Ausland treibt er alle Gegenstände auf die Spitze; während die Tische der Kapitalmagnaten unter dem Golde sich biegen, geht durch die Gassen des arbeitenden Volkes das Hungergeschrei. Bei den modernen Kriegerkämpfen der Gewerkschaften stehen sich die organisierten Klassen so nahe gegenüber, daß man das Weiße im Auge des Gegners sieht. Wir geben großen Kampfen und schweren Konflikten entgegen, die die höchsten Anforderungen an die Einsicht und die Tatkraft der proletarischen Organisationen stellen. Auf diese Kämpfe gilt es, sich zu rüsten; denn bereit sein ist alles! (Lebhafter Beifall.)

Eduard Bernstein:

Ich empfehle Ihnen, die Revolution anzunehmen in besonders eindringlicher Weise als eine Abwendung der deutschen Sozialdemokratie zu affirmieren. Die Frage des Imperialismus bildet zugeht den Brennpunkt der politischen Kämpfe. Es war für mich sehr bezeichnend, als ich vor einiger Zeit in der Untergottkommission des Reichstags gegen die Flottenvorlage zu sprechen hatte, daß ein Redner der uns innerlich noch von allen Parteien am nächsten stehenden Partei und unabweislich einer ihrer besten und sympathischsten Vertreter, Ledebour: Wer ist das? Gothein. Er sagte: was Bernstein gesagt hat, unterschreibe ich von A bis Z, aber wir benötigen die Flotte und müssen sie benötigen als ein Gebot der Notwendigkeit. Ich glaube bei diesem Worte, der viele Zeichen seiner Unabwendigkeit gegeben hat, was es keine Frage, sondern innere Überzeugung. Nicht nicht in dieser Erklärung eine Weiterentwicklung der heutigen Gesellschaft? Man muß sagen, ja, auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft ist in der Tat hier eine absolute Notwendigkeit für solche Vorlagen vorhanden. Wir stehen heute in der Übergangsperiode, und sie ist nicht zum geringsten Teil gerade durch die kapitalistische Expansion hervorgerufen und gefördert worden. Wir sehen die Prosperität der Metallindustrie, wir sehen aber auch, wieviel verdrängert wird in maßlosen Mänteln und in Bahnbauten, die heute maßlos übertrieben sind. Große Probleme, Streitigkeiten, Interessenskonflikte gibt es heute mehr wie in früherer Zeit. Man soll nicht sagen, daß sie nicht auch auf andere Weise gelöst werden können als durch Mänteln und Krieg. Die Fragen wären leicht lösbar, wenn wir internationale Schiedsgerichte hätten. In der Resolution verweise ich den Hinweis auf die internationalen Schiedsgerichte, sie kann ja freilich auch nicht ersatzlos sein. Das Referat wird uns hoffentlich als Broschüre übergeben werden. Was heute notwendig ist, ist ein scharfer Protest gegen die Mänteln, eine Verfestigung der internationalen Arbeiterinteressen, aber nicht nur der Interessen der Arbeiter, sondern der großen Massen der Angehörigen aller Nationen, ein Protest gegen die Schatzkammer, eine Manifestation für Frieden und Freiheit und den Austausch der Nationen. Was Lenck sagte, scheint planmäßig zu sein, aber es hinnt doch im höchsten Maße, und es wird in manchen Ausführungen gerade von denen willkommen geheißen werden, denen Lenck gewiß nicht dienen wollte, denen von der „Politik“ und Konferten. (Sehr richtig!) Ich bedaure daß er die Mänteln in England so ausschließlich auf egoistische Interessen der englischen Bourgeoisie zurückführt. Vergessen Sie nicht, daß Campbell-Bannerman, als er an die Regierung kam, den ersten Schritt tat, um mit Deutschland eine Verständigung zu suchen. Ich könnte viel sagen gegen die Behauptung, daß die Abrüstung Utopie und reaktionär sei. Das ist es nicht. Wir schwächen den Kampf ab, wenn wir den bürgerlichen Klassen zugeben, daß Militarismus und Marinismus notwendig sind. Die Weltgeschichte ist oft auf falschem Wege gelaufen. Wir wollen, daß die organisierte Gesellschaft bewusst eingreift nicht nur in den Produktionsprozeß, sondern auch in den Prozeß der Regierung. Wir halten hoch die menschlichen Ziele, die den größten Reformern aller Zeiten vorgezeichnet haben. Wir treten ein für die Worte, die das Zentrum vertreten hat: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Wir dürfen nicht ruhen und ragen und müssen dafür sorgen, daß die Gesellschaft sich fortentwickelt zur Wohlfahrt im Interesse aller zur Gleichheit aller Nationen durch internationale Verständigung und Abrüstung. Wenigstens die Arbeiterschaft Deutschlands und die aller Länder ist entschlossen, keinen Schritt unversucht zu lassen, um für dieses Ziel zu wirken und zu kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Bannetzel-Bremen:

Wir betrachten den Imperialismus als eine unbedingte, unvermeidliche Entwicklungsform des Kapitalismus, nicht etwa in dem Sinne, daß nicht etwas anderes denkbar oder zu konstruieren wäre. Wir behaupten nicht, daß die imperialistische Politik in dem Sinne notwendig ist, daß sonst ein Zusammenbruch, eine Krise und Arbeitslosigkeit eintreten würde. Der Imperialismus ist nicht eine einfache Interessenpolitik der Bourgeoisie, er ist vielmehr eine Gesamtenrichtung, eine Ideologie. Bernstein spricht in der Parteitagsummer der Chemnitzer „Kollektiv“ in bezug auf den Imperialismus von einer geistigen Epidemie, dann können wir doch nicht so unmöglich denken, daß nur ein Zufall vorliegt. Deshalb halten wir es für utopisch, daß eine Abrüstung stattfinden werde. England hatte vor dem Weltkrieg geradezu ein internationales Monopol. Durch das Betrüsten konnte es nur verlieren. (Bernstein: Ohne Abrüstung noch mehr!) Es war selbstverständlich, daß England einen Abrüstungsvorschlag machte, aber ebenso selbstverständlich war es auch, daß die deutsche Regierung nicht darauf einging. (Hört! hört!) Natürlich vom Standpunkte des Großkapitals, dem Standpunkte des Proletariats ist es gerade umgekehrt. Wenn man sagt, unsere Fraktion solle den Vorschlag der englischen Regierung auf Abrüstung unterstützen, so muß man sagen, daß nicht zu erwarten ist, daß die deutsche Regierung darauf eingeht. Das sagt die Großkapitalmagnaten organisieren sich schon international, aber dadurch gingen die Kriege nicht aus der Welt. Wenn das so ist, dann wird auch das Betrüsten nicht aus der Welt gehen, denn die Kapitalisten wissen, daß die Kriege unvermeidlich sind. (Hört! Betrüsten und Abrüstung ist nicht dasselbe!) Das ist keine Rechtfertigung dieser Politik. Wir betonen nur die Unvermeidlichkeit, um dann unseren Kampf gegen den Imperialismus einzurichten, gegen diese gemäßigten, gewalttätigen Form des Kapitalismus haben wir auf das ernsthafteste zu kämpfen, aber nicht dadurch, daß wir versuchen, den Kapitalismus zur früheren Form zurückzuführen. Nur einen Weg gibt es: über den Imperialismus hindurch zum Sozialismus. Nehmen Sie den Fall, daß plötzlich Hafenarbeiter bedroht werden durch die Einführung von Maschinen. Da kommt der Gedanke: können wir nicht mit unserer gewerkschaftlichen Macht dagegen ankämpfen? Ein Sozialdemokrat würde sagen: es geht nicht, gegen diese Naturentwicklung können wir nicht ankämpfen, sorgt, daß die Maschinen in Europa

Hände kommen. (Hört! hört! und Widerspruch.) Es ist nicht wahr, daß dieser Standpunkt bedeutet, daß wir gegen den Imperialismus nicht ankämpfen wollen und daß wir auf den Zukunftsstaat verzichten. Die Arbeiterklasse soll praktisch auch gegen den Imperialismus kämpfen, das ist aber der Kampf für den Sozialismus, wie wir ihn alle Tage führen, z. B. gegen die Teuerung. Sie ist eine imperialistische Erscheinung. Immer härtere, gewaltigere Aktionen werden gegen die Teuerung heraufbeschworen, bis das Ziel erreicht ist. Der Kampf gegen den Krieg wird unvermeidlich mit sich bringen, daß die Arbeiterklasse auftreten muß, um den Krieg zu verhindern und daß Massenaaktionen eine große Rolle spielen werden. Unser Standpunkt gegenüber dem Imperialismus bedeutet einen sehr entschiedenen Kampf, der unablässig geführt wird im Parlament oder durch Aktionen der Massen selbst. Wir betonen also, daß im Kampfe gegen den Imperialismus die Arbeiter nicht in erster Linie mit den entgegenstrebenden Tendenzen der bürgerlichen Welt zu rechnen haben, sondern nur mit sich selbst. Darum muß die Arbeiterklasse für diesen Kampf sich Kräfte sammeln. (Beifall.) Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsführung.

Unter Rosses Vorsitz wird die Debatte über den Imperialismus fortgesetzt.

Orumbach-Colmar:

Angesichts der Argumente, die in der letzten Zeit auf der einen Seite von Bannetzel und Lenck und auf der anderen Seite von Kautsky vorgebracht sind, haben wir uns zu fragen: sind im internationalen kapitalistischen Leben Tendenzen vorhanden, die unsere Friedensbestrebungen unterstützen können? Und wenn wir darauf mit ja antworten, dann müssen wir diese Tendenzen auch unterstützen, selbst wenn, wie das innerhalb des Kapitalismus zweifellos der Fall ist, Tendenzen vorhanden sind, die auf einen Krieg hinarbeiten. Friedensbestrebungen sind aber auch vorhanden. Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Kapitalismus aller Länder, der durch einen kriegerischen Schwereiß zerrissen werden könnte. Es gibt nichts in Frankreich und Deutschland oder Deutschland und England, was diese Länder zwingen könnte, einen Krieg zu unternehmen. Es ist eine falsche Darstellung, wenn man jabschlagend gesagt hat, daß der industrielle Aufschwung Deutschlands dem englischen industriellen Aufstieg sehr geschadet hat. Der englische Export hat absolut stärker zugenommen als der deutsche, wenn auch nicht relativ. Jedenfalls ist der englische Handel zugleich mit dem deutschen um viele Milliarden gewachsen. Zwischen Deutschland und Frankreich besteht keine ökonomische Frage, die den Gegensatz der beiden Länder aufs neue befestigt, sondern es ist die elck-Ischringische Frage (Sehr richtig!). Das die Mächte nicht geneigt sind, den Frieden zu hören, könnten sie ja erst kürzlich bei Ausbruch des Bonamatontkrieges zwischen Amerika und England beobachtet. Die Mächte aller Nationen in England schrieben: es wird uns nicht einfallen, deshalb einen Krieg zu beginnen, denn wir würden uns damit nur selbst treffen. Sogar unser „Gefährte“ Frankreich hat von Deutschland heute schon über eine Milliarde Kapital in seinem Unternehmen stecken.

Wenn wir die heutige Situation ansehen, dann erkennen wir, wie ganz besonders falsch es ist, wenn Bannetzel sagt, daß gerade das Finanzkapital ein Interesse am Betrüsten hat. Ich spreche nicht von der Kriegsindustrie. Genosse Henke, Sie lachen? Dazu ist gar kein Grund. Das Finanzkapital ist es, das eine neue Art der Betätigung ausübt. Wie glänzend dargestellt wurde von dem Genossen Dr. Rudolf Hilferding in seinem ausgezeichneten Buch: „Das Finanzkapital“. Dr. Lenck sagt, ein Kapitalismus ohne Armees habe in der Luft. Das ist richtig. Wir sind nicht so utopisch zu verlangen, daß der Kapitalismus seine Armees abschaffe, wir fordern nur eine Beschränkung und keine weitere Ausbreitung mehr. Nach meiner Ansicht ist es eine konterrevolutionäre-ideologische Auffassung (Guterfoll), wenn man sagt, daß es unheimlich sei für die Beschränkung des Betrüstens einzutreten, weil dieses unannehmlich wäre. Bedenken Sie, welche Wirkung es haben würde, wenn die deutsche Sozialdemokratie sich die Argumente von Bannetzel und Lenck zu eigen machte, wenn die Forderung auf Abrüstung fallen gelassen wird. Draußen haben überall die Massen unserer Gegner, die darauf warten, zu sagen, die Sozialdemokratie hat heute theoretische Gründe gesucht, um nicht mehr gegen das von dem deutschen Volke gewünschte Betrüsten aufzutreten zu müssen. In der französischen Kammer führte Jaurès, im englischen Unterhaus die H. G. A. die und in den spanischen Cortes J. A. J. aus, daß in Deutschland eine Armees von Sozialisten lebt, deren Vorkämpfer immer wieder einträte für die Einleitung des Betrüstens. Die deutsche Sozialdemokratie, die angehende und mächtigste Sektion der sozialistischen Internationale sollte heute hier laut sagen, wie wir jederzeit für die Abrüstung gekämpft haben, wollen wir auch weiterhin alles tun, um die innerhalb des Kapitalismus und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst vorhandene Tendenz gegen den Weltkrieg durch die außerordentliche Notwendigkeit, die uns aus den Massen des Volkes zutrifft, zu stärken. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Dr. Karl Liebknecht:

Ich darf wohl, ohne unbedeutend zu sein, daran erinnern, daß auf zwei internationalen Jugendkongressen die hier behandelte Frage in ausführlicher und wie ich glaube, günstig umfassender Weise besprochen wurde. Unabweislich ist ein Gegensatz vorhanden zwischen den Auffassungen der Genossen Dr. Lenck, Bannetzel und Kautsky, aber ich halte das doch nicht für einen so tragischen Konflikt, daß man nötig hätte, sich die Haare auszureißen. (Guterfoll.) Es ist erstaunlich, daß Lenck behauptet hat, wie es zwar in dem Kapitalismus wohl eine notwendige Tendenz gibt, aber keineswegs absolute Notwendigkeit nach seiner Richtung hin, und wie den notwendigen Tendenzen allerdings ebenso notwendige Tendenzen entgegenstehen. Und wenn Dr. Lenck sagt, wir haben den Kapitalismus zu fassen, wie er ist, so müssen wir sagen, indem wir ein Wort von Lenck aufnehmen, wir dürfen auch den Kapitalismus nicht isoliert nehmen, nicht als unter einer Glasglocke befindlich betrachten. Es ist nicht zutreffend, daß im Kapitalismus keine Gegen Tendenzen gegen die imperialistischen Tendenzen vorhanden seien und gegen das Betrüsten, die Relativität der internationalen Jugendkongresse hat es in erschütternder Weise beproben. Lenck hat teilweise einen Gegensatz gemacht zwischen Abrüstung und Die Welt ist nicht in allen Fällen das Befehle gegenüber dem beabsichtigten Zustand; sie kann unter Umständen auch eine Beschränkung sein, aber festzustellen ist, daß sie nur das Kleinere ist gegenüber dem größeren des stehenden Heeres. Der Imperialismus ist ein kapitalistischer Gedanke. Die wichtigste aller Tendenzen, die sich gegen die imperialistische Entwicklung richtet, ist die proletarische Tendenz der internationalen Solidarität aller Völker und ist der Klassenkampf, der die Proletarier innerhalb der einzelnen Länder und der Internationalen Kämpfe gegen diejenigen Kreise, deren Interesse der Imperialismus ist. Gegenüber den Volkserhebungen der herrschenden Klassen können wir nichts Besseres tun, als darauf hinzuwirken, welche gewaltigen sozialen Gefahren die herrschenden Klassen über sich selbst heraufbeschwören. Wir können in der Tat sagen, wenn wir Frieden wollen, müssen wir den Krieg, den Klassenkampf führen, um mehr und mehr international führen, das ist das Ziel. (Beifall.)

Cohen-Leipzig:

Da ich nicht an der Vollmacht Lenck-Kautsky unmittelbar beteiligt bin, glaube ich wohl auf die Kautskyschen Ansichten zurückgreifen zu können. Kautsky behauptet, daß die Internationale von jeder die Idee der Abrüstung vertreten habe, was Lenck bestritt. Kautsky wies darauf hin, daß er selber nach 1907 in der „Leipziger Volkszeitung“ Artikel veröffentlichte, die genau umgekehrt die Regierung forderten abzürsten, wenn sie nur wollen und daß diese Artikel in Leipzig als Beschlüsse herausgegeben wurden. Das beweist nichts gegen Lenck, denn dieser wird hierdurch auch Meinungen, die den seinen entgegengesetzt sind, in seine Zeitung aufnehmen,

und da er mit dem Verlage nichts zu tun hat, kann man auch die Herausgabe der Broschüre nicht gegen ihn ausschlagen. Lenck könnte ja auch seit 1907 geschwiegen geworden sein und brauchte nicht mehr die gleichen Auffassungen wie damals zu haben. Ich glaube allerdings, daß Lenck viel klarer denkt als Kautsky und den Vorschlag erbracht hat, daß die Idee der internationalen Abrüstung die zum Weltfrieden führen würde, früher in der Internationale nicht vertreten war. Auf Belbel sollte sich Liebknecht nicht berufen, denn Belbel hat auf dem Jenaer Parteitag zu geschlossen: „Die Frage der Abrüstung und was damit zusammenhängt, wird uns künftig nicht mehr trennen. Also nicht Abrüstung heißt künftig für das bürgerliche Europa die Lösung, sondern Aufzählung...“ Meiner Überzeugung nach kann diese Aufzählung nur mit einer großen Katastrophe endigen.“ Damit hat Belbel nicht gesagt, daß ihm die Aufzählungslösung wünsche, sondern nur, daß sie kommen muß. Etwas anderes sagen ja auch Lenck und Bannetzel nicht. Sagen Sie mir eine Stelle von Lenck, Bannetzel, Rosa Luxemburg und anderen, die der Auffassung widerspricht, als ob sie nicht nötig hätten, daß zwischen Deutschland und Frankreich durch eine Verständigung die augenblickliche Kriegsgefahr beseitigt werde. Das ist aber doch etwas ganz anderes, als die imperialistische Welt, und in Wirklichkeit handelt es sich bei den imperialistischen Ideen darum, daß bei einer Verständigung Deutschlands und Englands diese beiden sich darüber verständigen, wie sie andere Länder beeinträchtigen könnten. Denn daß ein Sozialdemokrat auf die Idee kommen könnte, daß alle Länder der Welt der Vereinigung beizutreten könnten, ist ausgeschlossen. Bernstein bezeichnet die Möglichkeit eines großen Krieges als Konterrevolution der Welt. Die Konterrevolution kann doch nur vom ethischen Standpunkt aus als Utopie betrachtet werden, aber nicht vom Standpunkt der Entscheidung, die sich natürlich auch blutig und kriegerisch abspielen kann. Keiner von uns bezweifelt, daß die Schiedsgerichte nicht in einzelnen Fragen gut sein können, aber sie können nicht in Lebensfragen den Ausschlag geben. Zu behaupten, wie Bannetzel, daß wir mit dieser Argumentation der Reaktion nähern, ist ein Argument, das die Freimütigen gegen unsere Haltung angewandt haben, wodurch wir uns aber noch nie haben bestimmen lassen. In seinem „Weg zur Macht“ hat Kautsky nachgewiesen, daß sich der Wahlsinn des weltpolitischen Betrüstens freieren werde, bis ihm das Proletariat überwinden und durch den Sozialismus ersetzen könne. Das finden Bannetzel und Lenck auch, nur sagen sie, daß man nicht solche Hoffnungen auf eine Verständigung des Weltmarktes knüpfen könne, weil Amerika und Ozeanien sich doch nicht anschließen würden.

Wenn die Reichstagsfraktion sich bei dem Abrüstungsvorschlag begnügt hätte, zu sagen, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und England die augenblickliche Kriegsgefahr beseitigen und den Streit aus der Welt schaffen könne, so hätte sie sich etwas dagegen geholt. Aber solche Hoffnungen davon zu knüpfen wie die Resolution, ist utopisch. Die kriegerische Durchdringung mit Finanzkapital ist aber der heimlich schwerer Katastrophe. Wenn China oder ein anderes Land glaubt, nicht mehr so auf das Westeuropäische angewiesen zu sein, und sich frei machen will, dann müssen die westeuropäischen Mächte erst recht rüsten, um diese Finanzinteressen in Ostasien zu verteidigen. Wenn Sie Absichten in dem Sinne verstehen, daß durch eine Verständigung mit anderen Ländern eine vorübergehende Milderung herbeigeführt werden kann, so haben wir nichts dagegen. Aber denken Sie an die Tarifverträge, die man als Friedensinstrumente ansieht. Von diesem Gedanken ausgehend, kann ich die Teile der Resolution nicht annehmen, die die Schiedsgerichte sind, die Parze zieht. Durch die Verständigung einiger Nationen wird keine Katastrophe verhindert, der internationale Friede wird nicht dadurch für alle Seiten garantiert, wenn auch alle Mächte sich verständigen. (Zustimmung.) Ein Schlußantrag, gegen den Ledebour spricht, wird abgelehnt.

Quessel-Darmstadt:

Ich habe das gewiß seltene Vergnügen, meine Übereinstimmung mit den Anschauungen der Genossen Lenck und Bannetzel insoweit zum Ausdruck zu bringen, als ich auch der Meinung bin, daß das, was heute über das Problem des Imperialismus gesagt worden ist, nur als der Anfang einer Stellungnahme angesehen werden kann. Vor allem verweise ich in der Resolution die Erörterung der handels- und industriepolitischen Seite des Imperialismus. Belbel erklärte wiederholt, daß wir unter allen Umständen für unsere Industrie die Gleichberechtigung auf dem Weltmarkt fordern müssen. Nun verweise ich, daß diese Erklärung Belbel in der Resolution einen Ausdruck findet. Nach unseren bisherigen Anschauungen möchte ich erklären, wie wollen die offene Tür haben, aber nähere Nachforschungen in der Handelspolitik haben mich überzeugt, daß die offene Tür nicht mehr das Letzte, was wir Sozialisten bisher glaubten. Eine Lösung liegt allerdings darin, daß wir an dem Grundsatze festhalten, überall unsere Macht dafür einzusetzen, daß die Freiheit und staatliche Unabhängigkeit der Völker möglichst erhalten bleibt. Das gilt für Persien, das gilt auch für das chinesische Volk und das türkische, auch in der Marokkofrage, die ja jetzt der Vergangenheit angehört, hätten wir mit größerer Energie eine selbständige Stellung des Landes gegenüber dem französischen Imperialismus vertreten müssen. Wo die deutsche Regierung dafür eintritt, Gleichberechtigung unserer Industrie wirklich durchzuführen, liegt es im Interesse des Proletariats, hinter ihr zu stehen, genau so, wenn sie wirklich die Absicht hätte, gute Handelsverträge auszuhandeln zu bringen. Die Resolution ist keine Lösung. Es wird notwendig sein, daß von ultraradikaler, revisionistischer und marxistischer Seite zu der Frage der offenen Tür Stellung genommen wird. (Lebhafter Beifall.) Wenn Sie lachen, so tut das nichts, es ist schon oft gesagt worden, weil die Redner sich mit der Frage nicht eingehend beschäftigt hatten. Von Belbel weiß ich, daß er diese Frage für äußerst bedeutungsvoll hält. Ich habe den Sozialistischen Monatsheften zu diesem Problem wichtige Fingerzeige gegeben.

Lebhour:

Quessel glaubt, besonders tief in die Sache eingedrungen zu sein. Er hat sich aber noch nicht tief genug damit beschäftigt. Aus der Tatsache, daß die englischen Ausfuhrzahlen nach den Kolonien größer sind, als die deutschen, den Nachweis führen zu wollen, daß allein die Tatsache der englischen Oberherrschafft das bewirkt habe, ist nicht richtig. In den englischen Ausfuhrzahlen heben zweifellos auch Zahlen deutscher Ausfuhr. Einem solchen tiefergründigen Forscher müßte doch bekannt sein, daß die Waren nach allen englischen Kolonien meist über England gehen, auch wenn sie aus anderen Ländern kommen. Der Umstand, daß umgekehrt die Ausfuhr von Metallwaren aus Deutschland nach den deutschen Kolonien verhältnismäßig groß ist, erklärt sich daraus, daß die deutschen Kolonien vorzüglich noch auf lange Zeit nicht gerade kulturell entwickelte Gebiete sind.

Was an Detailwaren da aus Deutschland eingeführt wird, das sind vorzugsweise Eisenbahnschienen und Maschinen, die zu Eisenbahnbauten gebraucht werden und die mit deutscher Subvention direkt eingeführt werden. Das sind ganz günstige Verhältnisse. Als ich Quessels Kritik in den „Monatsheften“ las, hätte ich geglaubt, daß er von Bannetzel oder einem anderen Rationalisten kommen würde, wenn ich nicht den Namen eines sozialdemokratischen Abgeordneten darunter gelesen hätte. (Hört! hört!) Als die Aufzählung, die Lenck, Bannetzel usw. von uns trennt, darf ich wohl den Satz bezeichnen, den ich der Rede von Bannetzel entnehme. Er sagte dem Sinne nach: Vom Standpunkte der Kapitalisteninteressen aus hätte die deutsche Regierung ein Recht, die kapitalistische Welt mit gewaltigen Mitteln zu beherrschen. Die Aufzählung geht dahin, daß diese Aufzählungspolitik mit gewaltigen Mitteln etwas Abstruses sei, daß sie absolut wirke, ohne daß andere kapitalistische Tendenzen dem entgegenwirken. Schon Orumbach und Liebknecht haben auf die Verzertheit dieser Auffassung hingewiesen. In den Anfängen der kapitalistischen Betriebsweise herrscht überall die Konkurrenz nahezu absolut, in der weiteren Entwicklung kommt das Kapital über diesen absoluten Konkurrenz-

Kampf hinaus. Die Kapitalisten bereinigen sich schließlich zu gemeinsamer Ausbeutung: das sind die Kartelle und Trusts. Es kommt schließlich dahin, um mit Marx zu reden, daß die Expropriation selber expropriert werden. Die europäische und die amerikanische Ausbeutungsgesellschaft ist bereits soweit gekommen, daß sich das Kartellbedürfnis von Staat zu Staat in ähnlicher Weise geltend macht wie früher unter den Kapitalisten des Landes. Die englischen Kapitalisten sind die Nachmittels des Staates mißbrauchenden Ausbeuter, um ein Bild zu gebrauchen, die „fatten Ratten“, und die deutschen sind die „hungrigen Ratten“. Ich bitte Sie, das nicht wörtlich aufzufassen. Sie werden ja verstehen, was ich damit meine. Das ist ganz allgemein betrachtet, wenn man auf die wirtschaftlichen Ursachen dieser Erscheinungen zurückgeht, daß hier gegenwärtig gerade in dem wirtschaftlich vorgeschrittensten Lande der Welt der Staat als Organ der Kapitalisten dazu treibt, mit anderen Staaten zu Vereinbarungen zu gelangen, um eine Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen. Dieser Tendenz entspricht unsere Reichstagsresolution, die ich selbst verfaßt habe, und die ich auch heute noch aufrechterhalte. Das war nicht nur eine augenblickliche Eingebung, sondern ein konsequenter Schritt in der Verfolgung einer sozialistischen Weltpolitik.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen. **Quessel-Darmstadt:** In der liebenswürdigen Form, die dem Genossen Ledebour eigenlich ist, stellt er mir das Zeugnis aus, mein Artikel hätte ihn nationalliberal angemerkt. Ich bemerke noch kurz, daß der ganze Artikel das Ziel hatte, zu zeigen, daß die bürgerlichen Imperialisten nicht etwa phantastische Schwärmer sind, sondern aus Profitinteresse handeln. Ich muß es als einen ganz ungerechten Vorwurf auf das entscheidendste zurückweisen, daß dabei von „nationalliberal“ gesprochen wird. Als der Genosse Ledebour noch in der bürgerlichen Redaktion saß, war ich schon Kämpfer für die Partei.

Eduard Bernstein: Cohen meinte in bezug auf meine Ausführungen, daß die Bemerkung von liberaler Seite, man folge dem Gebot der Notwendigkeit, wenn man für Rüstungen eintrete, die Vorkontrollierung der heutigen Gesellschaft bedeute, dies sei eine ethische Beurteilung der Dinge, und hat hinzugefügt: Lebensinteressen der Nation lassen sich nicht auf solche Weise befriedigen. Wenn er glaubt, damit eine Beurteilung auszusprechen, daß er ein Urteil ethisch nennt, so vergißt er, daß die Norm des Verhaltens zwischen den Menschen und des Verhaltens der Völker zueinander in erster Linie eine ethische ist.

Ledebour: Ich erkläre ausdrücklich, daß ich dem Genossen Quessel durchaus nicht vorwerfen will, daß er eine bewußt national-liberale Politik macht. Ich nehme als mißbräuchlichen Umstand an, daß er selber die Konsequenz, wohn seine Gedankengänge führen, nicht erkennt hat.

Quessel (Unruhe): Ich will das Spiel nicht ins Endlose weiter treiben. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir eine zivilisatorische Kolonialpolitik brauchen, so wie sie Genosse Nebel im Reichstages feinerzeit unter dem Jubel der Fraktion formuliert hat.

Ledebour: Ich muß nochmals konstataren, daß ich nur darauf hingewiesen habe, die logische Folgerung aus den Gedanken des Quesselschen Artikels führe notwendig zur Befürwortung der Rüstungsfrage. Ich denke, Sie werden doch einen Unterschied machen können zwischen bewußter Befürwortung und dem In-die-Augen-treten einer Tendenz, deren logische Fortsetzung zu einer solchen Befürwortung führen muß.

Haase (Partei-Vorstand)

ergreift das Schlußwort. Das Material des Imperialismus ist so weitläufig, daß ich Ihnen heute nur einen kleinen Ausschnitt gegeben habe. Ich wundere mich deshalb gar nicht, daß dieser und jener Redner in meinen Ausführungen manches vermisst hat. Ich bin aber erstaunt, daß man nicht noch viel mehr vermisst. Soweit Quessel sachlich zu widerlegen war, hat das Ledebour vollständig im Sinne meiner eigenen Gedanken getan. Hätte Quessel uns gesagt, die bürgerlichen Imperialisten sind nicht phantastische Schwärmer, sondern profitulierende Egoisten, so hätten wir alle zugestimmt. Ich kenne ihn als tüchtigen Arbeiter; ich bin daher erstaunt, daß er in seinem Artikel und den heutigen Ausführungen in Mißverständnisse geraten ist, die man auch bei nur oberflächlicher Betrachtung des statistischen Jahrbuches sofort herausfinden muß. Cohen ist verpflichtet, für die Behauptung, die er und seine Freunde aufgestellt hat, den Beweis zu erbringen. Jetzt versucht er, mir die Beweislast zuzuschreiben und verlangt von mir den Beweis, daß seine Behauptungen unrichtig sind. Bernstein muß ich einen kleinen Schmerz bereiten. Er hatte gewünscht, daß die Resolution etwas über Schiedsgerichte enthalten hätte. Diese Forderung steht ja im Erfurter Programm. Aber die übertriebene Bedeutung, die Bernstein den Schiedsgerichten beizulegen scheint, kann ich ihnen doch nicht zuerkennen. Ich will Sie an die Differenzen zwischen Amerika und England wegen des Panamakanals erinnern. Amerika hat sich in einer geradezu rücksichtslosen Weise über einen vorhandenen Vertrag hinweggesetzt und Vertragsbruch geübt. England verlangt, diese Frage im Schiedsgericht zu regeln, die derselbe amerikanische Präsident ablehnt, der erklärt hatte, er wolle unter allen Umständen einen ewigen Völkerverzied und wolle, daß alle Staaten den Spruch eines internationalen Gerichtshofes in jeder Frage anerkennen. Einig sind wir alle darin, daß wir alles gegen Kriegsgefahr und Kriegsbegehr aufbieten werden. Ich glaube, wir sind doch alle darin einig, daß wir erkannt haben, daß der Kapitalismus durch den Imperialismus zu einer größeren Reife gelangen muß. Der Imperialismus wird zum Totengräber kapitalistischer Produktion, denn der Kapitalismus schlägt auf der Höhe seiner Entwicklung in den Sozialismus um, und wir müssen dafür sorgen, daß, wenn die Stunde für uns schlägt, wir dastehen können, um die Aufgabe zu erfüllen, die uns die Geschichte zusehrt. (Stürmischer Beifall.)

Die von Haase vorgeschlagene Resolution wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen. (Heule, Pannetock und Rühle.)

Nun wurde der nächste Punkt der Tagesordnung, die Kaiserfeier, beraten. Referent ist **Pannetock:**

Nach dem Erfors in das Gebiet der Weltpolitik muß ich hier eine Frage anführen, die die Parteiorganisation nicht minder betrifft. Ohne Widerspruch kann ich wohl feststellen, daß der Parteitag mit dem Parteivorstand der Meinung ist, daß an der Form und der Art der gegenwärtigen Kaiserfeier eine Aenderung nicht erfolgen soll. Der Parteivorstand empfindet auch weiterhin, die Kaiserfeier am 1. Mai abzuhalten, und die Arbeitsruhe als die würdigste Art der Form der Feier anzunehmen. Wir haben selbstverständlich die Einschränkung, daß die Arbeitsruhe da einzutreten hat, wo sie ohne wirtschaftliche Schädigung für die Beteiligten stattfinden kann. Früher mußten wir bezüglich der Feier am 1. Mai oft über die anderen Nationen klagen. Unsere Mahnungen scheinen aber guten Erfolg gehabt zu haben. Die englische Partei hat nun ebenfalls die Kaiserfeier angenommen. Wir können hoffen, daß auch jenseits des Kanals die Kaiserfeier in der deutschen Art weitere Ausdehnung finden wird. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob man die Feier nicht auf den ersten Sonntag im Mai verlegen soll. Darauf wird Kollendörfer antworten bei dem Punkt: Internationaler Kongress. Die Kaiserfeier ist nicht überflüssig. Der Gedanke muß weitergeführt werden, er ist noch lange nicht erreicht. Die Kaiserfeier ist durch die Beschlüsse der internationalen Kongresse ausgedehnt worden auf die Eroberung des Weltfriedens und auf die Frage der Befreiung des Weltfriedens. Darauf muß immer wieder hingewiesen und auch das Hauptgewicht auf diese Frage gelegt werden. Nach der Auffassung der Parteileitung sollte man deshalb an der Art und Ausführung der Kaiserfeier nicht rütteln. Etwas anderes hat es mit dem Beschluß 90 vom Nürnberger Parteitag auf sich. Nach ihm wird von den Parteigenossen, die im Parteidiens sind, ein Tagesbetrag ihres Arbeits-

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Reußh. Für den

Verdienstes verlangt für den Fonds zur Unterstützung etwaiger Gemeindeglieder aus Anlaß der Kaiserfeier. Dieser Beschluß, der als Antrag in Nürnberg die Nummer 90 hatte, lautete:

„Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keine Lohnausfälle erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.“

Zahlreiche Genossen sind der Meinung, daß die Erfahrung mit diesem Antrag nicht dazu ansetzt, den Wert und die Bedeutung der Kaiserfeier zu erhöhen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Wert und die Bedeutung der Kaiserfeier ist dadurch geradezu herabgesetzt worden. (Sehr richtig!) Ja, weite Kreise in der Partei sind sogar der Meinung, die Handlungen auf Grund dieses Antrages scheinen in den Antrag nur aufgenommen zu sein, um die Kaiserfeier zu diskreditieren. Wir haben zu dem diesjährigen Parteitag aus zahlreichen Orten auch den Antrag erhalten, es scheine im Interesse des allgemeinen Parteifriedens zu liegen, den Beschluß 90 wieder aufzuheben. Aus Anlaß dieser zahlreichen Mahnungen hat der Parteivorstand Material zusammengestellt. Wir haben uns an die Bezirksvorstände gewendet, und ich kann Ihnen die beschämende Mitteilung machen, daß die Berichte ergeben haben, daß die übelsten Erfahrungen mit der Ausführung des Nürnberger Beschlusses gemacht worden sind. Ich darf die Tatsache nicht verhehlen, daß nur aus einem Bezirk eine ziemlich befriedigende Äußerung eingegangen ist. (Hört! hört!) In anderen Berichten wird erklärt, daß wenn wir friedlich und einträchtig nebeneinander arbeiten wollen, es nichts Besseres gibt, als die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses. (Sehr richtig!) Ich könnte trasse Beispiele anführen, will aber nur Weniges berichten. Es wird auf die Tatsache verwiesen, daß unter den in unseren Parteidruckereien beschäftigten Druckern sich eine förmliche Organisation gebildet hat, die systematisch darauf ausgeht, den Nürnberger Beschluß nicht zur Ausführung zu bringen. Die schärfsten Mittel der Parteiorganisation wurden in Anwendung gebracht, um die betreffenden an ihre Parteipflicht zu mahnen. Auch das ist nicht in allen Fällen gelungen. Daher kommen die Anträge aus Braunschweig, Potsdam usw., nicht den vollen Tagesverdienst einzugehen, sondern gewissermaßen eine Abfindungssumme, eine Mark pro Tag für männliche und 50 Pf. für weibliche Arbeiter. Es ist ein Abfindungssystem, das der Parteigenossen nicht würdig ist. (Sehr richtig!) Andererseits haben manche Gewerkschaftsbeamte, die auch Parteimitglieder sind, der Parteipflicht des Nürnberger Beschlusses dadurch Rechnung zu tragen gesucht, daß sie erklärten, sie seien am 1. Mai im Interesse der Kollegenschaft geradezu verpflichtet gewesen, Arbeit zu leisten. Da sie nun gearbeitet hätten, seien sie nicht mehr verpflichtet, den Kaiserfeierbeitrag zu zahlen. Dieser Einwand in Ehren. Mag hier und da ein Gewerkschaftsangehöriger auch am 1. Mai genötigt gewesen sein, bestimmte Arbeit zu leisten, dann hätte er doch aber schon aus Solidarität und Pflichtgefühl, um nicht ein schlechtes Beispiel zu geben, den Pflichtbeitrag leisten müssen. Somit entzieht sich der Verband, der betreffende hohe Arbeit nur geleistet, um sich von dem Pflichtbeitrag zu drücken. (Sehr richtig!) Dieser Vorwurf ist auch diesen Genossen nicht erspart worden. Aber das formelle Recht, soweit man davon sprechen kann, steht auf ihrer Seite. (Hört! hört!) Nun sind Klagen laut geworden, daß noch mehr als die Gewerkschaftsangehörigen die Konsumvereinsbeamten dadurch von der Zahlung befreit worden sind, daß die Konsumvereinsleitung in diesem Jahre am 1. Mai die Läden offen hielt. (Hört! hört!) Man mag darüber streiten, ob die Konsumvereinsverwaltung die Anordnung getroffen hat, um ihre Angehörigen in eine bessere Situation zu bringen oder ob die Angestellten die Anregung dazu der Leitung gegeben haben. Ich bin der Meinung, daß die Konsumvereinsleitung schon deshalb, weil sie bei jeder Gelegenheit die Unterstützung und Förderung der Konsumvereinsangehörigen fordert, sich von der guten Seite nicht hätte abbringen lassen dürfen, ihre Läden am 1. Mai zu schließen. (Sehr richtig!) Ich halte die Fassung des Nürnberger Beschlusses für recht unglücklich. Es ist da von „Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei“ die Rede. Arbeiter und Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feiern und einen Tagesverdienst nicht einbüßen, festzustellen, hält außerordentlich schwer. Ich glaube auch, daß ursprünglich die Meinung vorhanden war, man wolle nur die Beamten der Partei treffen, die ihren Tagesverdienst in den Kaiserfond abzuliefern haben. Ich kann da nicht im Namen des Parteivorstandes reden. Aber kommt man nicht zur vollen Aufhebung des Beschlusses 90, dann sollte man ihn nur so weit aufrechterhalten, daß man nur von den Angestellten der Parteiorganisationen die Abführung des Tagesverdienstes verlangt. Jeder Parteigenosse, den das Vertrauen der Partei in eine gesicherte und ausreichende Lebensstellung gebracht hat, hat die Pflicht, solange der Beschluß besteht, seinen Tagesverdienst abzuführen. (Sehr richtig.)

Ich gebe noch weiter. Selbst wenn der Beschluß 90 im ganzen vom Parteitag aufgehoben werden sollte, besteht für die Parteigenossen die moralische Pflicht, den Verdienst abzuführen. (Sehr richtig!) Zuruf: Auch für die anderen! Dazu kann ich nichts sagen. Ich kann nur für diejenigen sprechen, die sich mit Hilfe der Partei in gesicherter Stellung befinden. Die Anträge auf Aufhebung des Beschlusses 90 finden, wie Sie gehört haben, zwar nicht die Befürwortung des Parteivorstandes. Es wird ihnen aber auch vom Parteivorstand nicht das geringste Hindernis in den Weg gelegt. (Hört! hört!) Es erscheint zweckmäßig, um den Parteifrieden zu erhalten, den Antrag auf Aufhebung des Beschlusses 90 anzunehmen. Leider haben auch ein paar Angestellte eines Gewerkschafts — es waren Redakteure — (Hört! hört!) sich geweigert, den Tagesverdienst abzuführen. Das ist etwas vorkommen kann, ist beschämend, ist nach meiner Auffassung sogar ein Parteiskandal. (Zuruf: Wer war das?) Sie dürfen mir keine Doumenschrauben anlegen. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand kann Ihnen die Aufhebung des Beschlusses 90 nicht empfehlen. Das heißt, er tut es nicht, weil er der Meinung ist, daß es Sache des Parteitages sei. Weiter habe ich nicht nötig, auf die Regelung der Kaiserfeierfrage einzugehen. Im nächsten Jahre findet die Feier des 1. Mai bekanntlich am Himmelfahrtstage statt, so daß wir jedenfalls Gelegenheit haben, wenn die Kaiserfeier vorüber ist, zu sagen: So prächtig und so modisch wie 1913 ist kaum noch je eine Kaiserfeier gefeiert worden. (Beifall und Heiterkeit.) Aber möge das eine gute Vorbildung dafür sein, daß auf dem internationalen Kongress Mittel und Wege gefunden werden, daß die künftigen Kaiserfeiern der des Jahres 1913 sich würdig anschließen werden. (Beifall.) Zur Debatte gestellt werden die Anträge 84, 85, 86, 179 und 188.

Rüssel-Leipzig:

Als Mitglied der Beschwerdekommision will ich den speziellen Fall vortragen, der vom Referenten bereits geschildert wurde. Da die Beschwerdekommision sich nicht für zuständig hielt. Es liegt keine Beschwerde nämlich gegen den Entsch. vor, sondern es wird eine prinzipielle Entscheidung über den Beschluß 90 verlangt. Drei Beamte des Metallarbeiterverbandes in Dresden haben 1911 ihren Tagesverdienst nicht abgeführt, weil sie erklärten, daß sie arbeiten mühten. Das Ausschlußverfahren wurde vom Bezirksvorstand abgelehnt und den betreffenden ist eine Rüge erteilt worden, weil sie gearbeitet haben. Nach dem Jener Parteitage ist dann nochmals das Ausschlußverfahren inszeniert worden. Das Schiedsgericht hat die Betroffenen nicht ausgeschlossen, sondern in seinem Beschluß festgelegt: „Das Schiedsgericht ist trotzdem der Auffassung, daß Beamte der Partei oder der Gewerkschaften, die im Interesse der Partei und der Gewerkschaften am 1. Mai arbeiten mühten, nach dem Antrag 90 des Nürnberger Beschlusses verpflichtet sind, ihren Tagesverdienst abzuliefern.“ Gegen diesen Abfah wendet sich die Beschwerdeschrift der drei Dresdener Genossen. Auch ich halte es, wie Pannetock, für eine moralische Verpflichtung der Gewerkschaftsbeamten, den Beitrag abzuführen, auch wenn sie arbeiten mühten. Denn gerade im Interesse der Gewerkschaften wird dieser Fonds zusammengetragen. Ich würde Ihnen empfehlen, daß, gleichviel wie der Entsch. über die zukünftige Gestaltung des Beschlusses 90 ausfällt, für diese Frage, die ja rückwirkend ist, der Parteitag das formelle Recht auch zur Anerkennung bringt. Wir können ganz getroßt mit allem Nachdruck aber die moralische Empfin-

Interatentel vorantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Bornwärts

ung aussprechen und sagen, daß es die Pflicht dieser Genossen gewesen wäre, zu zahlen, wenn sie auch formell ihre Rechte wahren. Es muß endlich Klarheit in diese Sache gebracht werden. (Beifall.)

Lipinski-Leipzig:

Meine Aufgabe ist es, die Anträge auf Aufhebung des Beschlusses 90 zu begründen. Er ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, daß man nicht Anträge stellen soll, deren Konsequenzen man nicht vorher hergesehen hat. Der Wortlaut ist ganz unklar. Die Ungewißheit ist besonders deswegen entstanden, weil bei der Ausführung des Beschlusses und bei der Zahlung Ungleichheiten entstanden sind. Der Beschluß 90 nimmt auch auf die soziale Lage des einzelnen Arbeiters keine Rücksicht, z. B. ob er eine starke Familie hat oder sonst in über materieller Lage sich befindet. Die Tatsache besteht, daß überall dort, wo man in genossenschaftlichen Betrieben betraut hat, den Beschluß bei den Angestellten durchzuführen, Streit in den Organisationen entstanden ist. (Hört! hört!) In anderen Orten hat man wieder beide Augen zugedrückt und sich um den Beschluß gar nicht gekümmert. Eine Reihe von Genossen hat auch erklärt: „Wir sind neutral, jetzt machen wir die Gude auf.“ Das sind Parteigenossen! (Pannetock: Aber in Gänzlich.) Tatsächlich wird also eine Verminderung der Arbeitsruhe am Kaiserfertage herbeigeführt werden. Ich möchte im Interesse der Partei bitten, alle Anträge abzulehnen, die darauf hinauslaufen, den Nürnberger Beschluß in irgendeiner Form am Leben zu erhalten. Für Parteigenossen, die Angestellte sind, gilt die Forderung des Achtstundentages. Aber in der Praxis übernehmen sie das ganze Jahr eine Reihe von Funktionen, die außerhalb ihres Vertrages liegen. (Sehr richtig!) Es kann keine Rede davon sein, daß wir bei Aufhebung des Beschlusses 90 die Undurchführbarkeit der Arbeitsruhe anerkennen. Der Beschluß hat sich als haltlos erwiesen und die lumpigen paar Mark, die dabei herauskommen, kommen gar nicht in Betracht. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.)

Ein Antrag Weiss und Genossen verlangt, den Nürnberger Beschluß dahin zu ändern, daß er nur für die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften gilt.

Ohlers-Lübeck:

Wir in Lübeck sind stets für volle Arbeitsruhe am 1. Mai eingetreten. Wir sind aber der Meinung, daß die Kaiserfeier in der jetzigen Weise nicht mehr haltbar ist. (Sehr richtig!) Die Beteiligung geht von Jahr zu Jahr zurück. Die Holzarbeiter, die Metallarbeiter feiern seit Jahren nicht mehr. Von den Kapitalisten wird die Ausföhrung angeordnet, vom Gewerkschaftsvorstande wird gesagt: Ihr werdet nicht unterstützt. Wenn die größten Fabriken arbeiten, so ist das doch keine Demonstration für den 1. Mai. Die Arbeiter in den großen Fabriken mühten doch dabei sein. Die jetzige Art der Kaiserfeier ist keine würdige. Ich bin für die Beibehaltung des Nürnberger Beschlusses; aber wir mühten auch die Konsequenzen daraus ziehen. Wenn Angestellte am 1. Mai gearbeitet haben, darf man wohl sagen, sie haben das getan, um Geld zu sparen. Wir hatten einen Genossen, der von der Parteiorganisation beauftragt war, einer Gerichtsverhandlung am 1. Mai beizuwohnen. Er lehnte die Abführung des Tagesverdienstes ab und sagte: Ich habe ja gearbeitet. Gegenwärtig geschieht das nur, weil man weiß, daß nichts daraus geschieht. Den Ausführungen von Lipinski, daß wir auf die soziale Stellung Rücksicht nehmen mühten, kann ich mich durchaus nicht anschließen. Würden diejenigen Genossen, die in einem Parteibetriebe beschäftigt sind, betroffen, so mühten sie doch den Tagesverdienst auch entbehren. Auf die paar lumpigen Pfennige kommt es natürlich nicht an. Aber die Angestellten sollen ihren Opfermut beweisen.

Hense-Hamburg:

Ich glaube, die von Pannetock vertretene Ansicht ist weder Fisch noch Fleisch. (Sehr richtig!) Der Parteivorstand will an der Form der jetzigen Kaiserfeier nichts ändern, dagegen stellt er die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses dem Parteitag anheim. Wir Hamburger Delegierten sind der Überzeugung, daß, solange wir die Kaiserfeier in der Form der Arbeitsruhe abhalten, der Nürnberger Beschluß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß. Alle Gründe können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß mit dem Augenblick, wo der Beschluß aufgehoben wird, die Arbeitsruhe ausgefallen ist. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch.) Es kommt sehr viel auf die Handhabung in den einzelnen Orten an. (Sehr wahr!) In Hamburg haben wir mit der Ablieferung des Tagesverdienstes ganz gute Erfahrungen gemacht. In diesem Jahre haben wir durch die Durchführung der Abhaltung der Kaiserfeier, durch die Ablieferung des Tagesverdienstes, circa 17 500 M. bekommen. Ich glaube, daß an keinem Orte Deutschlands die Kaiserfeier in würdigerer Form begangen wird als in Hamburg. In dem Augenblick aber, wo der Nürnberger Beschluß aufgehoben wird, wird auch in Hamburg von der Arbeitsruhe keine Rede mehr sein. (Unruhe. Lebhaftige Zustimmung bei den Hamburgern.) Wenn Sie glauben, daß dann der Beschluß der Arbeitsruhe noch praktischen Wert hat, dann sind Sie auf dem Holzweg. Dann sollten Sie lieber eine Urabstimmung darüber herbeiführen, ob am 1. Mai noch gefeiert werden soll. Ich bin überzeugt, neun Zehntel werden sich dann für die Aufhebung der Arbeitsruhe erklären. (Zustimmung und Widerspruch.)

Eisner-München begründet einen Schlußantrag. **Robert Schmidt-Berlin** spricht dagegen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Robert Schmidt:

Es ist außerordentlich peinlich, daß gerade über die Frage, ob Angestellte ihren Arbeitsverdienst abliefern sollen, auf diesem wie auf dem vorigen Parteitage eine so ausgedehnte Debatte stattfindet. Aber da nun einmal die Frage erörtert wird, möchte ich einige Worte sagen, nicht im Auftrage der Generalkommision, von der ich keine Vollmacht habe. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß es in hohem Maße bedauerlich ist, wenn Gewerkschaftsangeestellte den Nürnberger Beschluß nicht erfüllen. Es ist geradezu deprimierend, wenn wir darüber noch reden wollen. (Lebhafte Beifall.) Von den Arbeitern fordern wir, daß sie Opfer bringen. Da darf es keinen Pant geben, ob sie ein paar lumpige Pfennige abführen sollen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Das ist unverständlich und ist unerbäulich, das erzeugt die Stimmung, die darauf hinausläuft, einen Gegensatz zwischen Angestellten und Mitgliedern herbeizuführen. Ich möchte Sie sehr dringend bitten, den Antrag anzunehmen, der die Partei- und Gewerkschaftsangeestellten verpflichtet, den Beschluß nachzukommen. Weshalb diese Beschränkung? Weil sie als Partei und Gewerkschaften die Beschlüsse der nationalen Kongresse zu befolgen haben. Nicht aber haben diese Pflichten die Genossenschaften, und nicht die Krankenkassenangeestellten und vor allem nicht die Quader in den Parteibetrieben. Wir dagegen nehmen eine Ausnahmestellung ein, wir haben die persönliche Verpflichtung in höherer Weise, als jedes andere Parteimitglied. Für Partei- und Gewerkschaftsangeestellte kann der Beschluß aufrechterhalten werden, und er wird sich auch durchsetzen. Wenn uns Lipinski mit beweglichen Worten gesagt hat, daß es Angestellte gibt, die wegen ihrer sozialen Lage die Beiträge nicht bezahlen können, so ist ihm schon entgegengehalten worden: darauf nimmt die Partei außerordentliche Rücksicht. Auch unter Arbeitern, die von Krankheit in der Familie oder von Arbeitslosigkeit heimgeführt werden, wird der Beitrag für die Gewerkschaften und die Partei gefordert. Da wird auch nicht in jedem Fall auf soziale Verhältnisse Rücksicht genommen. Ich bitte Sie deshalb, zu beschließen, daß die Partei- und Gewerkschaftsangeestellten die Beiträge abzuführen haben. (Lebhafte Beifall.)

Vor. Roske teilt mit, daß ein genügend unterzeichneter Antrag vorliegt, über den Antrag auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses namentlich abzustimmen. — Lipinski ersucht um Ablehnung der namentlichen Abstimmung. — Roske weist auf den § 7 der Geschäftsordnung hin, wonach auf Antrag von 20 Delegierten die namentliche Abstimmung stattfinden muß. Das Schlußwort erhält nunmehr (Schluß im Hauptblatt.)

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW

Französischer Gewerkschaftskongreß.

Zweiter Tag.

Sabze, 17. September. (Eig. Ber.)

Vor dem Eingehen in die Tagesordnung wird die Ausschließung der Berichterstatter der Pariser Blätter, die gelbe Druckerei beschlagnahmt, beschlossen. Zum Bericht des Konföderationsvorstandes ergreift hierauf das Wort

Renard, der eine ausführliche Kritik der

Taktik der Konföderation

verliest. Er führt folgendes aus: Es ist bedauerlich, daß die Rivalität der Tendenzen fortbauert und sich bis in das Organ der Konföderation fühlbar macht, wo statt sachlicher Diskussion professioneller Fragen gehässige Polemik gegen Andersdenkende getrieben wird, sogar gegen ausländische Kameraden. ...

Dies ist im Ausland schon erkannt worden, gehen auch wir entschlossen diesen Weg. Sie wissen sehr gut, daß in Zukunft die Arbeiterschaft ein Wachstumswachstum am Leib der großen Korporationen werden, wenn sie es nicht schon jetzt sind.

In ihrer Aktion war nur die gegen die Altersversicherung in ihrer ursprünglichen Gestalt erfolgreich. Aber dazu bedurfte es der Mithilfe aller politischen und sozialistischen Organisationen. ...

Wir wollen keine Verschmelzung der beiden Organisationsformen, keine Unterordnung. Aber wir wollen, daß dieser schädliche Dualismus aufhöre.

Das Manifest spricht vom Kampf gegen das Unternehmertum und gegen den Staat. Die Autoren übersehen, daß die Organisationen in einem vom Staat gezogenen Rahmen leben. ...

sich an die Streiks der Eisenbahner, der Seeleute, der Postbeamten! ...

Sie wollen die „direkte Aktion“. Wenn Sie darunter den gewerkschaftlichen Kampf ohne Intervention politischer Persönlichkeiten wollen, sind wir einverstanden. ...

Unsere Taktik besagt: Organisieren wir uns zuerst und suchen wir einerseits durch den Druck auf die Gesetzgebung, andererseits durch die korporative Aktion der Masse gegen die Unternehmer ...

Renard, dessen Rede im ganzen ruhig, wenn auch mit gelegentlichen spöttischen Zwischenrufen, angefaßt worden ist, legt folgende Resolution vor:

In Erwägung, daß es Sache der konföderierten Gewerkschaften allein ist, sich souverän auf den Kongressen über die entscheidenden Punkte der Taktik und Doktrin auszusprechen, ...

Er betont seine Sympathie für die sozialistische Partei, die gleich der Konföderation, wenn gleich auf einem anderen Terrain, die Verbesserung der ökonomischen Bedingungen des Proletariats wie die vollständige Umgestaltung der ungerechten bestehenden Gesellschaft anstrebt.

Die Erklärung Renards beherstchten die folgende Debatte, in der gegen die politische Partei namentlich ins Feld geführt wird, daß ihr auch Nichtarbeiter und Unternehmer angehören. ...

Chambin, Sekretär der departementalen Gewerkschaftsunion Hère, behauptet, daß der sozialistischen Partei, in der sehr gute, der Konföderation ergebene Gewerkschaften sind, die Schuld einzelner Personen aufgeschult werde. ...

Vor Schluß der Vorkonferenz gibt Sassenbach die Erklärung ab, daß Regien nur Empfängnis und Veranlassungen der Gewerkschaften beigemohnt und keine anderen Personen begrüßt hat, als die ihm von den amerikanischen Gewerkschaften offiziell vorgestellt wurden.

Nachmittagsführung.

Die revolutionären Eisenbahner der „Föderation“ erklären, daß sie sich dem gestrigen Beschluß fügen und am Kongreß mit beratender Stimme weiter teilnehmen wollen.

Die Diskussion über den Bericht wird fortgesetzt. Bérient (Maurer) beklagt die Überlastung der Konföderationsfunktionäre, die immerzu auf Agitation sind und ihre Geschäfte oft vernachlässigen müssen. ...

Der Hauptredner der Sitzung ist der Sekretär der Sektion der Arbeitsschönen, Pvetot. Er gibt die Notwendigkeit der Umge-

staltung des Konföderationsverbandes zu, wendet sich aber gegen Renards Forderung des Proporz. Der wahre Föderalismus ist, daß die großen Verbände die kleinen nicht mundtot machen. ...

Der Redner wendet sich dann gegen Renards allgemeine Ausführungen: Der Syndikalismus war immer reformistisch und oft revolutionär. Die kleinen Verbesserungen, die wir dem Unternehmertum entreißen, wirken revolutionär. ...

Ich hoffe, daß wir es ohne Willkür und Autoritarismus erreichen werden, die lokalen Unionen in departementale zu verwandeln. Der föderalistische Geist ist das notwendige Gegengewicht gegen die zentralistischen Tendenzen. ...

Wir haben auf unserer Reise die Deutschen am Werk gesehen und ohne Scheu zugestanden, daß wir ein wenig von ihrer Taktik zu lernen haben, aber wir haben auch nicht verschwiegen, daß sie aber auch etwas von der unseren und von unserem Temperament annehmen müssen. ...

War Pvetots muntere Rede vom ganzen Kongreß mit Spannung und von der revolutionären Mehrheit mit lebhafter Zustimmung angefaßt worden, so riefen die ihr folgenden, mit Waisos vorgebrachten Ausführungen des Sekretärs der Sektion der Verbände, Jouhaux, stellenweise auch bei den Anhängern seiner Tendenz Verwunderung hervor. ...

Wenn Juldas Einakter französisch, will Drehers Scherzspiel deutsch gemühtlich und gemühtvoll sein. Es riecht nach Windeln und der Kinderstube. ...

Herr Staegemann, das frühere Mitglied des Königl. Schauspielhauses, gab den Major, Uebele Partwig seine Partnerrin. ...

Notizen.

Das Apollotheater wird vom 1. Mai nächsten Jahres an wieder Operntheater werden, da die Verleger des Operntheater-Lehar es gepachtet haben.

Die Gefahren des Geburtenrückganges. Die Berliner Gesellschaft für Massenhygiene hat als Preisaufgabe das Thema gestellt: „Bringt materielles und soziales Aufsteigen den Familien Gefahr in rassengenetischer Beziehung?“ ...

Einfacher und richtiger würde für die Arbeiterklasse die Frage so formuliert: „Bringt die durch die ökonomische Situation wachsende Unmöglichkeit, Kinder aufzuziehen, Gefahr mit?“ ...

Kleines feuilleton

5720 Meter hoch mit der Flugmaschine. Nachdem vor nicht ganz zwei Wochen Carros durch seinen Höhenflug, 4920 Meter, die Welt in Erstaunen setzte, hat nun Regagneur am Dienstag diese Leistung bei weitem überboten und mit einer Höhe von 5720 Meter beim Aerodrom von Esch einen neuen Weltrekord aufgestellt. ...

Regagneur hat die gewaltige Höhe von 5720 Meter verhältnismäßig rasch erklommen. 1000 Meter erreichte er bereits nach 2 Minuten und 30 Sekunden; mit zunehmender Höhe verlangsamte sich dann progressiv das Tempo des Aufstieges. ...

Ein phonetisches Laboratorium. Auf Veranlassung von Prof. Reinhold, dem Inhaber der Professur für afrikanische Sprachen am Hamburger Kolonialinstitut, wurde dort nach der „Frankf. Ztg.“ vor zwei Jahren ein Laboratorium für Lautuntersuchungen eingerichtet. ...

europäischen abweichen, ein solches Laboratorium unentbehrlich sei. Dies Laboratorium hat in immer steigendem Maße die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich gezogen. ...

Theater.

Komödienhaus: „Feuerversicherung“ von Ludwig Julda. „Der lächelnde Knabe“ von Max Dreher. ...

Juldas „Feuerversicherung“ erläuterte das alte gewiß zutreffende Sprichwort, daß man nicht mit dem Feuer spielen soll, an einem Beispiel von ausgefallener Unmöglichkeit. ...

mangel, daß wir in unserem Bericht die Manifeste der verflochtenen Periode abgedruckt haben. Wir hätten statt ihrer mehr Bittern geben können, aber wir wollten eben unsere Aktion präzis darstellen. Der Bericht entspricht unseren Gepflogenheiten. Wenn Resolutionen darin unrichtig wiedergegeben sind, sind das Druckfehler. Vor einigen Jahren, ehe noch die Depression und der Zweifel in der Gewerkschaftsbewegung um sich gegriffen hatten, waren die Konflikte seltener. Wir müssen aus dem Korporatismus heraus und die Notwendigkeit der Zentralisation begreifen. Uns mangelt die Intelligenz. Gätten wir mehr intelligente Kräfte, die das Leben der Konföderation mitemden, hätten wir kein Exekutivkomitee nötig. Zwölf Monate lang haben wir für die englische Woche agitiert — als Prediger in der Wüste. Nur wenige haben sich die Hoffnung erhalten, die Abkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Uns fehlt der Glaube. Darum ist die Propaganda unsere wichtigste Aufgabe.

Es folgt die Abstimmung über die Berichte. Sie werden mit 1048 gegen 4 Stimmen und 70 Enthaltungen gutgeheißen.

Der Rest der Sitzung gilt der Diskussion über das Gewerkschaftshaus in Paris, das von der Konföderation oder

vom Gewerkschaftsverband der Seine oder auch von beiden errichtet werden soll. Die Debatte ist stellenweise geizig, denn die Verhältnisse sind recht kompliziert und die Mittel weder da noch dort ausreichend vorhanden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **2 Stunden** ab 6 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Streitende. 1. Nr. 2. Gehtert noch, Chausseestraße 30/31. Die Weiterverficherung ist zweckmäßig, da nicht nur Altersrente, sondern auch Invalidenrente und Heilbehandlung in Betracht kommt. — **N. 7. 100.** Sie sind für die Vertragshauer haltbar. Entbehrliche Sachen unterliegen der Pfändung. Lohnbeschlagnahme ist zulässig, soweit die Lohnforderung 28,85 M. wöchentlich übersteigt. — **N. 8. 100.** Der Unterhaltungsanspruch ist nach Ablauf eines Jahres erworben. — **P. 13. 85.** 1. Ja. 2. Kann erst nach Einziehung in den Vertrag beurteilt werden. — **R. 5.** Ihre Darstellung ist unverständlich. — **S. 142.** 1. Erscheint ansehbar. 2. In 10 Jahren. — **P. 10.** Es läßt sich nichts tun. Das Helm ist durch das

Schriftbild gebildet. — **15. 13.** 1. und 2. Ja. Der Zahlungsbefehl ist beim Amtsgericht zu beantragen. 2. Nein. — **R. 7. 34.** Der Brief ist dazu nicht verpflichtet. — **J. 2. 1000.** 1. Nein. 2. Der wechsellähmige Anspruch verjährt gegen den Akzeptanten in drei Jahren, gegen Aussteller und Giranten in drei Monaten, von der Fälligkeit ab gerechnet. Es kann event. aus dem ursprünglichen Schuldgrunde geklagt werden, falls nicht ebenfalls Verjährung eingetreten ist, was Ihr Schreiben nicht erkennen läßt. — **P. 2. 100.** Siehe Inserat in unserer Nummer vom Mittwoch, den 18. September. — **P. 8. 1883** und **P. 100.** Fragen Sie beim Verband der hiesigen Arbeiter (Sektion Krankenpfleger), SO. Engländer 14/15, an. — **Elite N. 1877.** Auskunft erteilt Ihnen die Zentralkommission der Krankentassen, Alexanderstr. 39/40, II. — **M. 2. 100.** Aus Leinwand entfernt man Flecke durch Betupfen mit starkem Salzwasser. — **G. W. 36.** Wo sollen die Flecke entfernt werden? — **G. R. 1000.** Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes, Alte Leipziger Straße 1. — **N. 13. 67.** Nur dann, wenn sich der Besennte durch eine schwere Verletzung gegen den Schenker oder eines nahen Angehörigen des Schenkers groben Unbuts schuldig macht, und zwar innerhalb Jahresfrist seit Kenntnis des Widerstands. — **W. 3. 01.** Ihre Darstellung ist zu unklar. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **R. 6. 16.** Ja, wenn Invalidität vorliegt. Stellen Sie den Antrag beim Versicherungsamt, am Köpenicker Park 8. — **S. 3. 14.** Leider ist die Forderung begründet.

Es gibt keine Teuerung

für den, der seinen Bedarf an Herren-, Jünglings-, Knaben- und Sport-Bekleidung jeder Art, **ob fertig oder nach Maß**, bei der H. K. G. deckt. Seit die H. K. G. begonnen hat, einen Teil ihrer Waren in **eigener Fabrik selbst herzustellen**, bietet sie dem geehrten Publikum **noch größere Vorteile**. — Von Gesetzes wegen ist die H. K. G. gezwungen, auch die selbst angefertigten Waren nur an Private zum **Selbstkosten-Preis abzugeben**, gegen Zahlung einer Umsatzprovision von **nur 10 Prozent**.



Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Deutschlands größtes Spezial-Geschäft dieser Art.

Nur Neue Schönhauser Straße 1

Ecke Weinmeister- und Münzstraße.

Sonntags von 2-10 geöffnet!



Unserem lieben Bezirksführer **Albert Riebe** nebst Frau Gemahlin zur **Silberhochzeit** am 21. September 1912 die herzlichsten Glückwünsche. Einige Genossen d. Bezirks 800 des VI. Wahlkreises.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. Am Donnerstag, den 19. d. M., verstarb unser Genosse **Paul Röhr** (Stolpische Str. 37). Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 23. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von dem Trauerhause aus nach dem hiesigen Friedhofe in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung ersucht. 232/14 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schwandenbrecher **Franz Kißner** (Eichenberg, Weichselstraße 15, am 15. d. Mts. an Herzleiden gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Friedrichshagen-Gemeinde, Pappelallee, aus statt. Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser **Johann Nielsen** am 19. Septbr. an Lungenleiden. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Straßhofes in Reutshagen, Hermannstraße, aus statt. Ehre ihrem Andenken! Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl. Verwaltungsstelle Groß-Berlin. Am Donnerstag, den 19. September, verstarb unser Mitglied, Kollege **Karl Steputat**. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reutshagen-Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg aus statt. Zahlreiche Beteiligung erbittet. 146/9 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeitshilfsler **Albert Wejenk** am 15. September verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 67/3 Die Bezirksverwaltung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (S. O. 88, Hamburg). Verwaltungsstelle Berlin B. Am 16. September verstarb unser Mitglied **Peter Mielzarek**. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Michaeli-Straßhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Wer hat neue Ideen? Verfahren, Massenartikel usw. Erbteile umgehend Offerten: **H. Koehl, Berlin-Walldorfer 1.**

Hiermit die traurige Nachricht, daß meine herzensgute Frau, unsere liebe Tochter, Schwieger-tochter, Schwester und Schöngesin **Martha Virkus** geb. **Jux** im Wochenbett verstorben ist. Dies zeigt tiefbeträbt an im Namen der Angehörigen **Otto Virkus**. Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter am 19. September nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist. **Franz Zinke** nebst Kindern Jennstr. 6. Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 22. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danteskirchhofes aus statt. 69/1

Blumen- und Franzbinderei von **Robert Meyer**, Inh.: **P. Golletz** nur **Mariannen-Straße 2.** Telefon: **Moriaplan 346.**

Für die reichen Krampspenden und rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sage ich allen Verwandten und Bekannten, den Genossen des hiesigen Wahlkreises, den Frauen des Lesende des 41. Abteilung, dem Sparverein „Schönblau“, dem Verband der freien Gast- und Schankwirte, der ersten Genossenschaftsbrauerei Friedrichshagen und den Kollegen der 35. Revisionsinspektion meinen herzlichsten Dank. **Luise Zwarg** nebst Kindern.

1 Mark wöchentl. Teilzahlungen liefert elegante fertige **Herren-Garderoben**. Ersatz für Mann: Anfertigung u. Mass. Tadellos Ausführung. **Julius Fabian** Schneidermeister **Gr. Frankf. Str. 37** Eingang Straßberger Platz. **1. Etage, Turmstr. 18** nur 1. Etage, kein Laden. 11

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz **Hut und Mützen Engros-Geschäft** Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00 Nur fehlerfreie moderne Ware Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren. Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.

Greift zu! Jed. Herr, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe, in feinsten Werkstoff, Berlins gearbt, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jackott-Anzüge 8, 10, 14, 16 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen 2,50, 3,00 M. **Ulster, sehr billig.** Große Abteilung neuer Garderobe. **Moldauer**, Gr. Frankfurter Str. 93 (Nähe Straßberger Pl.) Bitte genau auf No. 93 zu achten!

Kronen, Ampeln an Verbote zu Engrospreisen. Gängelichtbrenner 1,25 Mark. Zylinder und Glühkörper beim Duzend Engrospreise, Stedlichtbrenner per Stück 35, 50, mit Speckstein 75 Pf. **Billigstes Glaswarenlager** **Warschauer Str. 26.**

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung I.: Neue Friedrichstr. 35 an der Zentral-Wahlhalle II.: **Turmstr. 67**, 1. Etage, liefert an jedermann elegante **Herren-Garderoben** nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von **1 Mark** an. Zuschneiderrein, Werkstoff im Hause. Auf Wunsch Besuch des Klebenden mit neuesten Stoffmustern. Besondere Abteilung für fertige Garderobe u. Einsegnungsanzüge. **Sonntags geöffnet.**

Das **Möbel-Spezial-Haus** **Siegmund Misch** **Dresdenerstr. 16** ist die einzige Firma in Deutschland deren Verträge den Käufern die Vergünstigung einräumen, für die Hälfte der jeweilig gezahlten Ratensumme Möbel als Eigentum zu beanspruchen. Sie können also nie das ganze gezahlte Geld verlieren!

PROBLEME auf der Höhe der Zeit

Frack-Verleih-Institut S. Berg Nachf. Borchardt. Friedrichstr. 115 I, am Oranienb. Tor. Tel.: Nord 7402. 37142* Frack, Smoking, Gebrochanzüge, Chapeau claque, für jede Figur pass. vorrätig in verschiedenen Preislagen. Sehr große Auswahl, mäßige Preise.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5. **Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.** Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen. **Amt 4, 3014.**

KON-LINON

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Engelauer 15 Bezirk Groß-Berlin. Sektion II. Engelauer 15

Achtung! Kollkutscher, Begleiter, Stallente **Achtung!**
und Godenarbeiter aus allen Speditionsbetrieben Berlins!

Sonntag, den 22. September 1912, vormittags 10 Uhr

Große Versammlung

bei Anton Becker, Weberstraße 17.

Tagesordnung:

1. Die Koalitionseindlichkeit der Paketschiff-Gesellschaft und die Geschäftsverbindlichkeiten einzelner Gewerkschaften mit derselben.
2. Diskussion. 3. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Kollegen! Erscheint Mann für Mann. Verbandsbücher sind am Eingang des Saales vorzulegen.

Achtung! Möbelttransportarbeiter, **Achtung!**
Kutscher u. Packer von Berlin und Vororten!

Sonntag, den 22. September 1912, mittags 1 Uhr

Große Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 4.

Tagesordnung:

Die Antwort der Unternehmer auf unsere eingereichten Lohnforderungen. Diskussion. Beschlussfassung.

Kollegen! Die Tagesordnung erfordert, daß ihr Mann für Mann zu dieser Versammlung erscheint! Niemand darf fehlen! Die Verbandsbücher sind mitzubringen und am Eingang des Saales vorzulegen. 67/1 Die Sektionsleitung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Zahlstelle Berlin.

Geschäftsstelle: C. 54, Rulandstr. 10 I. Fernsprecher: Amt Norden 4518

Gruppen-Versammlungen Mühlenarbeiter.

Sonntag, den 22. September 1912, nachmittags 2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, (Saal 3).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen Gschel über: „Der Kampf der Not“. 2. Berufsfragen.

Fahrpersonal

(Fahrer, Mitfahrer, Chauffeure, Bremser, Reservefahrer, Stallente usw.)

Dienstag, den 24. September 1912, abends 7 Uhr,

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Berufsfragen.

Brauer und Hilfsarbeiter im inneren Betriebe, Maschinen- und Kesselpersonal, Handwerker und deren Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 29. September 1912, nachmittags 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Berufsangelegenheiten.

Kollegen! Erscheint Mann für Mann in diesen Versammlungen
Die Ortsverwaltung. 43/13

Das größte Abonnementshaus feinsten
Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.

Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:
Col I. Col III.
Amt Norden, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1967.

Montag, den 23. September 1912, abends 6 Uhr,
in Frankes Festsaal, Badstr. 19:

Bezirks-Versammlung für den 20. Bezirk.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen A. Cohen über: „Arbeitsnachweise in der Metallindustrie.“ 2. Wahl des ersten Bezirksleiters. 3. Bezirksangelegenheiten.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

124/16

Achtung! Erwerbslose (Kranke).

Wegen Quartalsabschluss bleibt das Bureau am
Montag, den 30. Septbr., den ganzen Tag geschlossen.

Die kranken Kollegen erhalten für diesen Tag schon am

Sonntag, 28. Septbr., ihre Unterstützung ausgezahlt.

Da sämtliche Mitgliedsbücher der kranken Kollegen eingezogen werden, bitten wir bis zum Sonntag, den 28. September, die Unterstützungen abzuheben. Ausgeschlossen davon sind diejenigen, welche sich in Krankenhäusern oder Heilstätten befinden und ihre Unterstützung nach Beendigung der Krankheit abgeben.

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty - Viehwech Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 449*

Möbel-Magazin C. Zergiebel,

Berlin, Staliner Str. 130.

Spez.: Einrichtungen klein u. mittl. Wohnungen. Teilzahlung gestattet.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Die Verbandsversammlung findet am Sonntag,
den 22. September, nicht statt.

59/5

Der Vorstand.

**Waldorf
Astoria
Cigarettes**

Hockey 3 Pf.
Clío 5 Pf.

83/2*

Es liegt in Ihrem Interesse, wenn

Sie, bevor Sie anderweitig Möbel kaufen, erst meine Läger besichtigen.

Jah offeriere: Ohne Kaufzwang auf Teilzahlung

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen

In folgenden Preislagen und zu ganz neuen, sehr leichten Bedingungen:

Zimmer Erna · Zimmer Paula · Zimmer Louise · Zimmer Nizza

M. 178.-	M. 240.-	M. 394.-	M. 597.-
Woche	Woche	Woche	Woche
Anz. 15 M.	Anz. 25 M.	Anz. 40 M.	Anz. 60 M.
1.50	2.50	4.-	5.-

Einzelne Möbel Anzahlung von 5.- an

Farbige Küchen · Speisezimmer · Schlafzimmer

Alles auf Kredit zu günstigen Bedingungen.

Richard Krumbeck, Berlin O

Frankfurter Allee 154, Ecke Niederbarnimstraße.

Josefelli

JUNO

QUALITÄTS- 2 PFG. CIGARETTE



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger

Anzüge

Herbst- u. Winterpaletots
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.

Eleg. Maßanfertigung in allen Größen
und Preislagen.
Lieferant der Konsumgenossenschaft
und des Arbeiterradfahrer-Bundes.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

102/1*

ca. 25.000 Mtr.
Hemdentuch 36 Pl.
 haltbare Qualität
 Meter

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Kaffee.....Pfund 1.30, 1.40
 Kakao.....Pfund 68, 95 Pf.
 Haushaltschokolade ..Pfund 68 Pf.

* Geflügel

Junge HühnerStück 75, 95 Pf.
 Suppenhühner Stück 1.95, 2.45
 Junge Enten ..Stück 2.25, 2.75
 TaubenStück 45, 65 Pf.

Gemüse und Frucht-Konserven

Stangenspargel....	1/2 Dose	1.20	68 Pf.
Stangenspargel....	1/2 Dose	1.40	75 Pf.
Bruchspargel mit Kopf..		1.00	55 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf..		88 Pf.	50 Pf.
Gemischt. Gemüse		50 Pf.	30 Pf.
Gemischt. Gemüse		70 Pf.	40 Pf.
Schoten		38 Pf.	—
Junge Schoten		45 Pf.	28 Pf.
Kohlrabi in Scheiben ..		30 Pf.	—
Spinat		38 Pf.	—
Brech- od. Schnittbohnen		35 Pf.	—
Sauer Kirschen mit Stein		68 Pf.	39 Pf.
Stachelbeeren		63 Pf.	37 Pf.
Mirabellen		75 Pf.	43 Pf.
Erdbeeren		95 Pf.	53 Pf.

Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusage ausgeschlossen. Soweit Vorrat.

* Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 90 Pf.	Schinken im Ganssen	Pfund 85 Pf.
Brust oder Querrippe	Pfund 85 Pf.	Kamm oder Schuft im Ganssen	Pfund 95 Pf.
Kalbskeule	Pfund 1.00	Hammelkeule im Ganssen	Pfund 90 Pf.
Kalbsbrust	Pfund 90 Pf.	Dünnung	Pfund 80 Pf.

* Junge Gänse Pfund 68, 78 Pf.

* Kassler

* Kartoffeln

* Weintrauben <small>Brutto für Netto, in Kist. Pfd.</small>	18 Pf.	* Äpfel	Pfund 6 Pf.
* Kaiserkrone	Pfund 13 Pf.	* Pflaumen	5 Pfund 29 Pf.

Kolonialwaren

Victoria-Erbsen	Pfund 19 Pf.	Gries	Pfund 22, 25 Pf.
Erbsen geschält	halbe Pfund 23 Pf.	Reis	Pfund 22, 25, 28 Pf.
Bohnen wels	Pfund 18, 23 Pf.	Gemischte Marmelade ..	Pfund 25 Pf.
Linsen	Pfund 15, 20, 25 Pf.	Pflaumen-Marmelade	Pfund 30 Pf.

Wurstwaren

Zwiebel- od. Rotwurst Pfund 60 Pf.
 Sülzwurst

Butter und Käse

Tafelbutter

Fischkonserven

Sardinen oder Anchovis... Glas 22 Pf.
 Sardinen in Oel Dose 38, 48, 68 Pf.

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

TEPPICHE

	ca. 130x100	160x230	190x290 cm
Perser-Imitation	4.95	7.85	11.75
Axminster-Teppiche ...	7.95	12.75	19.75
Velour-Teppiche	12.75	23.75	36.75

Möbel-Lechner

Am Rosenthaler Platz Brunnenstr. 7 Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stuben u. Küchen M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.- Bequemere Abzahlung

Einzelne Möbelstücke von M. 5.- Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen

Vorzeller dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!

Liefere auch nach auswärts!
 Sonntags geöffnet von 8-10

Raucht
Kressin Cigaretten
 243 Pf.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Monatsgarderobe

Von Kavaliere getragene Ulster, Jackett, Rock, Frack, Smoking-Anzüge, teils auf Seide gearbeitet sowie großes Lager in neuer eleganter Herren-Garderobe zu bekannt billigsten Preisen *

Türkischer, Prinzenstr. 79 am Moritzplatz

Ganz Berlin staunt

über die großen Ersparnisse, welche die Käufer bei der Deutschen Bekleidungsgesellschaft m. b. H. durch ihre neue Vertriebsart machen.

An jeder Mark nur 10 Pfennig Nutzen!

Die Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H. verkauft also eine Hose mit 5,50 M., die sie selbst 5,— M., einen Anzug mit 22,— M., der sie selbst 20,— M. kostet.

Gemäß ihrer beim Gericht niedergelegten Statuten ist unsere Gesellschaft an obige Vertriebsart gebunden und infolge öffentlicher Bekanntmachung von Gesetzes wegen zu ihr verpflichtet.

Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.

Vertrieb von Herren- und Knabengarderobe

Gr. Frankfurter Straße 4
 Ecke Fruchtstraße

Chausseestraße 27
 nahe Invalidenstr.

Turmstraße 80
 neben Kleinem Tiergarten

Gerichts-Zeitung.

Arbeitswilligenschuh.

Die Strafkammer zu Detmold hatte sich am 19. September von neuem mit einer Angelegenheit zu beschäftigen, die Schöffengericht, Strafkammer und Oberlandesgericht bereits passiert hat, und bei der es sich um eine Klage zum Schutze von Arbeitswilligen handelt. Bei dem Streit der Leberarbeiter der Firma Posthoff in Lemgo fanden sich einige dienstwillige Hausarbeiter, die natürlich von ihren streikenden Kollegen nach Gebühr eingeschätzt wurden. In einem Abende soll es dann auch in einer Wirtschaft zu harmlosen Tätlichkeiten gekommen sein, bei denen das Wort „Streikbrecher“ fiel und ein Arbeitswilliger hin und hergeschubst wurde. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen drei Beteiligte Anklage wegen Vergehens gegen den berühmten § 153 der Gewerbeordnung, das Schöffengericht Lemgo, das in der Angelegenheit zuerst zu entscheiden hatte, verurteilte die Angeklagten aber nur wegen Verletzung aus § 185 des Strafgesetzbuches zu 150, 75 und 50 M. Geldstrafe, indem es die Frage, ob die Angeklagten ein Interesse am Ausgange des Streiks gehabt hätten, verneinte. Die Strafkammer, die dann in der Berufungsinstanz zu verhandeln hatte, und vor der die Staatsanwaltschaft nunmehr den Antrag auf Verurteilung wegen Körperverletzung stellte, kam zu der Auffassung, daß doch § 153 der Gewerbeordnung anzuwenden sei, weil die Angeklagten ein Interesse daran gehabt hätten, daß der Streik möglichst ausgedehnt werde. Eine Gefängnisstrafe, die bei der Anwendung des § 153 eigentlich fällig gewesen wäre, mußte aber weggelassen, da die Staatsanwaltschaft keine Verurteilung eingeleitet hatte, die Strafkammer also zum Nachteil der Angeklagten nicht mehr entscheiden durfte.

Dies Erkenntnis fochten die Angeklagten wiederum beim Oberlandesgericht an, und die in diesem Falle höchste Instanz entschied, daß die Sache zu neuer Verhandlung an das Landgericht zurückzuverweisen sei, weil das Landgericht nicht beachtet habe, daß die Bestimmungen im § 153 der Gewerbeordnung immer nur subsidiären Charakter habe und in den Fällen, wo sich der Tatbestand einer Verletzung oder einer Körperverletzung herausstelle, zurücktreten müsse.

Die Strafkammer verhandelte danach in den Formen der ersten Instanz. Sie kam nach neuer Beweisaufnahme, bei der die Zeugenaussagen sehr unbestimmt lauteten, zu dem Ergebnis, daß ein Vergehen gegen § 223a des Strafgesetzbuches, also gemeinschaftliche Körperverletzung, vorliege. Damit entsprach sie dem Antrage der Staatsanwaltschaft, dem sie sich auch in Beziehung auf das Strafmaß anschloß: 150, 75 und 50 M. Geldstrafe, wie bereits das Schöffengericht in seinem ersten Urteil erkannt hatte.

In derselben Sache also drei Entscheidungen, die jedesmal anders lauteten, obgleich der Tatbestand durch die Zeugenaussagen im wesentlichen nicht verrückt war. Die bürgerliche Justiz darf sich zu derartigen Ergebnissen wirklich gratulieren.

Ungültige Gemeindevertreterwahl.

In Frechen im Landkreis Köln fanden am 24. September 1910 in allen drei Abteilungen Gemeindevertreterwahlen statt. Die Wahl der dritten Abteilung war auf 1 Uhr mittags, die der zweiten Abteilung auf 4 Uhr und die der ersten auf 8 Uhr nachmittags festgesetzt worden. Wegen der langen Dauer des Wahlgeschäfts in der dritten Abteilung konnte mit der Wahl in der zweiten Abteilung erst um 4 Uhr erst um 8 Uhr abends begonnen werden. In der zweiten Abteilung wurden Ober, Gremer und Köhler gewählt. Der Werkbeamte Stahl von den Braunkohlenwerken, deren Betrieb sich

über verschiedene Gemeinden erstreckt, löst die Wahlen der zweiten Abteilung an und machte verschiedenes geltend. Unter anderem berief er sich auf die Verzögerung der Wahl in der zweiten Abteilung. Das sei eine wesentliche Unregelmäßigkeit, die zum Beispiel manchen Werkbeamten, die nur für eine bestimmte Zeit mit Rücksicht auf die Festsetzung dieser Wahl auf 4 Uhr Urlaub zum wählen hätten, um ihr Wahlrecht bringen konnte.

Der Gemeinderat erachtete die Wahlen aber für gültig und erklärte ferner, der Kläger sei zu ihrer Aufhebung gar nicht aktiv legitimiert. Er habe weder bei Aufstellung der Wählerliste, noch bei der Wahl in Frechen seinen Wohnsitz gehabt. (Das ist unstrittig richtig.) Wenn er trotzdem in Frechen irrthümlich in die Wählerliste eingetragen gewesen sei, wäre das unerheblich. Klagen könne er nicht.

Der Kreisaußschuß zu Köln und der Bezirksaußschuß zu Köln gaben jedoch der Klage statt und erklärten die angefochtenen Wahlen der zweiten Abteilung für ungültig.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil am 17. September mit folgender Begründung: Die einmal endgültig festgestellte Wählerliste sei die unverrückbare Grundlage für die Wahlen. Durch seine Aufnahme in die Liste sei der Kläger Wahlberechtigt gewesen, wenngleich er nicht im Orte wohnte und dort auch nicht anwesend war. Habe ihm aber so das Wahlrecht zugehört, dann habe er auch die Gültigkeit der Wahlen anfechten können. Auch sei ihre Ungültigkeit mit Recht ausgesprochen worden, denn die Verzögerung der Wahlen der zweiten Abteilung um vier Stunden sei als grobe Unregelmäßigkeit anzusehen, die zur Ungültigkeit der Wahl führe.

Eine gebotene Ordnungsfäule.

Der frühere Obermeister der Schneiderinnung in Stolp, Vorsteher der dortigen Jugendwehrloge, der Guttempler, Schneidermeister Völke, war Kassierer der Ortskrankenkasse der Schneider, Fleischer und Töpfer. In dieser Eigenschaft veruntreute er 3100 M., die er zum Bezahlen seiner Geschäftsschulden verwendete. Damit die Entdeckung verhindert wurde, machte er falsche Eintragungen in die Bücher. Die Strafkammer verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis.

Ein galanter Landgerichtsrat.

Dieser Tage wurde vor der Strafkammer in Dresden gegen den Landgerichtsrat Dr. Snell verhandelt, der großer Schwindler beschuldigt war. Der Angeklagte wurde wegen Kreditbetruges zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, wovon sechs Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet werden, und auf Aberkennung der Rechte zur Verrichtung öffentlicher Ämter für drei Jahre verurteilt. Die Begründung erklärt den Angeklagten in allen Fällen des Kreditbetruges schuldig. Er befand sich in derart misslichen Verhältnissen, daß er den Geldgebern seine ganzen Schulden angeben mußte. Er nahm Darlehen an, obwohl er wußte, daß er sie nicht von seinem Gehalt, sondern nur durch neue Darlehen tilgen konnte. Er suchte Darlehen durch Annoncen auf kurze Zeit, gab Schecks und Wechsel aus, täuschte über seine Gehaltsverhältnisse und benützte die Stellung als Landgerichtsrat zur Reklame. Er hat dabei positiv falsche Tatsachen vorgebracht. Auch dadurch, daß er vorgab, sein Gehalt erleiße keine Abzüge. Dr. Snell mußte damit rechnen, daß jederzeit seine Entlassung aus dem Dienste erfolgen könnte. Durch sein Verhalten hat er sich der Gefährdung seiner Ehre nach § 187 St.-G.-B. schuldig gemacht. Die Heiratsaussichten lagen noch in weiter Ferne. Für die Darlehen hat das Gericht eine fortlaufende Handlung angenommen. In Gunsten Snells wurde angenommen, daß ein erheblicher Teil zurückgezahlt ist, sonst wäre zweifellos eine weit höhere Strafe erfolgt.

Ferner wurde zu seinen Gunsten angenommen, daß er sich in einer gewissen Zwangslage durch seine gesellschaftliche Stellung befand. Dadurch und durch die Drohung mit der Ausweisung kam er in einen nervösen Zustand, der ebenfalls zugunsten Snells angerechnet worden ist. Erschwerend wirkt, daß Snell die Rücksicht auf seinen Stand völlig außer acht ließ. Weil er sich in seinem Amte als höchst zweifelhaft erwiesen hat, wurde auf Aberkennung der Befähigung zur Verrichtung öffentlicher Ämter für drei Jahre erkannt. Ebenso wurden die Kosten des Verfahrens dem Angeklagten aufzuerlegen.

Nach Verkündung des Urteils und dieser Begründung wurde der Angeklagte ins Gefängnis abgeführt.

Ein schwerer Automobilunfall, der in der Hauptsache auf eine Verletzung unglücklicher Umstände zurückzuführen ist, lag einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zimmermann die zweite Strafkammer des Landgerichts II beendigte. Angeklagt war der Chauffeur Karl Hing aus Neudölln. — Der Angeklagte, welcher bei einem Privatier N. in Lanckow als Chauffeur angestellt war, fuhr am 11. Oktober v. J. in der Richtung nach Oberschöneweide durch die Brückenstraße in Niederschöneweide. Vor ihm befand sich ein Handwagen, welcher von einer Frau Hont vor sich hergeschoben wurde. Als sich der Angeklagte mit seinem Automobil diesem Handwagen auf eine kurze Entfernung genähert hatte, lief ihm plötzlich ein kleiner Junge in den Weg. Um diesen nicht zu überfahren, lenkte er seinen Wagen, da er nach links nicht ausbiegen konnte, weil ihm dort ein Kohlenwagen entgegenkam, auf den Bürgersteig hinauf. Da er hier Gefahr lief, in eine Fensterscheibe hineinzufahren, lenkte er den Wagen wieder von dem Bürgersteig herunter. In der Aufregung legierte er die Entfernung falsch, so daß die hinter dem Handwagen gehende Tochter der Frau H. von dem Auto gefaßt und zu Boden geschleudert wurde. Das Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald nach dem Unfälle verstarb. — Vor Gericht machte der Angeklagte geltend, daß er alles getan habe, um einen Unfall zu verhüten. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 3 Monate Gefängnis, während Rechtsanwalt Dr. Frey als strafmildernd darauf hinwies, daß der Unfall in der Hauptsache auf ein unglückliches Zusammentreffen mehrerer unvorhersehbarer Umstände zurückzuführen sei. Das Gericht ertheilt eine fahrlässige Tötung, die der Angeklagte bei einer so unübersehbaren Fahrdahn nicht so langsam gefahren sei, daß er den Wagen nicht unter allen Umständen habe sofort zum Stehen bringen können. Das Urteil lautete aber nur auf 1 Woche Gefängnis.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 19. 9. 1912	am 18. 9. 1912	Wasserstand	am 19. 9. 1912	am 18. 9. 1912
Remel, Lilit	222	+1	Saale, Großh.	114	-1
Vregel, Ansternburg	-12	+12	Saale, Spandau ¹⁾	36	-4
Weißel, Thom	158	-10	Saale, Rathenow ²⁾	52	+25
Ober, Rathor	316	-77	Spre, Spremberg ²⁾	100	0
• Krosen	160	-7	• Beeskow	77	-1
• Frankfurt	172	+8	• Beyer, Witten	189	-11
• Warte, Schrum	18	+2	• Witten	288	-8
• Landsberg	-4	-2	• Rhein, Maximiliansau	506	-12
• Reg, Vordamm	-3	0	• Rauh	317	-15
• Elbe, Reimeritz	151	+2	• Rahn	333	-20
• Dresden	83	+3	• Redar, Heilbrunn	188	-12
• Barby	257 ³⁾	+26	• Rain, Qamau	179	-8
• Magdeburg	194	+24	• Roel, Zier	82	-10

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall, - ²⁾ Unterpegel, - ³⁾ nach telegraphischer Meldung Wasserstand heute morgen: 282 cm.

Deutsche, englische und amerikanische **Ulster-Moden** 1912/13



Die tonangebenden Moden und die besten Erzeugnisse liefern unsere Kleider-Werke.

Fertige Herbst- und Winter-Ulster I- und II-reihig

- | | | | | | | | |
|---|-------|--|-------|---|-------|--|-------|
| Nr. 1. Oliv, grau oder bräunlicher gemusterter Cheviot | 18 M. | Nr. 5. Grau, braun, oliv, nach englischer Art gemusterter Cheviot | 30 M. | Nr. 9. Braun oder grau matterer Cheviot mit farbigen Streifen | 45 M. | Nr. 13. Grau, oliv und dunkelbrauner Plauschstoff Original Englisch | 70 M. |
| Nr. 2. Hell oliv, dunkelgraue Diagonal-Cheviots mit bunten Streifen | 21 M. | Nr. 6. Fein gemusterter Cheviot oder Plausch, neueste Farben | 33 M. | Nr. 10. Dunkelbrauner Plauschstoff mit bunter Rückseite, sehr spart | 50 M. | Nr. 14. Sehr fein gemusterter Cheviot mit bunter Rückseite, elegante Verarbeitung | 75 M. |
| Nr. 3. Braun und grünlich matterer Cheviot, englisch verarbeitet | 24 M. | Nr. 7. Cheviot und Plauschstoffe mit angewebter Rückseite, „Spezial-Märke“ | 36 M. | Nr. 11. Fein gestreifter Diagonal-Cheviot, sehr vornehm und solide | 55 M. | Nr. 15. Cheviot in vielen Farben, direkt aus Schottland bezogen, vornehme Ausstattung | 80 M. |
| Nr. 4. Dunkelbrauner Plauschstoff, streng modern | 27 M. | Nr. 8. Klein kariertter Cheviot mit bunten Effekten | 40 M. | Nr. 12. „Echt englischer Cheviot“, ganz sparte Neuheiten | 60 M. | Nr. 16. „Echt englischer Cheviot“, dickflauschig, in oliv, braun oder grümelirt, allerfeinste Verarbeitung und Ausstattung | 90 M. |

Hochmoderne **Wollvelour-Hüte** in festen Rundformen beige, resede, grau und grün
4.90 3.75 2.90

BaerSohn

Hochmoderne **Plüsch-Hüte** in Kniffform oder fester Rundform resede, braun, bronce und grün M. 8.25

Kleider-Werke. Deutschlands größte Fabrik dieser Art. Berlin. — Gegründet 1891.
Chausseestraße 29-30 □ □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ □ Schöneberg Hauptstr. 10

Das neue Preisbuch (Hauptkatalog Nr. 46) enthält die neuesten Moden, ist soeben erschienen und wird auf Wunsch kostenlos und portofrei zugesandt.

Ein guter Gedanke

wird Sie voraussichtlich Ihren Bedarf an eleganten Monats- und Abonnement-Garderoben nur bei der Monatsgarde-Verkaufs-Gesellschaft, Dresdener Strasse 11 zu kaufen. Wir verkaufen zu auffallend niedrigen Preisen und empfehlen nur kurze Zeit zu ziehen, gewesen und gut erhaltene

gefragte Anzüge und Paletots die teils bis M. 178 gekostet haben, für M. 9.-, 12.-, 15.-, 18.-

ferner ein grosser Posten **Rosen** Wert bis 25 - 2-8 jetzt M.

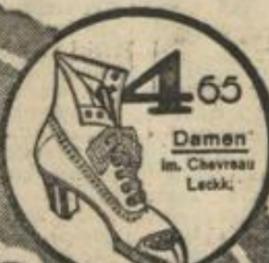
Jünglings-Anzüge Wert bis 50 M. jetzt M. 6, 8, 10, 12-18

Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft

Dresdener Str. 11 am Kollator für

Ansehen erregen

unsere Schlager!



2. Geschäft: Charlottenburg, Nehringstraße 34, Ecke Magazinstr., am Friedrich-Corplatz.

2. Geschäft: Charlottenburg, Nehringstraße 34, Ecke Magazinstr., am Friedrich-Corplatz.

Vorjährige

feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge

Smokings auf Selde 30-70 M.

Versandhaus Germania

21. Unter den Linden 21. Sonntags nur von 8-10 geöffnet.

Vornehme



Bekleidung fertig und nach Maß

erhalten Sie in der modernen

Mass-Schneiderei

J. Kurzberg

auf Wunsch Wochenrate.



Rosenthaler Straße 36

1. Etage.

Frankfurter Allee 104

Ecke Friedenstraße.

Reinickendorfer Str. 4

Weddingplatz.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 21. Septbr. 1912

Anfang 6 1/2 Uhr.

Deutsches. Faust. 2. Teil.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Königskinder.

Kgl. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.

Metropol. Chauffeur - in 3 Akten.

Bühne. Die fünf Frankfurter.

Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater) Abends 8 Uhr: Goldener Leuchtturm.

Residenz-Theater. 8 Uhr: Der Herr von Nr. 19.

Urania. Taubenstraße 48/49. Auf's Wasser.

Schiller. Eintritt der Ratten.

Kammerspiele. Mein Freund Teddy.

Deutsches Schauspielhaus. Egmont.

Wolff. Die drei Missethäter.

Kurhess. Der Aufreißer.

Reiner. Die Unerschämte.

Schiller O. Der Kompanjon.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Zentral. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Palais. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Palais. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Palais. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Palais. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Große Hofjungen.

Theater in der Königgräzer Straße. Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter.

Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater) Abends 8 Uhr: Goldener Leuchtturm.

Residenz-Theater. 8 Uhr: Der Herr von Nr. 19.

Urania. Taubenstraße 48/49. Auf's Wasser.

Schiller. Eintritt der Ratten.

Kammerspiele. Mein Freund Teddy.

Deutsches Schauspielhaus. Egmont.

Wolff. Die drei Missethäter.

Kurhess. Der Aufreißer.

Reiner. Die Unerschämte.

Schiller O. Der Kompanjon.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Zentral. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Palais. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Palais. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Palais. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Palais. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Palais. Antiochische.

Palais. Der Walzerkönig.

Komödienhaus. Neuerwerb.

Herrnfeld. Die Original-Klabriaspertie.

Trianon. Die Briefstube.

Meines. Der Herr von Nr. 19.

Achtung! Hausarzt-Verein Bezirk „Neukölln“.

Sonnabend, den 21. September 1912:

Erstes Stiftungsfest

in den Gesamträumen von Ad. Bartsch, Hermannstraße 49.

Konzert — Gerhardt-Sänger — Verlosung — Tanz.

Kinder unter 6 Jahren kein Zutritt.

Aufang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.

Zirkus Busch

Heute, Sonnabend, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Eröffnungs-Vorstellung.

Erstes Wieder-

auftreten von

HOUDINI

nach Rückkehr von seiner letzten zweijährigen amerikanischen Tour. Das Meisterstück menschlichen Scharfsinns und körperlicher Gewandtheit. (Die Fesselung unter Wasser ist unter seinen Experimenten unerreicht u. ohne Konkurrenz.) — Die Zirkuskassen sind täglich von 10 Uhr vorm. ab ununterbrochen geöffnet; außerdem Vorverkauf bei A. Wertheim, Leipzigerstraße und Invalidendank, U. d. Linden.

„Clou“: Berliner :: Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Hente: Eröffnung!!!

Gastspiel des Udel-Quartett aus Wien. Leiter: Professor Udel.

Berliner Konzerthaus-Orchester. Dirigent: Frhr. v. Blon.

Musik: Kaiser-Alexander-Garde-Gren.-Regt.

Anf. 8 Uhr. Dirigent: Kgl. Musikdir. Brase. Anf. 8 Uhr.

Metropol-Theater

Heute präzise 1/8 Uhr:

Zum erstenmal:

Chauffeur

ins Metropol!!!

Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 12 Bildern von J. Freund. Musik v. Rud. Weigl. Länge etwa 1 1/2 Stunden. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schulz. Ranzen gefaltet.

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger.

Die Macht der Töne.

Abende v. Weigl.

Anfang

Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Urania

Taubenstraße 48/49.

Theater:

8 Uhr: Dr. Mühlstadt-Leipzig:

Auf's Wasser.

Das Programm der Hörsaal-

vorträge im IV. Quartal 1912 ist

erschienen und kostenlos erhältlich.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Großes Militär-

Doppelkonzert.

Heute:

Große Festbeleuchtung.

Eintritt 1 Mark.

Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater.

Abends 8-11 Uhr

Gastspiel der sieben Spätmacher

„Da tut sich was.“

Große Metrophodie-Revue

nach dem Englischen aus dem

Fransösischen ins Deutsche

übersetzt von Schmoles Feind.

Musik von Victor Lünburger, in

Szene gesetzt von Direktor

Ricardo Shultze.

Jean Pedro, Fratzi Maslavy,

Laatsch Messing, Papi Papi,

Kohn Erzbishop, Ludo Quetscher.

Pfeifen überall gestattet!

Residenz-

Lichtspiele.

Blumenstraße 10.

Ab heute:

Der Todessturz.

Gr. Zirkusdrama in 3 Akten

mit

Lissi

Nebuschka,

kais. russische Hofschau-

spielerin in St. Petersburg in

der Hauptrolle

und die weiteren

Novitäten.

Zirkus

A. Schumann

Heute Sonnabend, 21. Septbr.

abends 7 1/2 Uhr:

1. Grand Solo High Life

Champagnerschale

gesteuert v. Direktor Schumann

(Sohn des Direktors).

Der goldene Ritter,

ausgeführt v. Ernst Schumann

(Sohn des Direktors).

Mr. Hawkins

dressierte Hunde

Willy Manns

mit s. 2000 Pfund schweren

Schulpfeld.

Sonntag, den 22. Sept.:

2 gr. Vorstellungen

in beiden Vorstellungen un-

gekürztes Programm.

Voigt-Theater.

Gelehnstheater. Seilstr. 58.

Wochen Sonntag, 22. September:

Unser Doktor.

Vollständ. mit Gesang in 4 Akten

von L. Trepton.

Kasseneröffnung 10-2 und 6 Uhr.

Aufang 7 Uhr.

Passage-Panoptikum

Prinz

ATOM

Das kleinste mensch-

liche Lebewesen.

Das Wunder aller Wunder.

Lebend! Ohne Extra-Entree!

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:

Die Robitäten:

Der feuchte Joseph.

Der Reiback.

Der Einbrecher.

Casino-Theater

Reichthum Str. 17. Täglich 8 Uhr

Ein immerwährender

Der Großfürst.

Vorher ein aussergewöhnlicher Spezialität

entstehend, nur Künstler ersten Ranges.

Vorverkauf an der Theaterkasse von

11-2 Uhr.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit - Haus
Kottbuserstr. 67.
Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk
Si-Si
Berlin O. Kottb. 1

Arbeiter-Bekleidung
F. Falk!
Hamburger Laden, Charl., Wallstr. 6

Biottner's Großbäckerei
Geschäfte in
Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Brotdruckerei
Brotfabrik
Buehl & Sohn, Spandau.

Engel's Landbrot
Brotfabrik
Adlershofer Bäckerei, E. Engel

Wibb, Engel
Brotfabrik
Verkauf in Milchgeschäften

Oskar Hanke's Brotbäckerei
73 Geschäfte
in allen Stadtteilen

Landbrot-Großbäckerei
O. Senf, N. H. H. H. H. H.

Lichtenberger Brotfabrik
Brotfabrik
Brotfabrik

Bäckerei Nordstern
Brotfabrik
Brotfabrik

Rich. d. Henke
Brotfabrik
Brotfabrik

Rich. Schenk
Brotfabrik
Brotfabrik

Volksbrot E. G. m. B. H.
Brotfabrik
Brotfabrik

Heinrich Witter
Brotfabrik
Brotfabrik

Bad Bürgerbad
Brotfabrik
Brotfabrik

Central-Bad
Brotfabrik
Brotfabrik

Erstes Lotharinn-Bad
Brotfabrik
Brotfabrik

Erscheint 2 mal wöchentlich

Kaiser-Friedrich-Bad, Charl. A. M.
National-Bad, Brunnenstr. 7.
Bad Ostend

Passage-Bad
Kottbuser Damm 75.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Kuranstalt M. Schulz
Eldersstr. 71.
langjähr. I. Assistent d. ehemal.
weiblich. Jakob-Hollnstein

Römer-Bad
Bochusgen-Ramb.
Bochusgenstr. 4.
Silesia
Schönebergstr. 31.

Viktoria-Bad
Kottbuser Damm 75.
Friedrich-Wilhelm-Bad
Chausseestr. 37.

Band gen. Gummif.
R. Hauke, Stralauer Str. 54.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.

Reiche, A.
Beydelstraße 15.
Lief. aller Kassen

Berufsbekleidung
M. Bortman, Norden, N. 17.
Keller, Otto, Gerichteplatz 55.

Bettfedern u. Betten
G. Hebebrand, Karl. H. H. H. H. H.

W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brauerei, Potsdam, Eig. Niederl.
Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15

Brauerei Königstadt
feinstes Qualitätsbier.
Brauerei Pfefferberg

Deutsche Bierbrauerei A. G.
Berlin-Fischelndorf

Groterjans
Malzbier, Schick-Allee 119, T. H. 1003.

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.
F. W. Hiltsebein A. G.

Goldbier
ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein

Roland Schade
Flaschenbierverwand
G. m. b. H.

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbier

Blumen und Kränze
Oskar Albertus, Müllerstr. 21.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann
20 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck
Geschäfte
Dresdenerstr. 37, Hiltcherstr. 11

Buntrock, W.
Neukölln
Boddinstraße 7.

Drei Kronen
Fried. Gieseke, 7 Filialen.

Gebrüder Grob
40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holtz
13 Detail-
Geschäfte

Kosmalla, E.
4 Geschäfte
Paal Linder, Streifenstr. 65.

Gebrüder Manns
45 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R.
Verkaufsstellen
Scholz, Arth. Müll. Hermannstr. 55

Uhlly & Woliram
48
Pommersche Verkaufsstellen.

Georg Wunder
Fruchtstr. 70.
Ecke Wilmersdorferstr.

Cacao, Chocolate
Cyliax, G.
Filialen 1411
in 21 Städten

Die Fabrikate der
Sarotti
Chokoladen u. Cacao-Industrie-
Aktiengesellschaft

Seiffert, Erich,
und Vororten
Andreasstr. 36

Stolwerck
Gold Silber Kupfer
Schokolade - Kakao

Fördern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen
Fr. Behrend, N. O. Frankfurter-Allee 77.

Klein, With.
Oberbaum 11.
A. Knustmann, Neuenstr. 47

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann
Oranienstr.
180
Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, O. Müggelstr. 8.
Artelt, Karl, Müll. Reuterstr. 42

Boeker, C. Littenauerstr. 10.
Gustav Berg, Weidenweg 80.

Central-Drogerie, Stralauerstr. 12.
A. Diepold, Tauroggenstr. 12.

Ebert, Max
Kopernikusstr. 17.
Warschauerstr. 21.

Knesebeck-Drog.
Hermannstr. 115.
Königsberger-Drogerie, Berlinerstr. 1

Prinzenstr. 103
Alfred Hoffmann
Franz Schönbeck, Oranienstr. 28

Alten u. Stahlw. Waff.
Aln. O. Müll. Kaiser-Friedrichstr. 4

Brenneke, C.
Wrangelestr. 50.
G. Bronneke, Schick-Allee 154.

G. Brucklacher
Oranien-
str. 43.

C. Müller
Haus u. Kichengerie
R. H. Müller, Neukölln, Hiltcherstr. 42

H. Rockstroh
Görlitzstr. 172.
Kunststr. 103

Georg Reiner
Schillerstr. 126.
R. H. Müller, N. O. Frankfurter-Allee 77

C. Schröder
Oranienstr. 109.
Max Schubring
Wattstr. 34

Herm. Warschade
Müller-
str. 29.
Wesch, Charlitz, Köpenickerstr. 21.

Arthur Weigel
Allee 155.
Alex Weimar
Baichenbergerstr. 109

Fahrräd., Nähmasch.
Baum, Emil, Schöneberg, Herberstr. 1

Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönehauser Str. 11.

Fleischhandlungen

G. Kulliek, Färb., Wäscherei
F. L. G. Kulliek, Färb., Wäscherei
F. L. G. Kulliek, Färb., Wäscherei

C. Dittmann
Neukölln
Berliner Str. 42.

Köhler
Wild u. Geflügel.
Annauerstr. 42

Winkler & Barthold
Karl. Müll. Reuterstr. 42

Fleischer u. Wurstw.
Jul. Amandowitz
Glasgower-
Str. 5.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik.
Speck- u. Schinkenfabrik.

Danziger Fleisch-Centrale
Danziger Straße 14.

Rich. Deckert
Wasserstr.
33.

Arno Fischer
Größelstr. 6.
Fabrik feiner Wurst u. Fleischw.

Fleisch- u. Wurst-Centrale
Frankfurter-Allee 132

C. Gerlach
Wartenstr. 70.
H. Gerlach, Sprengelstr. 17

Otto Grube
Neue
Hochstr. 37.

Gusinde, Rich.
Fleisch u. Aufschneid.
Centr., Wilmersdorferstr. 126

Albert Jähner
Köpenicker-
str. 5.

Janik, C.
Friedrichstr. 115.
F. Janik, Köpenickerstr. 5

B. Immitz
Mantelstr. 102.
Heinz Jochmann, Zietenstr. 43

Jul. Kempe
Boysenstraße 5
II, 5906.

Bruno Keller
Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17

Unterstehende Geschäfte

Otto Schreiber
Königsbergerstr. 1.
E. Schauer, Huttenstr. 70.

Max Schubert
Stargarder-
str. 58.

Thaleiser
Invalidenstr. 153.
Ecke Ackerstr.

Fr. Thiel
Frankfurter-Chaussee 63

Karl Unte
Nannynstraße 17

G. Vettin
Grüner Weg
57 - 87

Josef Weber, Baumstr. 21.
Weiß, Georg, Hiltcherstr. 42

Wiedmanns Wunke
Weißensee-
Berliner Allee 2521.

Glas u. Porzellan
O. Krüger, Weidenbergerstr. 73.

Oberländer
Wilmersdorferstr. 19.

Grammoph., Sprechm.
W. Becker, G. H. Wilmersdorferstr. 117

Hoyer, A.
Neukölln
Bergstr. 103 L.

Berliner Zapf-Zentrale
Inh. Rich. Müller

Haus- u. Kichengerie
Gompowski
Friedrichstr. 121.

Herren-Artikel
Andreasstr. 37.
K. H. Beck, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 19.

Magazin England
Karl. Müll. Reuterstr. 42.

Herren- u. Knaben-Mod.
J. Baer
Besser, Julius, Müll. Bergstr. 19

Herren-Moden-Vertrieb
zum Selbstkostenpreis + 10%
Charlottenburger-Wilhelmsplatz

Berl. Hut-Centrale

Hut-Engr.-Lager, Beck. Gärtenstr. 31.
Huthaus Monopol
A. Lemaitre, Wilmersdorferstr. 131.

Reick, Em.
Große Frankfurter-
Dammstr. 135

Vereinigte Hutcompagnie
Farnstr. 41.
Große Frankfurter-
Dammstr. 135

Urgast-Rüte
Markgrafendamm 1
Ab-Boxhagen 24

Vester, E.
Kottbuser-
Damm 1319.

Zum Hutwinkel
S. Kohls, Chausseestr. 25.

Kaffee-Spezialgesch.
Oskar Krösche
Schönehauser
Allee 70 d.

Rauers Mischungen
werk. Javan. Kaffeebohnen
Nur C. H. Neue-Schönehauserstr. 3

Kaffee-Surrogate
Otto Geetz, Köpenickerstr. 167

Kaufhäuser
Z. Alexander & Co., Badstr. 55.

Hermann Bernhard
Hermann-
Platz 3.

C. Kurtzahn
Ob. Schönhauser-
Damm 1319.

Aff. Nirschner
Grünwaldstr. 75.
Ecke Ackerstr.

H. Weiß & Co., Friedrichshagen.

Kohlmann, Koka, Briketts
Ferd. Gräning
Jungstr. 11. Teleph. VII 3234

J. Mannheim.
Filialen
im Osten.

W. Pieper
Hoch-
meißelstr. 12.

Kolonialwaren
Abend, E., Rummig, Bismarckstr. 4.

Reik
Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen.

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 Pfg.
überall zu haben

Lips, Chamissoplatz 8
Horn, Loew, Tegel, Berlinerstr. 13.

Karl Mercier, Huttenstr. 3
Michaelis, Paul
Nord-Berlin.

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Willy Knobe
Friedrichstr. 115.

Goetseh, Ernst
Dolziger-
Str. 14.

Hohenkamp & Neumann
Hohenkamp-
str. 18.

Heinrich, R.
Bergstr. 144.

Kakao-Würfel
„Sarotti“
5 P

<p>Korbwar., Kinderwar., Metzners Füllale Boulevardstr. 67.</p> <p>Krankbedarfsartikel. Fischer, Wilh., N. S. Wismarstr. 114 Lange, A. E., Brunnenstr. 167.</p> <p>Lederwaren Aspermeier, Hermannstr. 106, Wilmersd. Grimmer, Bergstr. 106 Wilmersd.</p> <p>Hermann Callies Nachfig., Gr. Frankf.-Str. 195.</p> <p>Carl Fessel Eyes, Tuch, Nappes, Porzellanwaren. H. Gensch, Kammelsberg, Schillerstr. 11.</p> <p>Wilh. Langner Rixdorf, Bergstr. 17. Wilmersd.</p> <p>Koffer-Schulze Karlstr. 123</p> <p>Richard Kurtzke Kottbusser-Damm 8.</p> <p>Otto Pahnitz Wienerstr. 14</p> <p>Taschen-Müller Eig. Werkst. f. Haus Kolonnenstr. 64. Rob. Voigt, Baumstr. 87, Big. Fahr.</p> <p>Lehranstalten Zuschneide-Schule des Deutschen Zuschneider-Vereins, e. V., BERLIN, Mauerstr. 88 89, T. 13401. Wiener Zuschneide-Lehranstalt Friedrich-Str. 15.</p> <p>J. Kumpan Friedrichstr. 65a, Ecke Mohrenstr.</p> <p>Zuschneide-Akademie A. Gorski, Alte Jakobstr. 45.</p> <p>Strahlendorffs Handels-Akademie. Beuthstr. 10 u. 11, I., III., IIII. Etage Größtes Institut Berlins Ausführl. Lehrpläne umsonst.</p> <p>Manufakturwaren Grünberg Nachf. M. Fetersb.-Str. 59 Schöneberg, Modewarenh.</p> <p>Linoleum u. Wacht. Häntsch Weissenhof, Berliner-Allee 228, Tapeten.</p> <p>Möbelhandlungen W. Bachmann, Charl., Schriepstr. 15. Muskaenerstr. 44.</p> <p>Bethke, Georg, Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr.-Str. 14 Weserstr. 139, Friedelstr. 23 Treptow, Grütz-Str. 64.</p> <p>Bordasch, G. Nils, Kais.-Frd.-Str. 29 C. Basse, Reinickendorferstr. 29. Jul. Conrad, Rheingartenstr. 44. Bernhard Danne, Kastanienstr. 54-51. C. E. Fink, N. Frankstr. 92. Hilff, Herm. Wilm., Hermannstr. 127.</p> <p>Prese, Ernst Geschäfte im SO.</p> <p>Gaage, Otto Charlottenburg.</p> <p>Paul Gaage, Spandau.</p>	<p>Jos. Hauke Mehl- u. Kolonialw. Bergmannstr. 93. Heerma, H. Nils, Hermannstr. 172. Hermannstr. 95/90, Bergstr. 144, Kais.-Friedr.-Str. 144</p> <p>Heinrich R. Karl Hahn, Schererstr. 9. Wrangel-Str. 117.</p> <p>Korn, Hugo Iersildstr. 125, T. A. Nord 8263 vis-à-vis Silesia Hauptbahnhof</p> <p>A. Kobbelt B. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 103 Potsdamerstr. 15, Stralauer-Allee 18 Lüdtke, H., Fruchtstr. 47. Gua-Meyer, Reich-Str. 19, Wilm.-Str. 1. C. Neugebauer, Ober-Schöne weide Carmen-Str.</p> <p>Nietsch & Rabsahl Silvastr. 153 Otto Nowack Nachf. Spandau. F. Pflaumacher, Colonnenstr. 48. Grellwälderstr. 11, Jul. Penner vis-à-vis Lippelnerstr. Mannstr. 17. P. Rentner Steinmetzstr. 27 Marianenstr. 14. Schleinitz, A. Markh. Marktheidestr. Reichenbergerstr. 38 Schneider, Emil Reich-bergerstr. 38 Walter Seidel, Bousselstr. 26. Thiele, Nachf., Prinzenstr. 10. H. Wendler, Reinickendorferstr. 64 B. Zyczyński, Neuköllnerstr. 59</p> <p>Möbelmagazine Gustav Böse Tischlermstr., Lessing- Ufer 22, am Oranienplatz. Berliner Norden, Ackerstr. 120, a. Möbelhalle, Invalidenstr. 118. Daehne, F., Rl., Neue Jonasstr. 36. A. Dohmann, Stromstr. 44.</p> <p>Wilh. Gabbert, Brunnen-Str. 162.</p> <p>Gepfert, Paul, Zossenstr. 22. Gericke, Fritz, Müllerstr. 145. Alexand- erstr. 42.</p> <p>H. Gebert, Möbel-Fabrik. Barbarossa- Str. 6.</p> <p>O. Hacke, Wilhelmshavenstr. 20. Schönhauser- Allee 42.</p> <p>Wilh. Hamann Stallschreiberstr. 57. Bar- und Teilzahlung. Verkauf f. Fabrikgeb.</p> <p>Hopp, Jul., Brunnenstr. 133. König, A., Nklm., Berlinerstr. 102. Neukölln.</p> <p>Herm. Kogel Hermannstr. 12.</p> <p>Küchenmöbel Berliner Küchenschrank-Fabrik Neue Königstr. 31-32, T. VII 4740</p> <p>Lüdtke, Damm Kottbusser Damm Schwedter-Str. 29 s. d. Kast. Allee.</p> <p>L. Lazarus, Petersburger Str. 62.</p> <p>Misch Siegmund Bred.-Str. 19 südlich</p> <p>Möbel-Gelegenheit Anklam, Charlottb., Wallstr. 29. Möbel Karan Waldemarstr. 125/84. Hugo Moh, W. 57, Potsdamerstr. 32e.</p>	<p>Möbelhaus Kastanienallee 40. Fabrikgeb. geg. 1884. Teilzahlungen gestattet. Lüdtke, R., Nklm., Bergstr. 4. F. Neumann, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 100-1</p> <p>Rebsch, E., Spandau. Emil Ruffler Tischler-Innungsmeister Prinzenstr. 34</p> <p>C. Heiber Nachf., Veteraneustr. 21. Möbelfabrik Gartenstr. 52.</p> <p>Schmidt, Otto Gneisenaustr. 18</p> <p>Siebeky, W. s. d. Tischl.-Typ.-Werk- A. Schuster 69, Schöne weide, Edisonstr. 33 Schwanke, Rixd., Hermannstr. 229</p> <p>Steinemann, Waldemarstr. 73 Ecke Mantelhofstr.</p> <p>Herm. Wendland Reinickend.- Königstr. 114.</p> <p>Möbel-Transport P. Enders, Lessingstr. 1, T. 1171 41 25. Robert Frenzel, Gipsikerstr. 102. Krüger, Reichstr. 8, 19, Tel. Nkl. 5397 Ritterstr. 96, IV., 4195 J. Lange, Billigste Preisberechnung Paul Schur, G. m. b. H., Dickensstr. 89</p> <p>Molkereien Molkerei „Nord-West“ Brennerstr. 50 Milkuranstalt am Viktoriapark Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070</p> <p>Kinder- und Kurlmilch Meik. Strehl, Neukölln, Silesia- Trennstr. 119, Silesia- G. Gollsch, Falkenstr. 25, E. Kammerstr.</p> <p>Milch Schmidt Neukölln Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96 J. Reich, Birkenstr. 33, Zwiggstr. 33</p> <p>„Schweizerhof“ Meierei und Molkereianstalt Emdener Str. 46, u. Tel. II 256.</p> <p>Muskalien Niemeyer, Stralauer-Königsplatz 74 Scholze, Frankfurter-Allee 73 b Scholz, Frankf.-Chaussee 115.</p> <p>Musikinstrumente Kirst, Rich., Brunnenstr. 45. Piato & Co., Köpenickerstr. 105/6. Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181 Lorbeer, Müllerstr. 14.</p> <p>Musik-Haus Menzenhauer Größtes Spezialgeschäft der Branche, Spittelmarkt 14a.</p> <p>Reetz, Spandau, Havelstr. 21. Schnöcke, Otto, Nklm., Silesiastr. 115</p> <p>Nähmaschinen Bellmann, E., Waschmach. Charlottenburg, Spandauerstr. 3 alle Systeme ohne Anzahlung.</p> <p>Ferra Hermannstr. 177, Kottbusser Damm 23. bestes deutsches Fabrikat</p> <p>Pfaff Steinhäuser, Spandau.</p>	<p>Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen. Lilauer, Vertr. Wilke, Nklm., Berlinerstr. 84 Hermannstr. 54/59.</p> <p>F. W. Büttner, nur Mantelhof- Straße 109.</p> <p>Atrana-Nähmaschinen G. J. Büttner, Andreastr. 79, Petersburger- str. 87, Spandau, Schönwalderstr. 19.</p> <p>Optiker Bardorf, Moabit, Turmstr. 74. Dase, Paul, N. Müllerstr. 174. Groß, Paul, Warschauerstr. 82. Hasler, Gollnowstr. 18, Kasernen- Schubert, Carl, Nklm., Bergstr. 148 Wienstr. Spandau, Potsdamerstr. 19.</p> <p>Papier- u. Schreibw. O. Prochnow, Nklm., Hermannstr. 59 Seldler, Louis, Nklm., Bergstr. 42.</p> <p>Pfandleihen Rixd. Pfandleihe Neukölln 58 Spezialbörse für den Verkauf, Hochhaus- Brennstr. 10, am Oranienplatz, Schöneberg, etc.</p> <p>E. Kron, Köpenickerstr. 85a, I. Langer, W. 57, Silesiastr. 119, Silesia- Schmidt, Fennstr. 3 E. Senftleben, Kottb.-Damm 28 I.</p> <p>Photogr. Apparate M. Albracht SO. Kottbusserstr. 3 süd. Golegatski klatz.</p> <p>Hugo Schultz Müllerstr. 168 a Nig. Artikel 67, Gelegenheitskäufe Zaromba, Weinbergsweg 1, T. Nkl. 1022</p> <p>Putz- u. Modewaren M. Haase Nklm., Bergstr. 1 Putzgeschäft</p> <p>Bertha Mierzwa Frankfurter Allee 63</p> <p>Peters Spezialhaus für Damenhüte Silesiastr. 119, Silesia- Lief. d. Konsumgenossenschaft.</p> <p>Puppen P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179</p> <p>Restorhandlungen Luisen-Fotel, Großwälderstr. 197. Carl Joch, NO, Falgadenstr. 129. Pauline Preisling, Reinickendorferstr. 151.</p> <p>Schuhwaren, Schuhm. Ernst Adam, Friedrichshagen. Anhalt, E., Andreasstr. 13. Baumgart, H., Mantelhofstr. 28. Damaschke, Invalidenstr. 144. J. Denzig Nachf., Chausseestr. 26 Ebers, Anhaltstr. 4, Lindenstr. 112. Engel, W., Reinickendorferstr. 95 Osk. Engler, Silesiastr. 62. Osw. Fabian, Köpenick, Kleiserstr. 1. F. Floer, Friedr., Sparr-Str. 17. Formanowicz, Yorkstr. 53 (10^{te} Etg.) D. Ganz, Nklm., Hermannstr. 1981</p>	<p>Tipp-Topp Leser d. Ztg. 5% Rabatt Ostermann, Golz-Str. 41.</p> <p>Otto Grätzsch, Chausseestr. 124/67. Goldmann, Spandau, Schönwalderstr. 84. R. Hagemann, Kastanien-Allee 45/8. Heinrich Johann, Petersb.-Str. 36. H. Jetzlaff, Badstr. 54.</p> <p>Rich. Kuhn Frankf. Allee 80 I. Elbst Schick, Allee 80 I. Elbst Verkauf s. Expresspreis Laserl. Zeitungs- u. Rabatt</p> <p>CK-Kleid Bergstr. 92. Hermannstr. 164</p> <p>Herm. Körner, Köpenick. Paul Lehmann, Friedrichshagen. Ernst Müller, Teichwegstr. 59. Nehring, Charl., Kais.-Allee 20 C. Neumann, Falkensteinstr. 37. Petersohn, Osk., Müllerstr. 158. Plummann, Jagowstr. 20, 25. Schmidt, Gebr., Fennstr. 30.</p> <p>Schuhwarenhaus des Westens York- Kottbusser Damm 11a</p> <p>Schuhwarenhaus Frig Schlotz, Moabit, Waldstr. 34. Schwenzler, Turmstr. 48. Alb. Seeger, W. W., Lortzingstr. 6 Sommer, Wilh., N. Silesia-Allee 55 A. Trettle, Friedrichshagen, Friederichstr. 23. Witt, Spand., Neuendorferstr. 99.</p> <p>Schirm u. Stöcke Girod, F., Spandau, Potsd. Str. 19. Hermann, Lybenerstr. 5, Big. Fabrikstr. Jehliche, Nklm., Kais. Friedr.-Str. 18 K. Lerche, Schöneberg, Kolonnenstr. 62 A. Riecke, Badstr. 11, Berge billigst Herm. Rosenk., W. Hauptstr. 4 G. Schlessner, Warschauerstr. 88.</p> <p>Selben Heidke, Paul, Burpsdorfstr. 13.</p> <p>Teppiche u. Gardinen Gardinen, Bernhard Schwarz Berlin, Wallstr. 13 (dreizehn).</p> <p>J. A. Schulz Weinberg- Weg 10 I.</p> <p>Trauer-Magazin Westmann Mohrenstr. 27a, Gr. Frkf. Str. 115.</p> <p>Uhren u. Goldwaren Oscar Aldag, Charl., Krummstr. 29. J. Behrendt, Wrangelstr. 82. Otto Bickel, Charlottenburg 2. Kantstr. 144.</p> <p>Gustav Schoder Fabrik moderner Goldw. u. Uhren Hauptgesch. 542, Oranienstr. 155/54 I. Filiale W. 80, Lützowstr. 80. II. „Schöneberg, Hauptstr. 142 Otto Brauer, Müllerstr. 164.</p> <p>Charlottenburg Spandauerstr. 32 E. L. Blich, fr. Treck</p> <p>Max Eisermann, Charl., Schriepstr. 16. Briggemann, Reinickendorferstr. 95. Bürger, Jul., Müllerstr. 6. Brunnenstr. 173/177.</p> <p>Max Busse W. Elsoit, Charl., Wilmersdorferstr. 111. Ellinghausen, Gebr., Grinzweg 42. Fenske, S., Kottbusserdamm 96</p>	<p>P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 3 Charlottenburg Berlinerstr. 124.</p> <p>J. Gebhardt George, Adolph, Badstr. 65. Ernst Gräber, Brunnenstr. 78. Bismarckstr. 57, Lief. 4</p> <p>M. Graupner Kunze-Str., Berlin H. Kammler, Charl., Krummstr. 2. Brunnenstr.</p> <p>M. Mariel 118. Kalebusch, W., Frft. Chaussee 61 Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40. Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.</p> <p>Lüders, H. Schöneberg, Kolonnenstr. 12</p> <p>Nollig, R., Simon-Dachstr. 13. Brunnenstr. 112.</p> <p>Rudolf Plunz, Brunnenstr. 81 Kottbusserstr. 1a.</p> <p>Emil Quade Schöneberg, Hauptstr. 148.</p> <p>G. Scharnow, Oranienstr. 45. Carl Schlewinsky, Köpenickstr. 4. Reichen- bergerstr. 143</p> <p>Willy Schmidt, Friedl. Linderstr. 13. Schöneberg, Hauptstr. 155.</p> <p>Gustav Scholz Hauptstr. 155. Schönemann, G. Nklm., Berl.-Str. 73. F. Schönwig, Berl. O., Gollnowstr. 27 W. Schulz, Köpenick, Neue Silesiastr. 33 Schumacher, O., Fegel, Berl.-Str. 55a. Schulz, Osw., Frankf. Allee 24. Max Storch, Eilbingerstr. 100. M. Tomochina Nachf., Brückenstr. 14. Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32. A. Trenner, Wilhelmstr., Lützowstr. 12. Truxa, W., Frankf. Allee 189.</p> <p>Uhren-Klinik, Brunsen- E. Brunsenstr. 27 Neukölln, Havelstr. 44.</p> <p>Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.</p> <p>Vericherungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung - Selbst- Sterbekassenversicherung - str. 33</p> <p>„Friedrich Wilhelm“ Berlin W8, Behrenstr. 55-61 Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterver- sicherung mit u. ohne Erbz. Untersuchung Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge</p> <p>Iduna zu Halle a. S. Berlin, Charlottenstr. 82 Volks- und Lebensversicherung</p> <p>Warenhäuser Warenhaus M. Hirsch Spandau Wilh. Herm. Lesser Kolonnenstr. 54, Schöneberg, Kolonnenstr. 14 Bei jedem Einkauf Rabatt.</p> <p>Weine, Liköre u. Fruchtsäfte Hugo Belling 60 Filialen in allen Stadtteilen. Elle m. Wely e. Lief. f. Gerichte, 16 Brunnenstr. 18 und Filialen. Esselstr. 1, Big. Frkf. Bettinger, E., Wald-Ecke, Wilmersd.</p>	<p>Groß- „Zur Sonne“, P. Freudenberg Horn, Silesia, Hermannstr. 121. Großdistributions Oranienstr. 207</p> <p>Waschmittel Verlangen Sie „Edelweiß“ Krone aller Waschmittel.</p> <p>Weiß-, Wollw., Trikot. Anlecher, Gust., Chorinerstr. 76. H. Bartz, Schönhauser Allee 107. Bradow Otto, Nklm., Hermannstr. 54 Kottbusser- Damm 5.</p> <p>M. Gardels Beusselstraße 75 Zauggenerstr. 10</p> <p>Georgi, Ernst Kraut- Str. 51a.</p> <p>Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6 Hoppe, E., Scharnweberstr. 52. Lortzingstr. 9. Dunkerstr. 1. Kastrin-P.L.L. Lietke, Berlin.</p> <p>Jonas, Hermann Neukölln</p> <p>Juncker, H. Hermannstr. 172. Carl Kleins, Hirschstr. 16, N. O. 18. Robert Kuitsche, Gubenstr. 14. A. Kaesler, Capriestr. 8.</p> <p>Ch. Loewy Kilg. Bergstr. 52/53 vis-à-vis der Kirche.</p> <p>Meyer, Hermann 12, (A. Q. K. K. K.) Nachmann, Müllerstr. 131a, Kops.-Lief. Fr. Ollwetski, Alte Jakobstr. 137. Havelstr. 137.</p> <p>Schaefer, s. d. 21.</p> <p>Schram, Lina, Mirbachstr. 31. Otto Seelisch, Kochanstr. 8. Hermann Meyer, Sebelstr. 31, 31. Stein Reinickend. W. Scharnweberstr. 115</p> <p>Ad. Schäfer Nachf. SO. Admiraletstr. 4. Schneider, Weberstr. 61. Hilse, Bethelstr. 13 Wische, Bettfedern- Thurau, O., Charlbg., Cauerstr. 14 L. Vierarm, Zionskirchstr. 34. E. Voigt, Reinickend., Amelstr. 191. Urbanstr.</p> <p>Albert Vogt — 21. —</p> <p>Wild u. Geflügel Prima Legehühner sowie Bettfedern Geflügel-Importhaus Neukölln, Kneeseckstr. 106.</p> <p>C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 44.</p> <p>P. Hildebrandt Brunnen- Str. 122. Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19 Zastrow, Lützowstr. 147, Fische.</p> <p>Zahn-Atelier E. Bode, Schönhauser Allee 63, L. Hollbruch, Horn, Frankf. 5, geg. 1871 Herold, H., Classenstr. 97, a. Beerenstr. 71 Jordan, Alfr., Fennstr. 81, geg. 1883. Körber, O., Mariesenstr. 41, geg. 1883. H. Lindeke, Warschauerstr. 60. M. Rasenka, Birkenstr. 22. Muskaenerstr. 16 Witte, Max Ecke Kastanienstr.</p>
--	--	--	--	--	---	--

C. Wachsmann & Co.

Reinickendorfer Straße 15
neben der Feuerwache, vis-à-vis Bahnhof Wedding. Aufgang Ravenstraße.

Möbel = Kredit

Für Brautleute

Ganze Wohnungseinrichtungen

vom einfachsten bis zum feinsten Genre in allen Preislagen.

Zum Umzuge

Stilgerechte Salons, moderne Herren-, Speise-,
Wohn- und Schlafzimmer.

Einzelne Möbel-Ersatzstücke, Farbige Küchen,

Polstersachen, Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Stepp- u. Tischdecken
usw. usw.

Waren = Kredit

Garderobe für Herren

Paletots, Ulster, Sakko
und Gehrock-Anzüge
modern und schik
zu soliden Preisen

Garderobe für Damen

Kostüme, Paletots,
Röcke, Blusen, Ulster
streng modern
zu soliden Preisen

Einsegnungsstaat

für Knaben und Mädchen.

Schuhwaren.

Jedermann erhält Kredit!

Geringe Anzahlung! Bequeme Teilzahlung!

Möbel auf Kredit

Sie erhalten bei uns:

<p>Stube und Küche 2 Stuben u. Küche</p> <p>und swart</p> <p>2 Bettstellen 1 Kleiderschrank 1 Spiegel 1 Spiegelspind 1 Tisch, 2 Stühle 1 Küchenschrank 1 Küchentisch 1 Küchentuhl 1 Küchenrahmen</p> <p>15 M.</p> <p>Anzahlung an</p> <p>Wochenrate 1.50 M. an</p>	<p>Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer</p> <p>in jeder gewünschten Art</p> <p>von 40 Mark</p> <p>Anzahlung an</p>
--	---

Gebr. Lieber, Alexanderstr. 16

vis-à-vis der Holzmarktstrasse, direkt a. d. Bahnhof Jannowitzbrücke.

Bitte genau auf blaue Riesenschilde zu achten! Sonst von 8-10 geöffnet.

Ausschnelden! Mitbringen! Wert 5 Mark.

MÖBEL-BEISER

<p>Lothringer Straße 67</p> <p>Auf Teilzahlung liefern</p> <p>1 Stube und Küche:</p> <p>2 Bettstellen 2 Matratzen 1 Kleiderschrank 1 Spiegel 1 Spiegelspind 1 Tisch, 2 Stühle 1 Küchenschrank 1 Küchentisch 1 Küchenrahmen 3 Küchenstühle</p> <p>25 Mark Anzahl.</p> <p>pro Woche 1.50 Mark</p> <p>Alles in großer Auswahl zu anerkannt billigen Preisen.</p>	<p>Ecke Gormann-Straße</p> <p>2 Stuben und Küche</p> <p>in Nußbaum, mod. Ausführung:</p> <p>1 Kleiderschrank 1 Vertiko 2 engl. Bettstellen 2 Matratzen 1 Waschtollette mit Anschraubspiegel 1 Nachtschrank 1 Trumeau 1 Plüschsofa 1 gr. Ausziehtisch 4 Stühle 1 farbige Küche</p> <p>45 Mark Anzahl.</p> <p>pro Woche 2-3 Mark</p> <p>pro Woche 3-4 Mark</p>
---	--

Modernes Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer

Einzelne Möbelstücke Anzahlung 3 Mark an, wöchentlich 1 Mark.

Lieferung auch nach auswärts. Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

Sonntag, den 22. September, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung.

Partei-Angelegenheiten.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die auf Sonntag, den 22. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, in den Kontordia-Sälen festgesetzte öffentliche Versammlung für polnische Arbeiter und Angestellte findet umständehalber nicht statt.

Der Aktionsausschuß.

Dritter Wahlkreis. 7. Abteilung. Für die Bezirke 282, 282a, 283, 285 und 287 findet morgen die Flugblattverbreitung von Genoit, Ludauer Str. 6, statt. Nach der Verbreitung Ausflug nach Hohen-Neuendorf.

Kreis Niederbarnim.

Das Flugblatt zu den Frauenversammlungen im Kreise Niederbarnim wird am Sonntag, den 22. September, nur in Franz-Buchholz, Reinickendorf-West und Weihensee von den Bezirkslokalen aus verbreitet.

Da in den übrigen Orten des Kreises die Frauenversammlungen erst im Oktober tagen, wird der Termin der Flugblattverbreitung an dieser Stelle noch näher bekannt gegeben.

Charlottenburg. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Der Frauen-Abend am Montag fällt aus.

Wilmerdorf-Halensee. Sonntag, vormittag von 8 Uhr an, von folgenden Lokalen aus Flugblattverbreitung: Biche, Halensee, Paulsenborner Str. 25; Adam, Pfalsburgerstr. 27; Selke, Brandenburgische Str. 69; Fischer, Durlacher Str. 8; Bauer, Kadener Str. 27; Greif, Kaiserallee 209; Schilling, Lauenburger Str. 20; Potzsch, Pareyer Str. 2.

Friedenau. Am Sonntag, den 22. September, früh von 8 Uhr an, von den Bezirkslokalen aus: Flugblattverbreitung.

Steglitz. Am kommenden Sonntag, den 22. d. Mts., vormittags 8 Uhr, von allen Bezirken aus: Flugblattverbreitung.

Witzsch. Morgen Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Petershagen-Friedrichsdorf. Am Sonntag, den 22. September, nachmittags 6 Uhr, im Lokal von Kunich, Petershagen, Hennendorfer Straße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Reorganisation des Parteistatus. 2. Aussprache. Anschließend: Gesellschaftliches Beisammensein.

Friedrichsfelde. Genossen, die sich am Sonntag, den 22. d. M., an der Versammlung bei Schneider in Ahrensfelde beteiligen wollen, treffen sich nachmittags 2 Uhr beim Genossen Baum.

Dehrendorf bei Jossen. Die übliche Monatsversammlung am Sonnabend, den 21. Sept., fällt aus und findet am Sonnabend, den 28. Sept., abends 8 Uhr bei Wiese statt.

Niederlehme. Heute Sonnabend, den 21. d. Mts.: Außerordentliche Mitgliederversammlung, in der wichtige Beschlüsse zu fassen sind. Sonntag, den 22. September: Familienausflug aller Vereine Niederlehmes nach Ziegenhals zu Kay Wörtschel. Abmarsch 8 Uhr von Emil Garisch.

Reinickendorf-West. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus zu dem am Dienstag, den 24. Sept., in Seyers Festhallen (Hartmanns Brauerei) stattfindenden Protestversammlung. Der Lesabend fällt aus.

Legel. Zur Denkmalserrichtung für den erschossenen Genossen Herrmann in Hohen-Neuendorf am Sonntag, den 22. September, treffen sich die Parteigenossen um 1 Uhr mittags am Bahndockplatz.

Vorsigwalde-Wittenau. Am Sonntag, den 22. September, nachmittags 1 Uhr treffen sich die Vorsigwalder Genossen und Genossinnen im Lokale von W. Schulze, Schuberstraße. Die von Wittenau bei Wittchow zum Abmarsch nach Hohen-Neuendorf. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Kommunale Steuerverhältnisse und Teuerungsfragen

Behandelt die anlässlich des Parteitages besonders umfangreich gestaltete Nummer der „Kommunalen Praxis“. Soweit die Teuerung in Betracht kommt, hat die Redaktion sich bemüht, außer der Darstellung der Ursachen der Teuerung Material über die Maßnahmen der einzelnen Gemeinden auf diesem Gebiete zusammenzustellen und zu zeigen, welche Mittel den Gemeinden zu Gebote stehen, um helfend eingreifen zu können.

Eine außerordentlich wertvolle Arbeit ist in der Darstellung der Finanz- und Steuerverhältnisse von 594 deutschen Gemeinden enthalten, eine Arbeit, wie sie bisher in diesem Umfang kaum irgendwo anders zu finden sein dürfte. Unseren Genossen in den Gemeinden und Parlamenten bietet das Heft wertvolles Material in ihrem Bestreben, der Arbeiterchaft zu nützen. Die Anschaffung kann nur aufs wärmste empfohlen werden. Der Einzelpreis dieser Nummer beträgt 1 M. Den Abonnenten wird das Heft ohne Preisaufschlag geliefert. Bestellungen durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

Die „patriotische Pflicht“ der Beamten.

Die Berliner Eisenbahndirektion hat in bezug auf die am 30. d. M. stattfindende Landtagswahl im ersten Berliner Kreise eine Verfügung an die Beamten und Angestellten ergehen lassen, in der es heißt:

„Es ist die patriotische Pflicht aller staats-treuen Bürger, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Insbesondere muß dies auch von dem wohlberechtigten Personal der Staatseisenbahnverwaltung erwartet werden. Es wird vorausgesetzt, daß sich jeder Wahlberechtigtere rechtzeitig darüber unterrichtet hat, daß er in die Wählerlisten eingetragen ist, und daß diese berichtigt sind. Jedem Beamten und Arbeiter, insbesondere auch dem Personal des Lokomotiv- und des Jagdpersonals, ist Gelegenheit gegeben, sich an der Wahl zu beteiligen, soweit die dienstlichen und betrieblichen Verhältnisse das nur irgendwie gestatten. Obwohl die Wahl während des ganzen Tages ausgeübt werden kann, ist den Arbeitern, soweit es die dienstlichen und betrieblichen Interessen zulassen, die Ausübung

des Wahlrechts auch während der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung zu gestatten. Etwasigen Wünschen der Arbeiter, zu einer Zeit wählen zu dürfen, wo die große Masse anderer Wähler nicht wählt, ist nach Möglichkeit zu entsprechen.“

Die Sorge um die Ausübung der staatsbürgerlichen Pflicht durch die Staatsbeamten erscheint etwas verdächtig. Die preussische Eisenbahnverwaltung gehört sonst nicht zu den Organen, denen man eine besondere Vorliebe für staatsbürgerliche Rechte ihrer Angestellten nachzagen könnte. Wir erinnern nur an die Haltung dieser Behörde zum Koalitionsrecht der Eisenbahner. Wenn dieselbe Behörde jetzt auf einmal von patriotischer Pflicht der staats-treuen Eisenbahnangestellten spricht, so kann das nur den Zweck haben, die Beamten auf ihre „Staats-treue“ zu prüfen. Denn wehe dem, der bei öffentlicher Abstimmung anders als im „patriotischen“ Sinne stimmen würde.

Umleitung einer Straßenbahnlinie. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Verbreiterung und Umplasterung der Stromstraße zwischen Altmoabit und der Fessingbrücke die Linie 2 Ausherrung von Dienstag, den 24. September, an nicht über Altmoabit, sondern durch die Strom-, Turm- und Rathenower Straße zu leiten. Die Arbeiten und die Umleitung werden etwa vier Wochen dauern.

Kinderhorte und die Gemeinde.

Aus dem Rathause werden folgende Mitteilungen versendet: In der Hauptversammlung der sozialdemokratischen Kinderschutzkommission, in der eingehend über die zweifelslos segensreiche Kontrolle der gemeindlichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder berichtet wurde, ist nach Zeitungsberichten der Stadt Berlin der Vorwurf gemacht worden, daß sie ihre sozialen Pflichten in bezug auf Kinderpflege vernachlässige, namentlich dadurch, daß sie noch nicht einen Kinderhort errichtet hat. Die Gemeindeverwaltung ist der Ansicht, daß es sich nicht empfiehlt, bestehende jugendfürsorgliche Einrichtungen zu verstaatlichen oder selbst derartige Anstalten zu gründen, solange private Wohltätigkeit genügt und in der Lage ist, mit ihrer Unterstützung auf diesem Gebiete segensreich zu wirken. Es ist klar, daß, wenn die Stadt selbst solche Anstalten gründete, die Neigung wohlthätiger und von sozialem Empfinden befehlter Mitbürger, sich durch Genährung von Mitteln und Liebernahme von Aemtern bei der sozialen Jugendfürsorge zu betätigen, erstickt, die Möglichkeit, diese Fürsorge individuell zu gestalten, beseitigt und die Inanspruchnahme solcher Einrichtungen auch aus Kreisen, die ihrer nicht bedürfen, sich noch vergrößern würde. Dagegen gewährt die Stadt zahlreichen Kinderhorten, mehreren Kindergärten und jetzt auch schon einer Kinderbewahranstalt freie Räume, Heizung und Beleuchtung und unterstützt außerdem viele Jugendfürsorgereine mit nicht unerheblichen Mitteln. Der Verein „Hauptverein Kinderhort“ (Vorstand: Stadtschulrat Dr. Fischer), der 29 Horte unterhält und der Verein „Mädchenhort“ (Vorf. Frau C. Rosse, Leipziger Platz 15, Stellvertreter Stadtschulrat Dr. Fischer), der 22 Anhalten eingerichtet hat, sowie der Erziehungs- und Fürsorge-Verein für schwachsinigige Kinder (Vorstand: Stadtschulrat Dr. Fischer), der vier Horte für schwachsinigige Kinder in Betrieb hat, erhalten von der Gemeindebedörden im laufenden Etatjahr zusammen 33 200 M. Beihilfen, im ganzen hat die Stadtgemeinde Berlin durch ihren Etat für 1912 für Kinderfürsorge an 19 verschiedene Vereine ufm. 103 350 M., sowie für Jugenderziehung an 14 Vereine zusammen 66 985 M. bewilligt.

Es ist richtig, daß in der Versammlung der Kinderschutzkommission auch Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung wegen ihrer Stellungnahme zur Frage der Kinderhorte erhoben worden sind. Aber jene von bürgerlichen Blättern gebrachte Nachricht hat den Vorwurf, der sich dagegen richtete, daß die Stadt nicht selber Kinderhorte schaffen will, inkorrekt wiedergegeben. Die Zurückweisung, die der Magistrat noch jetzt nach Wochen für nötig hält, trifft nicht den Referenten jener Versammlung, sondern die bürgerliche Presse.

Was der Magistrat zu der Streitfrage, ob „jugendfürsorgliche Einrichtungen“ von der Gemeinde geschaffen oder der Privatwohltätigkeit überlassen werden sollen, vorzubringen weiß, das sind die alten, abgebrauchten Redensarten, die tausendmal gehört und ebenso oft widerlegt worden sind. In Wirklichkeit ist es ja schon heute so, daß das „soziale Empfinden“ der bemittelten Volksklassen fast völlig geschwunden ist und viele Wohltätigkeitsvereine ohne Hilfe von der Gemeinde gar nicht weiterbestehen könnten. Die Stadt zahlt tatsächlich recht beträchtliche Summen für zahlreiche derartige Vereine, darf aber in der Verwaltung nicht hineinreden, weil es ja „private“ Veranstaltungen sind.

Ueber den „Hauptverein Kinderhort“ hat vor zwei Jahren der Vorstand selber, an dessen Spitze Stadtschulrat Fischer steht, in einer an den Magistrat gerichteten Eingabe um reichlichere Unterstützung gesagt:

„Bei unseren Bemühungen, neue Mitglieder zu werben, begegnen wir nur zu oft dem Einwurf, daß die Einrichtung und Unterhaltung von Horten in das Gebiet kommunaler Fürsorge falle. Die Beiträge aus Wohltätigkeitsveranstaltungen sind kaum noch nennenswert, da man an den Wohltätigkeitsfesten der Berliner von allen Seiten die größten Anforderungen stellt, und da weite Kreise der Bürgerschaft aus ethischen Gründen gegen Wohltätigkeitsfeste eingenommen sind.“

Die Eingabe wies auch darauf hin, daß auch die Verpflegungszuschüsse der Eltern in letzter Zeit geringer geworden seien, weil die Teuerung der notwendigen Lebensmittel und die gedrückte Lage auf dem Arbeitsmarkt natürlich die Kreise, aus denen die Hortkinder stammen, am allerschwersten treffe. Zugewachsen ist die Lebensmittelteuerung noch sehr viel schlimmer geworden, und sie lastet jetzt mit schier unerträglichem Druck auf der Arbeiterbevölkerung. Will der Magistrat im Ernst behaupten, daß er unter solchen Umständen mit seiner Beihilfe von 33 200 M. in der Frage der Kinderhorte seine Pflicht voll getan habe?

Raum glaubliche Praktiken scheinen in der Einkommensteuer-Veranlagungskommission in Berlin eingeführt werden zu sollen. Es ist allgemein bekannt, daß zahlreiche Beamten, die ihrer Meinung nach zu hoch zur Zahlung von Steuern eingeschätzt sind, ihre Reklamationen nicht selbst anzufertigen in der Lage sind. In allen Kreisen der Bevölkerung ist es Usus, daß derjenige, der eine solche Reklamation nicht selber herstellen kann, sich fremder Hilfe bedient. Es ist bekannt, daß unsere Großgärtner, die dem Bunde der Landwirte angehören, sogar eine besondere Berechnungsstelle eingerichtet haben, die sich mit der Steueranstellung der Agrarier befaßt. Reicher Leute beschränken sich darauf, Privatpersonen in Anspruch zu nehmen, die für ein geringes Geld oder gar unentgeltlich die Reklamationen anfertigen. Im Bureau der Einkommensteuer-Veranlagungskommission scheint aber neuerdings eine recht eigenartige Praxis obzuwalten; man will dort wissen, wer der Verfasser der Reklamation ist, bevor der Reklamation selber näher getreten werden soll. Dieses Verfahren ist so ungeheuerlich und geschwätzig, daß wir daran kaum glauben würden,

wenn uns nicht schwarz auf weiß die Behauptung bestätigt würde. Uns liegen folgende Antworten der Einkommensteuer-Veranlagungskommission Berlin vor:

Berlin C. 2, den 31. August 1912.
Bevor ich Ihrer Berufung weiteren Fortgang gebe, ersuche ich unter Bezugnahme auf Ihre Aussagen in der Verhandlung vom 20. Juli 1912 im steuerlichen Interesse den Namen und die Wohnung Ihres Kollegen anzugeben, der Ihre Berufungsschrift angefertigt hat.

J. S.: gez. Koll.
Berlin C. 2, den 26. August 1912.
Ihrem Gesuche um Freistellung von der Steuer kann erst näher getreten werden, wenn es feststeht, wer der Verfasser des Einspruchs bzw. des Berufungsschreibens ist. Ich ersuche daher, mir den Namen und die Wohnung des Schreibers innerhalb 14 Tagen mitzuteilen.

J. B.: v. Heimburg.
Nach diesem Bescheide könnte also derjenige, der die Reugierde der Kommission nach dem Anfertiger der Berufung nicht beantwortet, überhaupt nicht auf Erledigung seiner Reklamation rechnen.

Unterer Meinung nach können die obigen Bescheide auf keinerlei gesetzliche Bestimmungen gestützt werden und es ist niemand verpflichtet, die geforderte Auskunft zu geben. Die Forderung, Namen und Wohnung des Verfassers der Reklamation anzugeben, haben mit dem Einspruch nicht das geringste zu tun. Die Einkommensteuer-Veranlagungskommission hat lediglich zu prüfen, ob die Angaben in der Berufungsschrift erweislich richtig sind oder nicht. Wir halten die geforderten Auskünfte über den Verfasser einer Reklamation für geschwätzig und möchten denen, die solche Aufforderungen erhalten, raten, sich beschwerdeführend an den Minister der Finanzen zu wenden. Es wäre von Interesse zu erfahren, ob die Reugierde nach dem Verfasser von Reklamationen sich auf alle Kreise der Bevölkerung erstreckt.

In dem Tode des Berliner Archäologen Dr. Blume, über den wir gestern berichteten, wird heute aus Posen mitgeteilt: Nach Mitteilungen der Posener Staatsanwaltschaft hat Frau Dr. Blume im hiesigen Untersuchungsgefängnis das Geständnis abgelegt, daß sie ihren Mann erschossen habe. Sie gibt an, daß sie die Tat in einem Zustand der geistigen Verwirrung verübt habe. Nähere Mitteilungen über die Ausführung der Tat hat sie infolge der Aufregung, in der sie sich befindet, noch nicht machen können, und es bleibt abzuwarten, inwieweit ihre Angaben richtig sind. Für die weitere Untersuchung scheint es aber festzustehen, daß ein dritter Täter oder Mitwisser, wie man anfangs angenommen hatte, nicht mehr in Frage kommt. In erster Linie wird jetzt festzustellen sein, ob nur ein Lottschlag oder vorbereiteter Mord vorliegt. Die Gründe zu dem plötzlichen Geständnis dürften in der Ermittlung der Staatsanwaltschaft liegen, daß Frau Dr. Blume am 3. August einen Revolver in einer Posener Waffenhandlung gekauft hatte. Am 9. September, also am Tage vor der Tat, kaufte sie in der gleichen Handlung einen zweiten Revolver. Vor dem Untersuchungsrichter erklärte sie, daß den zweiten Revolver ihr Gatte gekauft habe, Daraufhin wurde der Waffenhändler als Zeuge geladen, und er gab die eidlische Erklärung ab, daß Frau Dr. Blume beide Waffen gekauft habe. Diese Feststellungen sind außerordentlich belastend für Frau Dr. Blume. Was sie zu der entsetzlichen Tat veranlaßt haben könnte, ist noch nicht aufgeklärt. Schon als junges Mädchen soll sie höchst egalitäre gewesen sein und eine Schar von Verehrern um sich versammelt haben. Man erzählt sich, daß sie bereits mit einem Ingenieur verlobt war, als sie Dr. Blume kennen lernte und feinerliche Verlobung auflöste. Die Ehe war von Anfang an nicht glücklich und Frau Dr. Blume ließ wiederholt durchblicken, daß sie ihre Ehe nicht aus Liebe, sondern mit Rücksicht auf die auskömmliche Zukunft ihres Mannes geschlossen habe. So unterließ sie auch nach ihrer Verheiratung Beziehungen zu anderen Männern, und es soll schließlich zwischen den beiden Ehegatten zu peinlichen Auseinandersetzungen gekommen sein. Die Eltern der Frau Dr. Blume sind sehr ehrbare Leute, die über die schreckliche Tat ihrer Tochter voller Verzweiflung sind.

Todessturz eines Kindes. Ein bedauerlicher Unglücksfall, dem ein Kindesleben zum Opfer fiel, ereignete sich in der Nacht zum Freitag im Osten Berlins. Das in der Schreinerstr. 18 wohnende Schröderische Ehepaar war am Abend zu einer Familienfeier bei Verwandten gegangen und hatte den vierjährigen Sohn Erich, der bereits schlief, allein in der Wohnung zurückgelassen. In der Nacht ist der Knabe dann aufgewacht und, als er die Eltern vermisse, aus dem Bettchen gestiegen, um sie zu suchen. Der Kleine stieg von einem Stuhl aus auf das Fensterbrett, öffnete das Fenster und sah auf die Straße hinaus. Dabei verlor das Kind das Gleichgewicht und stürzte aus der Höhe der dritten Etage in die Tiefe. Gegen 1 Uhr nachts wurde der verunglückte Knabe mit zerschmetterten Gliedern, aber noch lebend von Passanten aufgefunden und nach der Unfallstation in der Borsigauerstraße gebracht. Von dort aus wurde das bebauernswerte Kind in bewußtlosem Zustande nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft.

Vorort-Nachrichten.

Renküll.

Stadterordnetenversammlung. Nach einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen des stellvertretenden Stadterordnetenvorsitzers Bögelle, unter denen sich auch eine Einladung der Bau-genossenschaft „Ideal“ zur Besichtigung ihrer neuen Kleinbauernkolonie in Brix befindet, wird in die Beratung der äußerst umfangreichen Tagesordnung eingetreten.

Die Revision der Besoldungsordnung und des Besoldungsplans für die städtischen Beamten und Bediensteten und des Normalbesoldungs-etats für die Lehrpersonen sowie die Neuregelung der Lohnbezüge für die städtischen Arbeiter hat der Rechnungsausschuß in sechs Sitzungen beschäftigt. Namens bedienberichtet Stadtd. Boufall über die gefassten Beschlüsse. Für die Stadträte, welche jetzt vier Dienstalterszulagen von je 750 M. erhalten, werden drei solcher Zulagen von je 1000 M. festgesetzt. Alle Beamten und auf Privat-Dienstvertrag angestellten Bediensteten erhalten Gehaltsaufbesserungen, natürlich wieder in der bekannten Art, daß die unteren Gehaltsklassen geringe, die hochbesoldeten Klassen erheblich höhere Zulagen erhalten. Die Ortszulagen der Lehrer werden von 600 auf 750 M., die der Lehrkrinnen von 250 auf 350 M. erhöht. Entsprechende Steigerungen erfahren auch die Gehaltsbezüge der Lehrpersonen an den höheren Schulen. Die Löhne der Arbeiter und Handwerker in den städtischen Betrieben sind erhöht und neu klassifiziert worden. So ist zum Beispiel in Lohnklasse II, welche etwa 1/2 aller Arbeiter umfaßt, die Tagelohnskala von 4,25 bis 4,75 M. auf 4,50 bis 5,04 M. (steigend alljährlich um 9 Pf.) festgesetzt worden. Die von den Arbeitern eingereichten Entwürfe auf Abschluß eines Tarifvertrages mit dem

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und Durchführung des Wochenlohnsystems hat der Rechnungsausschuss dem Magistrat zugewiesen mit dem Ersuchen, bei der demnächst bevorstehenden Revision der Allgemeinen Arbeitsordnung beide Forderungen den Arbeiterausschüssen und der Lohnkommission zur Vorbereitung und Ausfertigung zu unterbreiten. Der Ausschuss hat sich ferner mit der Ausgestaltung des Lohnwesens in den städtischen Schulen beschäftigt; er ersucht den Magistrat um eine Vorlage nach dieser Richtung. Der Referent beantragte schließlich, alle Beschlüsse des Ausschusses an die Behörden zu übermitteln. In dem Vorbericht darüber abstimmen. Die bürgerliche Mehrheit beschloß demgemäß, so daß sich Stadt. Wuyly zu der Erklärung veranlaßt sah, daß die sozialdemokratische Fraktion sich weitere Anträge vorbehalten, da im Ausschuss eine Reihe Wünsche der Arbeiter, besonders solche grundsätzlicher Art nicht berücksichtigt worden sind. Ferner stellte Stadt. Dr. Silberstein (Soz.) fest, daß das Votum der Fraktion bei der eben vorgenommenen Abstimmung sich selbstverständlich nicht gegen die Gehalts- und Lohnerhöhungen, sondern gegen die von der Mehrheit beliebte summarische Erledigung aller Vorlagen gerichtet hat.

Gegen den unhaltbar gewordenen Pfanz-Stationen-Tarif richtet sich ein Antrag des Magistrats, nach welchem der Zweckverband erfaßt werden soll, auf eine zweckmäßige Tarifgestaltung auf der Stadt- und Ringbahn, sowie auf den Vorortbahnen hinzuwirken. Die Versammlung beschloß einstimmig in diesem Sinne.

Das Ausscheiden des Stadthauptmanns Kiehl, welcher zum Stadthauptmann im Zweckverband Groß-Berlin gewählt worden ist, mit dem 15. September wird genehmigt.

Die Versammlung tritt darauf in die Beratung des nachstehenden Antrages ein:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, zur Abwehr der sich stetig steigenden Nahrungsmittelpreise, welche Gesundheit und Leben der Bevölkerung gefährden auf das Ärgste bedroht,

1. an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zu richten, in der unter Darlegung der herrschenden Notlage gefordert wird: die sofortige Aufhebung der Zölle auf Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzperze für die Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der Einfuhrzölle,

2. städtische Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu schaffen und die vorhandenen auszubauen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion,

Stadt. Dr. Silberstein (Soz.) drückt sein Bedauern über die Verzögerung des Antrages, welcher bereits am 30. August eingebracht worden ist, aus, was angesichts der drückenden Notlage der Bevölkerung unverständlich sei. Der Referent legt dann ausführlich dar, zu welchen Hungerpreisen die herrschende agrarische Interessentpolitik geführt hat, und kennzeichnet gebührend das offizöse Gerücht der Regierungspresse von der „vorübergehenden Erleichterung“ und die Gerüchte, welche in der immer wiederkehrenden Behauptung liegt, daß die Grenzperze Maßnahmen die Einfuhr von Seuchen hindern sollen. Nach zwei Richtungen müsse der Magistrat vorgehen. Vom Reichstag und Bundesrat ist energisch die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der Futtermittelzölle und der Einfuhrzölle zu fordern. Andererseits wären aber auch selbstständig wirksame Maßnahmen zu treffen, um so weit als irgend möglich eine Versorgung der Bürgerschaft mit billigen Nahrungsmitteln zu erreichen. Der Seefischverkauf genüge nicht; er bringe keine nennenswerte Erleichterung. Es müsse vor allem auf die Fleischversorgung durch die Stadt Bedacht genommen werden, zu welchem Zwecke auch städtische Schlachthäuser zu errichten wären. Auf den Viehmarkt in möglichst großem Umfang betrieben werden. Die in der Lenkungscommission vom Stadthauptmann Weigand bestrittene Durchführbarkeit der Schweinezucht auf den Gütern könne nicht als stichhaltig angesehen werden. Es müsse alles getan die ungeheuer hohen Lebensmittelpreise vermindert werden; denn sie haben auch notwendigerweise schwere kommunale Belastungen (Steigerung der Armenkosten usw.) in Folge. Die Kommission müsse unbedingt an die praktische Arbeit gehen, damit der Rat so schnell als möglich gesteuert werde. — In der Debatte erklärten die Stadt. Giesemann, Emmeluth und Seltmann im wesentlichen ihr Einverständnis zu den sozialdemokratischen Vorschlägen. Dagegen waren die Entgegnungen des Bürgermeisters Dr. Weirich, des Stadthauptmanns Weigand und des Stadtrats Riemer den vorgeschlagenen kommunalen Maßnahmen gegenüber derart nichtigend oder gar ablehnend, daß sie sich in lebhaften Entgegnungen der Stadtverordneten Wuyly und Dr. Silberstein in Mangel an Willen zur Rat nachzugeben lassen mußten. Besonders der Bürgermeister wußte nichts weiter als die gemeinsame Petition der Groß-Berliner Gemeinden an die Reichsregierung in Aussicht zu stellen; überhaupt schlug die Medien der Magistratsvertreter, als ob sie vom Rand der Landwirte inspiriert wären. — Die Versammlung nahm einstimmig den sozialdemokratischen Antrag mit der Motivierung an, daß die in dieser 2. geforderten Maßnahmen auch in Gemeinschaft mit Groß-Berlin zu unternehmen sind.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Der Eisenverein für Sports- und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M., ein Abipielen auf dem Turnplatz an der Grenz-Allee. Abmarsch mit Musik 1/2 Uhr nachmittags. Große Beteiligung ist erwünscht.

Der Vorstand.

Schröder äußerte hierauf das Verlangen, von Herrn Dr. Leidig einmal ein Kolleg über die Erfolge zu hören, die von der privaten Wohlfahrtspflege im Kampf gegen die soziale Verelendung bisher erreicht worden sind. Auch diese Angelegenheit wurde im Sinne des Petitionsausschusses erledigt.

Eine Petition der Vereinigung der höheren technischen Baupolizeibeamten Deutschlands empfahl Maßnahmen zur Rückübertragung der Baupolizei an die Gemeinden und Berücksichtigung der Techniker bei deren Verwaltung. Im Sinne des Ausschusses beschloß die Versammlung, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen und daran das Ersuchen zu knüpfen, im Gemeindefrat mit anderen Gemeinden wegen Rückübertragung der Baupolizei ernannte Vorstellen zu machen.

Eine Petition des Parkausschusses Groß-Berlin der Gruppe Brandenburg der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst verlangte Berücksichtigung seines Gutachtens in der Frage der Erhaltung des Joachimsthalschen Parks. Im Gegensatz zum Petitionsausschuss, der sich für Uebergang zur Tagesordnung erklärt hatte, beschloß die Versammlung, daß die Petition der in der Parkangelegenheit eingesetzten Deputation überwiesen werden soll.

Eine besondere Beachtung muß eine Magistratsvorlage beanspruchen, die die Einsetzung einer gemischten Deputation von 6 Magistratsmitgliedern und 18 Stadtverordneten zur Vorbereitung über die fälligen Stadtratswahlen verlangt. In der maßgebenden Mehrheitsfraktion macht sich nämlich eine Strömung gegen den sozialpolitischen Dezentenen im Magistrat, Stadtrat Steinborn, geltend. Man will alle jahresgemäß auszuführenden Stadträte wiederzuwählen, nur Herrn Steinborn nicht, weil dieser zu sehr in Sozialpolitik macht. Bei früheren Gelegenheiten und auch noch in diesem Bericht haben wir gezeigt, daß der derzeitige Stadtrat den gegen ihn erhobenen Vorwurf wirklich nicht verdient. Aber wie unter den Blinden der Einäugige König ist, so kann in einer der kommunalen Sozialpolitik grundsätzlich abholden Gesellschaft selbst ein Steinborn immerhin in den Ruf der Unfähigkeit geraten. Das sollte aber nicht die Herren in der großen Fraktion gleich auf den Kopf geben und anstelle des abzuscheidenden Steinborn Herrn Dr. Leidig zum Stadtrat machen wollen, denselben Dr. Leidig, der die Sozialpolitik mit der Mode der zugebundenen Röcke verglichen und auch sonst bei jeder Gelegenheit seiner Abneigung gegen ein zeitgemäßes Wirken zugunsten der ärmeren Volksschichten Ausdruck gegeben hat. Wir sind gespannt darauf, ob die antisozialen Stadtverordneten in Wilmerdorf, die unsern Vorort schon so manche Plage zugefügt haben, ihrem Wirken jetzt die Krone aufsetzen wollen. Am Mittwoch erklärte sich die Versammlung nur grundsätzlich mit der Magistratsvorlage einverstanden.

Zum Vorsitzenden des Versicherungsamtes der Stadt Berlin, Wilmerdorf hat der Magistrat den Oberbürgermeister Habermann, zu dessen ständigen Stellvertretern die Stadträte Steinborn und Fuhrmann ernannt.

Auf dem 7. Preussischen Städtetage in Düsseldorf wird Wilmerdorf durch den Oberbürgermeister Habermann und die Stadtverordneten Leidig und Büchtemann vertreten sein.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am 18. September seine sehr gut besuchte Generalversammlung ab. In übersichtlicher Darstellung erstattete Oskar Riedel über die kommunalpolitische Tätigkeit der beiden parteigenösslichen Stadtverordneten Bericht. Nach kurzer Diskussion ging die Versammlung zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, Stellungnahme zu den Stadtverordnetenwahlen, über. Die Versammlung beschloß für alle Bezirke ein selbständiges Vorgehen und stellte als Kandidaten die Genossen Becker, Treitschke, Gladigow, Hahn, Pieper, Bogensee und Zuckermann auf. Von den Genannten ist Hahn Hausbesitzer. Der Vorsitzende Schröder wies noch darauf hin, daß die Frauenversammlung für Wilmerdorf nicht wie im übrigen Groß-Berlin am Dienstag, sondern bereits am Montag, und zwar im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 115, abgehalten wird. Mit einem Appell an die Anwesenden, sich eifrig an der Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Charlottenburg.

Eine hartbesuchte Versammlung der Arbeiter, Handwerker und Angehörigen der städtischen Betriebe fand am Mittwoch im Volkshaus statt. Der Referent Carl Polenske schilderte einleitend ausführlich die Ursachen, die zu der jetzt herrschenden Teuerung geführt haben, unter der auch die städtischen Arbeiter zu leiden haben. Seit dem Jahre 1900 sei keine Lohnregelung erfolgt. In dieser Zeit habe sich aber die Lebenshaltung ganz erheblich verteuert, so daß für die städtischen Arbeiter eine Verbesserung der Lohnverhältnisse unbedingt notwendig sei. Die Organisation sei zu dem Resultat gekommen, den Abschluß eines Tarifvertrages für sämtliche städtischen Arbeiter zu fordern. Bei der Ausarbeitung eines Entwurfes habe man auf die Form von Lohnklassen verzichten müssen, da die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter unglaublich verwickelt seien. Es beständen in den verschiedenen Betrieben Stunden-, Tage-, Wochen- und Monatslöhne. In einem Betrieb werde ein Anfangslohn von 8,84 M., in einem anderen ein solcher von 4,50 M. gezahlt. In einigen Betrieben werde der Höchstlohn nach vier Jahren erreicht, in anderen in 21 Jahren. Man habe im allgemeinen solche Forderungen aufgestellt, die auch vom Magistrat als durchführbar anerkannt sind. Es sei auch keine Frage, daß Charlottenburg den städtischen Arbeitern höhere Löhne zahlen könne. Das Gaswerk z. B. erhöhe die Kapitalanlage von 1901—1910 um 30 Proz., der Reingewinn stieg in dieser Zeit um 900 Proz., die Arbeiterlöhne dagegen um 16 Proz. Notwendig sei es, daß sich sämtliche Arbeiter ihrer Organisation anschließen, damit wir unsere Forderung durchdrücken. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion erläuterte Schulz verschiedene Tarifordnungen, die sehr verschieden seien. Ein großer Teil der Kollegen habe noch lange nicht die neunstündige Arbeitszeit. Die jetzige 15—16stündige Dienstbereitschaft des Pflege- und Hauspersonals in den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten solle auf zwölf Stunden herabgesetzt werden. Das angeblich sozial so fortschrittliche Charlottenburg liege in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinter anderen Städten weit zurück, wie Redner an vielen Beispielen nachwies.

Eine Resolution, die Erhöhung der Löhne und Abschluß eines Tarifvertrages fordert und an die städtischen Arbeiter zum Anschluß an die Gewerkschaft appelliert, wurde einstimmig angenommen.

Vichtenberg.

Die letzte, am Donnerstag abgehaltene Sitzung der Stadtverordneten hatte eine Reihe von Wahlen zu vollziehen. In die Armenkommission wurden folgende Herren gewählt: Mertens, Seumestr. 23, als Bezirksvorsitzer für den 21. bis 23. Armenbezirk; Hofsch, Seumestr. 5, als Stellvertreter des Herrn Mertens; Ebel, Seumestr. 14, als Vertrauensmann und Schobhad, Gürtelstr. 24, als Bezirksstellvertreter für den 31. Armenbezirk. Für den 30. Bezirk wurde als Waisenrat Herr Nob. Haage, Schornweberstr. 4, bestimmt. Das Amt eines Armenkommissars für den 4. Bezirk übertrug die Versammlung dem Herrn E. Schwarz, Milchhändler, Monner Straße 2. — Der Feuerer soll eine besondere Kommission energisch zu Leibe gehen. Hoffentlich nicht nach dem früheren Muster. Jedenfalls werden die in diese Kommission delegierten Genossen Seidel, Elias und Witter ihr Möglichstes tun, um die Stadtverwaltung zu wirklich nennenswerten Maßnahmen zu veranlassen. — Die Gruppe Schachtel errang einen großen Erfolg, indem sie die Zahl der Delegierten zum Kongress für Städte-

wesen um drei auf die Hälfte reduzierten und einen Delegierten zum Städtetag ersparten. Als Delegierte zum Städtetag werden entsandt Genosse Düwoll und Herr Lindner, als Delegierte zum Kongress Genosse Hedert sowie die Herren Grothe und Poland. — Die Versammlung durfte wieder Kenntnis davon nehmen, daß die Herren Dr. Inger, Dr. Marek, Bodrodt, Willweber und Dr. Stüben als Stellvertreter des Vorsitzenden des Versicherungsamtes — untere Verwaltungsbehörde in der Arbeiter-Versicherung — bestimmt worden sind. — In einer unendlich langen Debatte unterhielten sich die bürgerlichen Herren wieder über die Marktfrage im Ortsteil Rummelsburg. Eine Petition von Gewerbetreibenden verlangte die Aufhebung des mit einem Unternehmer abgeschlossenen Pachtvertrages. Angeblich werden die Rentner durch den Markt geschädigt. Da die Rechtslage eine einseitige Aufhebung des Vertrages nicht gestattet, empfinden Herr Schachtel und andere Bürgerliche, dem Pächter möglichst Schwierigkeiten zu bereiten. Der Laik der Schicht wurde von unferer Seite kurz und energisch widersprochen. Schließlich erfolgte die endgültige Einsetzung der von einer ganz engherzigen und kurz-sichtigen Auffassung diktierten Petition. — Schnell und ohne große Auseinandersetzungen erledigte die Versammlung dann im Sinne der Vorlagen Forderungen betr. Einbau von Doppelfenstern im Schulhaus an der Lützstraße, Austausch eines Grundstückes, Bau eines Vorlaufkanals in der Koedersstraße und am Koedersplatz; Errichtung einer Pflanzanlage an der Pfarrstraße, Verlegung von Aborten in der Schule in der Siegfriedstraße, Anschaffung eines Motorfahrzeuges für Kliententransporte. — In geheimer Sitzung wurde noch über die Durchführung, Rastierung und Reuefestigung von Straßen sowie über Verträge mit der Stadt Berlin betr. die gegenseitige Rechtverteidigung auf Verlegung von Mohn- und Kandel, schließlich noch Beförderung von Beamten beraten. Den beiden letzteren Vorlagen gab die Versammlung ihre Zustimmung, die übrigen Angelegenheiten wurden an die Baukommission zurückverwiesen.

Ober-Schönebeck.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich vorgelesen in der Wilhelmshofstraße zugetragen. Als gegen 1/2 Uhr morgens die Arbeiterfrau Rosa Krüger aus der Friedstraße 4 in Adlershof ihren in Ober-Schönebeck wohnenden Schwiegersohn besuchen wollte geriet sie beim Ueberschreiten des Fahrdammes unmittelbar vor einem nach Köpenick fahrenden Straßenbahnzuge der Berliner Ostbahn auf das Gleis. Durch die Geistesgegenwart des Führers des Zuges, dem es noch im letzten Augenblick gelang, seinen Wagen zum Stehen zu bringen, konnte ein Unglück vermieden werden. Die etwas schwerhörige Frau trat nur aber auf das Nebengleis, ohne darauf zu achten, daß auf demselben in entgegengesetzter Richtung ein zweiter Straßenbahnzug herannah. Frau R. wurde, obwohl auch dieser Führer mit aller Kraft bremste, umgerissen und überfahren. Die Verunglückte, die schwere innere und äußere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach dem Fabrikgebäude der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft gebracht, wo sie unter den Händen des Fabrikarztes verstarb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Tempelhof.

Über unsere Organisation referierte in der letzten Mitglieder-versammlung des Wahlvereins der Vorsitzende, Genosse O. G. W. a. l. d. Redner betonte, daß der Zahlabend in seiner heutigen Form für die Partei nicht förderlich wirke, was schon aus der geringen Mitgliederzunahme der acht Wahlkreise Groß-Berlins hervorgehe. Zum Schluß stellte er folgende Leitsätze auf: 1. Aufhebung der Zahlabende unter Beibehaltung der Bezirkseinteilung; 2. Veranstaltung von monatlichen Diskussionsabenden, die von mehreren Bezirken gemeinsam veranstaltet werden; 3. Einführung der Hausbesuche; 4. Jedes Mitglied soll ein Exemplar des Mitteilungsblattes erhalten.

In der sich an diesen Vortrag anschließenden Diskussion vertrat durchweg alle Redner die Auffassung, daß der Zahlabend wie bisher beizubehalten, aber interessanter und lehrreicher auszugestaltet sei. Bemerkenswert ist noch ein Antrag, der gleichfalls die Beibehaltung der Zahlabende in ihrer heutigen Form fordert, jedoch verlangt, daß die Bezirksführer vor Tagung des Zahlabends gemeinsam ein gutes Referat anhören und besprechen sollen und dieses dann im nächsten Zahlabend zum Vortrag bringen. Hierdurch würde erreicht, daß sich in einem kleinen Kreise eine lebhaft und fruchtbare Diskussion über das Gebot entspinne.

Als Bezirksführer für den 6. Bezirk wurde Genosse F. Günther und als zweiter Bibliothekar Genosse M. Radlach gewählt.

Mariendorf.

Das Ortsrat über die Einschränkung der Sonntagsarbeiten in offenen Verkaufsstellen ist jetzt genehmigt und in Kraft getreten. Für die Allgemeinheit wichtig ist nur der § 1: In offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes dürfen Schenken, Lehrlinge und Arbeiter — abgesehen vom ersten Weihnachts-, Oker- und Pfingsttage, an welchen ihre Beschäftigung überhaupt unterlagert ist — an Sonn- und Festtagen in der Zeit vom 1. Mai bis einschließlich 30. September nur von 8—10 Uhr vormittags, und in der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 30. April nur von 12—2 Uhr mittags beschäftigt werden, soweit nicht Ausnahmen durch die hierfür zuständigen Behörden festgestellt werden. Auf die Geschäfte der Nahrungs- und Genussmittelbranche, Tabak- und Zigarettengeschäfte, sowie Blumenhandlungen findet die Beschränkung des § 1 keine Anwendung.

Klein-Schönebeck-Fichtenau.

Unsere Realchulstiftungen werden jetzt gründlich abgeführt. Auf eine Anfrage eines Woltersdorfer Gemeindevertreters bei der Friedrichshagen Gemeindeverwaltung über die dortigen Schulverhältnisse hat sich der Gemeindevorsteher Herr Dr. Stiller u. a. dahin geäußert, daß das von den drei Gemeinden stark forcierte Projekt der „höheren Waldschule“ weniger seine Vertiefung erzeuge, als die überfällige Eile, mit der es betrieben wurde. Wie könne sich jemand einbilden, daß eine solche Anstalt für 80—100 000 Mark zu erbauen und zu errichten sei. Solche Anstalten haben Friedrichshagen circa 350 000 M., Ober-Schönebeck 400 000 M. ohne Internat gekostet! Dabei wisse doch jeder Sachmann, daß mit dem Aufbau der Klassen die Kosten wesentlich steigen insofern die Einstellung von Lehrkräften und der schwächeren Schülerzahl der oberen Klassen. Er möchte den Verordneten der beteiligten Gemeinden dringend raten, die Etats der Schulverwaltungen zu studieren, um daraus zu ersehen, daß diese Schulkosten zu den drückendsten zählen.

Das ist ein kalter Unschlag für diejenigen, die vom Gründungsfieber ergriffen, drauf und dran waren, für Knapp drei Duzend Kinder Begüterter der Gemeinden große Schuldenlasten aufzubürden und auch jetzt das Projekt noch nicht aufgeben wollen.

Kallberge-Müdersdorf.

Die Betriebseröffnung der Straßenbahn Kallberge-Friedrichshagen war bekanntlich zum 1. Oktober d. J. in Aussicht genommen. Wie sich jetzt herausstellt, kann dieser Termin nicht innegehalten werden, da die Lieferung der Rabläge für die Anhängenwagen eine Verzögerung erleidet. Kummer ist die Eröffnung des Straßenbahnbetriebes auf den 10. Oktober ex. angelegt.

Neuenhagen (Ostbahn).

Ein Bild echt spießbürgerlicher Art gaben einige bürgerliche Vertreter in der letzten Gemeindevertreterversammlung bei der Beratung eines schon mal am 29. April d. J. von Herrn Bürger gestellten und angenommenen, jetzt aber noch einmal von den Herren Jüterbart und Rechin gestellten Antrages: „Die Bahnhofstraße zu pflastern und den daranliegenden Platz mit Anlagen versehen“. Der jetzige Antrag verlangte gleich die Pflasterung der ganzen Bahnhofstraße. Eine volle Stunde stritt man sich um die Vaterhaft des

Antrages herum und zum Schluss, als der Beschluss vom 26. April erweitert wurde, verleugnete noch zur allgemeinen Heiterkeit Herr Ritterhart durch Stimmhaltung sein eigenes Kind. Dem sozialdemokratischen Antrage, Hygienegeld der Desinfektor, wurde nur teilweise entsprochen. Es wurde beschlossen, die nach der Gesundheitsordnung zu erstattenden Desinfektionskosten auf die Gemeindefasse nur bis zu einem Einkommen von 2400 M. der von der Desinfektion Betroffenen zu übernehmen. Auf Antrag unserer Genossen wurde zur Teuerung einstimmig beschlossen, die bekannte Petition an den Bundesrat und an den Reichstag zu senden resp. sich der Petition von Groß-Berlin anzuschließen. Die Ergründung von Maßnahmen zur Linderung der Teuerung wurde leider nicht beschlossen.

Potsdam.

Eine Eingabe an die Stadtverordneten hat der sozialdemokratische Wahlverein gerichtet, in der analog der anderen Städte, der Magistrat ersucht wird, Maßnahmen gegen die auch hier trotz zutage tretende Teuerung der Lebensmittel zu treffen. Da die Klagen über die unhaltbaren Zustände nicht nur bei der Arbeiterschaft, sondern auch unter der Potsdamer ziemlich zahlreichen Beamtenchaft einen großen Umfang angenommen haben, wird sich die Versammlung zu Maßnahmen entschließen müssen. Leider haben die Sozialdemokraten noch keinen Vertreter im Rathhaus, der diesen Antrag des Wahlvereins eingehender begründen kann, obwohl sich bei der offen zutage liegenden Notlage eine Begründung vollkommen erübrigt.

Die von der Regierung in Potsdam veröffentlichte Nachweisung der Markt- und Ladenpreise im Monat August dieses Jahres ergibt, welche bedeutende Erhöhung die Fleischpreise seit dem Monat August 1910 in Potsdam erfahren haben. Es kostete 1 Kilogramm Rindfleisch im August 1910 1,80 gegen 2,14 im August dieses Jahres; Kalbfleisch kostete 1910 2,20 gegen 2,32 in diesem Jahre; Hammelfleisch 1910 1,96, jetzt 2,32; Schweinefleisch 1,60, jetzt 1,96; geräucherter Schinken 3,20, jetzt 3,40; geräucherter Speck 1,70, jetzt 2,10 M. Diese Zahlen reden doch gewiß eine deutliche Sprache.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde ein vom städtischen Arbeiterausschuss eingegangenes Gesuch um eine Teuerungszulage dem 1. Ausschuss überwiesen. Das Hauptinteresse nahm die Teuerungsdiskussion in Anspruch. Es lagen zwei Anträge von Stadt. Kanterowicz u. Gen. und Pieper u. Gen. vor. Stadt. Dr. Kanterowicz begründete in längeren Ausführungen seinen Antrag. Er empfahl die Einführung von Gefrierfleisch, welches in guter Beschaffenheit zu haben ist. Erst müßten aber die Preise erniedrigt bzw. die Einfuhrzölle beseitigt werden. Redner gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die hiesige Stadtverwaltung zu der Teuerungskonferenz des Berliner Zweckverbandes nicht eingeladen worden sei. Am Schluss seiner Ausführungen stellte er noch einen zweiten Antrag, daß die Stadt den Verkauf von Seefischen in eigene Regie übernimmt. Genosse Pieper schloß sich den Ausführungen des Vorredners an, plädierte aber für seinen weitergehenden Antrag, beim Bundesrat und Reichstag vorstellig zu werden zwecks Linderung der unerträglichen Teuerung. Der Konsum an Fleisch sei so zurückgegangen und die Preise für dasselbe so unerschwinglich hoch, daß viele Arbeiter und kleine Mittelständler sich überhaupt kein Fleisch mehr kaufen können. Nur durch Öffnung der Grenzen und Einführung von Gefrierfleisch könne Abhilfe geschaffen werden. Genosse Piel betonte, daß über den Antrag wohl Einmütigkeit herrsche. In dieser Zeit der Teuerung falle es auf, wenn das „Spandauer Tageblatt“ nur Dohn und Spott für die arbeitende Bevölkerung habe. Zu Duzend-Artikeln irgendeiner Reichsverbandskorrespondenz wird die Leppigkeit und Schwelgerei in Arbeiterkreisen geschildert. Redner verspricht sich von der Interpellation an den Bundesrat und Reichstagsrat nicht viel, da die größte Partei Deutschlands seit 14 Tagen vergebens auf Antwort warte. Er stelle noch den Antrag, dem Magistrat 6000 M. zu überweisen, um die Herbeischaffung von Seefischen in die Wege zu leiten. — Sämtliche anderen Redner, auch der Magistrat, erkannten die Teuerung an, wenn sie auch über die Mittel zur Linderung der Not verschiedener Ansicht waren. Nur der Zentrum-Stadtverordnete Kirx suchte die Teuerungursachen von den Agrariern abzulenken und lediglich den Zwischenhandel dafür verantwortlich zu machen.

Angenommen wurde der erste Teil des Antrages der Stadtverordneten Pieper u. Gen., der die Abfindung einer Petition an die Reichs- und Landesbehörden und die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzperre für die Einführung von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und der Einfuhrzölle verlangt. Ferner wurde der Antrag der Stadtverordneten Kanterowicz u. Gen. angenommen: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

1. beim Bundesrat und beim Reichstag vorstellig zu werden behufs Herbeiführung von Maßregeln zur Linderung der Lebensmittelteuerung;
2. sich einem etwaigen gemeinsamen Vorgehen der Groß-Berliner Gemeinden in Sachen der Teuerung anzuschließen.

Weiter wurde noch ein Antrag Seiber angenommen, die Erörterung der praktischen Maßnahmen des Seefischverkaufs usw. der gemischten Teuerungskommission zu überweisen.

Zur Pflasterung der Sternstraße wurden aus dem Straßenregulierungsfonds 10.100 M. bewilligt. Bei der Vorlage betr. Ausbau der Uferstraße zwischen Körner- und Triftstraße zu den Dampferlandungsstellen der „Stern“-Gesellschaft wurde von Stadt. Kanterowicz verlangt, daß die Dampfer der Gesellschaft auf der Strecke Tegel-Heiligensee in Wilhelmstr. halten. Der geforderte Betrag von 17.000 M. wurde bewilligt. — Zur Einbringung des Nordhafens wurden 7000 M. festgesetzt. — Das Fremdenzuschlag wird vom 1. April 1913 für die Volksschulen von 24 auf 48 M. pro Kind und Jahr erhöht. Genosse Piel bemerkte hierzu, daß es sich um einen Betrag von 2500 M. handle, was bei dem Millionenetat Spandaus keine Rolle spielen könne. In Betracht kämen auch Waisenkinder, die hier erzogen werden, sowie Schifferkinder, die hier die Schule besuchen; man solle den Prosektorikindern den Besuch der Volksschule nicht erschweren. Bürgermeister Wolf bemerkte, daß das Waisenhaus in Berlin auch für Waisenkinder, die hier erzogen werden, eine Pauschalsumme bezahle. Für die Schifferkinder werde von den Eltern derselben ein wöchentliches Schulgeld erhoben. Der Betrag sei von der Regierung festgesetzt. — Die Erweiterung der Brunnenanlage des städtischen Wasserwerks auf eine Tagesleistung von 24.000 auf 48.000 Kubimeter und Bewilligung der Mittel im Betrage von 432.000 M. beschäftigte die Versammlung längere Zeit. Es wurde noch lebhafter Debatte bei der Wichtigkeit und der geringen Klärung der Vorlage eine zweite Lesung beschlossen und die Vorlage an die verstärkte Wasserwerkdeputation zurückverwiesen. — Einige kleinere Vorlagen wurden in Kürze erledigt.

Jugendveranstaltungen.

Advent. Sonntag, den 22. September: Tagespartie nach Gräniche. Treffpunkt morgens 8 Uhr an der Post. Regte Beteiligung aller Jugendlichen wird erwartet.

Rittwoch, den 25. d. M., abends 8 Uhr, im Stadttheater, Friedrichstraße: Jugendfeier, bestehend in künstlerischen Darstellungen usw. Eintritt für jugendliche Personen unter 18 Jahren frei. Ermäßigte Eintritt 20 Pf.

Aus aller Welt.

Amerikanische Gesellschaftsfeste.

Die Kosten der Lebenshaltung auch in Amerika sind für den Mittelstand und die ärmeren Bevölkerungsklassen im letzten Jahrzehnt derart in die Höhe gestiegen, daß sie nahezu unerschwinglich geworden sind und daß nach und nach ein Gefühl der Erbitterung und ohnmächtiger Empörung auch in solche Bevölkerungsklassen gedrungen ist, die früher friedlich und gemüthlich ein sorgenloses Dasein führten und sich bemüht waren, daß sie durch ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit für sich und die Ihren sorgen und auch an einen sorgenlosen Lebensabend denken konnten. Dieses Gefühl ist jedoch nicht allein und ausschließlich dadurch hervorgerufen worden, daß auch auf amerikanischem Boden der Kampf ums Dasein ein viel schwierigerer und aufreibenderer geworden ist als er es in früheren Jahren war, sondern zum großen Teil vielleicht auch durch die immer mehr und mehr hervortretenden Extravaganzen jener Klassen, die sich durch die Arbeit Tausender und Abertausender weniger vom Schicksal begünstigter Mitmenschen oder auch durch Familienerbschaft zu Mitgliedern der Millionenaristokratie emporgeschwungen und in jedem Sommer in New-York am Atlantischen Ozean, im Winter in der fünften Straße zu New-York ihren Sitz haben.

Und wenn man die Verichte liest, die auch in diesem Sommer wieder wie gewöhnlich aus New-York in die Öffentlichkeit dringen über die alles früher Gebotene in den Schatten stellenden Festlichkeiten dieser Geldaristokratie, dann vermag man sich gar nicht zu wundern, wenn man sieht, wie das Gefühl der Erbitterung steigt und wächst und sich immer weiterhin durch das Land ausbreitet. Kürzlich hat Frau Fisch in New-York ein Kostümfest veranstaltet, an dem auch hohe Berliner Kreise teilgenommen haben. Gefällige Prehogenen — Angestellte der sogenannten amerikanischen „Welt-“, übernahmen es, das Fest als das „großartigste gesellschaftliche Ereignis in der Geschichte von New-York“ in alle Welt hinauszuposaunen. Hunderte von weißen wilden Tauben und Tausende von Schmetterlingen ließ Frau Fisch über die Langenden im Ballsaal dahinschweben, der geradezu von feenhafter Pracht gewesen sein soll. Aber dieser traurige Sturm der Frau Fisch ließ Frau Cornelius Van derbilt nicht ruhen und sie beschloß mit einer anderen „gesellschaftlichen Großtat“ ihre Rivalin noch zu übertrumpfen.

Auch sie veranstaltete in ihrem Sommerschloß zu „Deauville“ in New-York einen Kostümball, bei dem den Prehnotizen zufolge „die Gäste in Kostüme von orientalischer Pracht und

Herzlichkeit gekleidet waren.“ Und während die Gäste, sämtlich natürlich aus den „oberen vierhundert der Millionenaristokratie“ beim Bruchmaße saßen, durfte ihnen eine im Sonderzug von New-York eigens zu diesem Zwecke herübergebrachte vollständige Theatertruppe die neueste musikalische Komödie vorspielen, die einige Tage zuvor in einem New-Yorker Theater ihre Uraufführung gehabt hatte. Dieser kleine Scherz hat die Veranstalterin etwa 10.000 Dollar gekostet, wie man natürlich der stauenden Welt sofort mitteilen läßt.

Und die präherliche Sucht dieser Drohnen der Gesellschaft nach immer neuen Extravaganzen wird steigen, bis eines Tages die ganze Herlichkeit unter der Empörung der ausgepressten Arbeitssklaven zusammenbricht. Daß dieser Tag schneller kommt, als es den Herrschenden lieb ist, dafür sorgt mit das eitle Zurückschauen des wahnsinnigsten Luxus.

Ein Direktor als Aktienfälscher.

Unter dem dringenden Verdachte der Aktienfälschung ist gestern in Kiel der Direktor Georg Reudel verhaftet worden. Reudel ist Leiter der Kieler Zweigniederlassung der Maschinenbau-Gesellschaft Gebr. Rötting. Der Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft waren von der Vereinsbank in Kiel 41 Aktien a tausend Mark zur Prüfung zugegangen, weil der Verdacht der Fälschung nahe lag. Die Fälschung wurde sofort erkannt, da die Nachzahlung nur mangelhaft ausgeführt war und der Reichsabgabestempel fehlte. Die von der Kriminalpolizei angestellten Forschungen haben ergeben, daß Reudel der Vereinsbank die Aktien zur Lombardierung übergeben hatte. Die Papiere sollten nicht weitergegeben werden, da Reudel sich erbot, sie innerhalb Jahresfrist einzulösen. Reudel gab bei seiner Vernehmung an, daß er die Aktien für 16.000 M. erworben habe. Inzwischen ist es der Kieler Polizei gelungen, das gesamte Material, womit die gefälschten Aktien hergestellt wurden, in einer Kieler Druckerei zu beschlagnahmen.

Wenn Väterchen reist.

Von der Freiheit des Väterchen erhält man einen Schwachen Begriff, wenn man sieht, wie Nikolaus jetzt in Polen reist. Eine dreifache Kette, Polakisten, Gen darmen und Soldaten, ist der Bahnlinie entlang aufgestellt. Die erste Linie ist neun Kilometer von der Grenze entfernt. Alle Wagen wurden durchsucht und in den Häusern der Arbeiter und Bauern finden täglich Hausdurchsuchungen statt. In Warschau gibt es täglich Passenderhaftungen. Die schlotternde Angst des Menschen, der über sein Volk die größten Greuel verhängt, zeigte sich auch in der Art, wie er auf das Verhalten eines Soldaten reagierte, der ihm aus der Reihe ein Wittgeßuch überreichte. Nikolaus ließ ihn und alle Borgeseßten des Truppenteils bestrafen.

Kleine Notizen.

Pilzvergiftungen. Zwei in Saarbrücken kürzlich an Vergiftung durch Pilze erkrankte Kinder sind im dortigen Krankenhaus gestorben; ihre Mutter schwört in Lebensgefahr.

Schwerer Betriebsunfall. Beim Verladen von Säcken auf dem Bahnhof in Königsberg i. Pr. wurden zwei Arbeiter von einer Rangiermaschine überfahren. Der eine wurde sofort getötet, dem anderen wurden beide Beine abgefahren. Explosion von 10.000 Patronen. Auf einer Meßdrohne explodierte in Moskau infolge Erschütterung eine Riste, in der zehntausend Pistolenpatronen enthalten waren. Der Stützer wurde lebensgefährlich verletzt.

Die Pest in Arahon. Seit dem Ausbruch der Pest sind im Gouvernment Arahon 68 Personen erkrankt. Davon sind 39 gestorben und vier genesen.

Automobilkatastrophe in Spanien. Ein Automobilomnibus, der den Dienst zwischen Artera und Segre verrief, stürzte infolge Verlagens der Steuerung in einen Graben. Sechzehn Passagiere wurden verletzt, davon acht schwer.

Freiwilligste Gemeinde. Sonntag, den 22. September: Fier der Jugendweibe im großen Festsaal von Lipp, Am Friedrichshain 16-22, früh 10 Uhr. Den Festvortrag hält Herr Dr. Bruno Wille über: „Unser höchster Beruf“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter zu Hamburg. (S. D. 29.) Illale Berlin 3. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 21. September, abends 8 Uhr, bei Kahler, Reichenberger Straße 164. — Illale Berlin 4. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 21. September, abends pünktlich 8 Uhr, bei Marxow, Andrasstraße 26. — Illale Reußlin. Versammlung am Sonnabend, den 21. September, abends 8 Uhr, Steinmühlstr. 114 bei Labert. — Illale Charlottenburg. Heute abends 8 Uhr im Volkshaus, Köpenickerstraße 3: Mitgliederversammlung. — Illale Lichtenberg II (früher Kummelsburg). Heute abend im Restaurant Oster Winke, Alt-Dogshagen 66, Ecke Neue Bahnhofstraße, Mitgliederversammlung.

Gegr.

1867

Stiller



Haupt-Geschäft: Jerusalemer Str. 32-35

Potsdamer Str. 2
Tautenzienstr. 19a
Friedrich-Str. 75
Königstr. 25 u. 26
Rosenthaler Str. 5
Oranien-Str. 161

Gr. Frankfurter Str. 123
Chaussee-Str. 114
Neukölln, Bergstr. 25
Schbg., Hauptstr. 146
Charlottenburg,
Wilmsdorfer Str. 45

Spezial-Verkauf von Mark 12⁵⁰ Artikeln

Tautenzienstraße 7b

Herbst-Schuhwaren

Nur erstklassige Fabrikate • Konkurrenzlos in Qualität und Paßform!

Besonders preiswertes Angebot

Für Herren:

Boxrind- und Roß-Chevreau-Schnürstiefel, auch mit Lackkappe, Mastbox-Zug- und Schnallenstiefel. **8 75**

Boxkalf- und Chevreau-Schnürstiefel, in schlank. u. breit. Modeform, Derby-Schaftschnitt, mit u. ohne Lackkappe, sehr haltbar, Rand gestuppt. **10 50**

Boxkalf- und Chevreau-Schnürstiefel in vielen Fassons, beste Qualität und Ausführung, Goodyear-Welt **12 50**

Für Damen:

Boxkalf- und Chevreau-Schnürstiefel, mit Lackkappen und Derby-Schaftschnitt **8 75**

Chevreau-Schnür- und Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen oder niedrigen Absätzen, Rand gedoppelt **10 50**

Chevreau-Schnür- und Knopfstiefel, auch mit Doppelsohlen, Goodyear-Welt **12 50**

Für Kinder:

Kinder-Schnür-Stiefel aus kräftigem Oberleder, in breiten Formen, dauerhafte Schul- u. Strapazier-Stiefel							
25-27	28-30	31-35	36-39	25-27	28-30	31-35	36-39
4 50	5 50	6 50	8 00	5 50	6 50	7 50	9 00

Herren- und Damen-Lack-Stiefel in neuen Fassons mit modernen Stoff- und Wildleder-Einsätzen
Elegante Abendschuhe für Damen

Ein eigenes Heim mit Garten.

Nicht weit vom Kreiskrankenhause in Brich, zwischen der Gannemann- und der Kronen-Röhren-Straße, wo sich vor wenigen Monaten noch eine öde Sandfläche ausstreckte, erheben sich jetzt die einfachen, aber anheimelnden Kleinhausbauten, welche die Baugenossenschaft „Ideal“ errichtet hat.

Doch es ist nicht das Wesentlichste an dem Projekt, daß die Baugenossenschaft „Ideal“ ihren Mitgliedern gesunde, bequeme und preiswerte Wohnungen in Einfamilienhäusern bietet. Wenn sie weiter nichts wollte, dann hätte sie vor anderen gemeinnützigen Baugenossenschaften nichts voraus.

Das von der Mietloferne — jedem sein eigenes Heim! Das ist die Parole, nach welcher das Bricher Projekt der Baugenossenschaft „Ideal“ ausgeführt wurde. Freilich, was in Brich bis jetzt vollendet ist und was in nächster Zeit noch folgen wird, ist erst ein erster Schritt auf dem Wege, welcher schließlich zur Befreiung der Mietloferne führen muß.

An den Vortag Professor Eberstadt knüpfte sich eine zwanglose Aussprache der Teilnehmer. Hier zeigte sich, daß die Genossenschaft bei der Durchführung ihres Projekts auf mancherlei Schwierigkeiten stieß. Da hier eine völlig neue Bewohnungsart vorliegt, und die Geldinstitute nur für den Mietlofernenbau zuverläßige Rentabilitätsberechnungen haben, so machte schon die Finanzierung des Unternehmens Schwierigkeiten, die aber schließlich in befriedigender Weise gelöst werden konnten.

Da elektrische Beleuchtung in gesundheitlicher Hinsicht jeder anderen Beleuchtungsart vorzuziehen ist, so war die Genossenschaft von Anfang an bemüht, ihren Mietern die elektrische Beleuchtung der Wohnungen zu ermöglichen. Das gelang auch durch ein Entgegenkommen des hiesigen Elektrizitätswerkes Reußfölln. Das Werk berechnete den Strom für die Genossenschaftshäuser nach dem Großabnehmerkurse. Die Genossenschaft schloß mit dem Elektrizitätswerk einen Vertrag, wonach jeder Mieter für eine monatliche Gebühr von etwa 2 Mk. mit einer Lichtstärke von hundert Normalkerzen in unbefristeter Stundenzahl seine Wohnung beleuchten kann.

Ein Ausgang durch die Siedelung löste bei den Teilnehmern volle Befriedigung mit dem Werke der Baugenossenschaft „Ideal“ aus. Am Sonntag, den 22. d. M., ließen die fertigen Häuser der allgemeinen Besichtigung offen. Eine der Wohnungen ist durch die Kommission für vorbildliche Arbeitermöbel ausgestattet. Sie soll als Ausstellung einer Ruheruherwohnung für längere Zeit dem Publikum geöffnet bleiben.

Table with 4 columns: Item, August 1911, August 1912, mehr. Rows include Kohlen, Koks, and Bricketts.

Die Gesamtförderung von Kohlen und der Gesamtverband von Koks und Bricketts haben die Monatsziffern von Februar und Juni noch übertroffen und sind damit höher als je seit Bestehen des Syndikats. Der Bericht äußert sich selbst darüber: „Die gegen Schluß des Vorjahres eingetretene Verringerung in den Absatzverhältnissen, die im März des laufenden Jahres durch den Arbeiterausstand nur kurze Zeit unterbrochen wurde, hat sich im Berichtsmonat ungeschwächt fortgesetzt.“

Entsprechend dieser günstigen Beschäftigungslage wurde die Produktionsbeschränkung für Koks ganz aufgehoben. Die Werte können bis auf weiteres ihre Beteiligungsquoten voll ausnützen. Die Produktionsbeschränkung für Koks ist um 7 Prozent ermäßigt worden. Statt je 75 Prozent können die Werke jetzt je 82 Prozent ihrer Beteiligung Koks produzieren.

Gegenüber diesen Rekordziffern muß wiederum betont werden, daß die Löhne im Kohlenbergbau die des Jahres 1907 mit geringerer Produktion noch immer nicht erreichen. Eine Verringerung der Arbeitsbedingungen, die im Frühjahr durch den Verrat der Christlichen bereitete wurde, ist um so mehr erforderlich, als gerade in Rheinland-Westfalen die Lebensmittelpreise außerordentlich hoch stehen, zum Teil noch höher als in Berlin.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur

Förderung des Betriebes zur Unterhaltungslektüre

- 1. Anerkannt gute Jugendbücher zum Preise von 10-30 Pf. sind in größerer Anzahl angeschafft worden und werden leihweise gegen Deposition des Preises zur Verfügung gestellt.
2. Jedermann erhält in den nachstehend angeführten Ausgabestellen ohne Legitimation so viele Bücher wie er will. Er hat entweder den Wert der Bücher zu deponieren oder bereits früher entnommene Bücher zurückzugeben. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben.
3. Wer die Bücher behalten will, hat dazu das Recht, er hat dann bei Entnahme neuer Bücher wiederum den entsprechenden Betrag zu deponieren.

Zunächst sind folgende

- Antonsstr. 31. Zigarrengeschäft von Kniegmann. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Blauenfelderstr. 10. Verband der Schuhmacher. Von 10-1 und 4 bis 7 Uhr mit Ausnahme des Freitags und Sonnabends.
Brunnenstr. 115. Arbeiter-Jugendheim. Von 6-10 Uhr.
Gartenstr. 21. Zigarrengeschäft von Godebsch. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Gleibschtr. 11. Verband der Fleischer. Von 10-1 Uhr und 5-7 Uhr.
Emdenstr. 20 bei Wörth. Von 8-9 1/2 Uhr.
Engelstr. 15. Zigarrengeschäft von Dorch. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Fehmarstr. 8. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Gartenstr. 101. Verband der Kupferhämmer. Von 10-11 Uhr und 6-7 Uhr.
Gr. Frankfurter Str. 126. Arbeiter-Jugendheim. Von 6-10 Uhr.
Kopernikusstr. 11. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Kleinstr. 73. Verband der Schmiede. Von 9 1/2-12 Uhr und 6 1/2, bis 8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Lippener Str. 15. Zigarrengeschäft von Perle. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Mantelstr. 73. Zigarrengeschäft von Otto Duffe. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Neidstr. 25. Verband der Bäcker. Von 9-1 Uhr.
Niederkirchstr. 91. Zigarrengeschäft von Eldor Schmidt. Von 8-8, Sonnabends von 8-6 Uhr.
Pappelstr. 15/17. Bureau der Freireligiösen Gemeinde. Sonntags 10-12 Uhr, wochentags außer Donnerstag von 12-5 Uhr.
Petersburger Str. 5. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Rostocker Str. 40. Zigarrengeschäft von Berner. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Rothenstr. 1. Zigarrengeschäft von Polz. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Schwarzenbergstr. 1. Zigarrengeschäft von Hch. Rausch. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Sebastianstr. 37/38. Verband der Schneider. Von 9-1 Uhr.
Seinstr. 8. part. Verband der Fleischer. Von 9-1 Uhr und 5-7 Uhr.
Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen. Vor und nach jeder Vereinsversammlung.
Baracke:
Vogelwangen-Tummelburg, Alt-Fochagen 56. Jugendheim. Von 7 1/2 bis 9 Uhr, mit Ausnahme des Dienstags.
Brich, Koblörren, Knechtel'sches Restaurant, Jüly, Berderstr. 28. Sonnabends von 8-10 Uhr.
Charlottenburg, Arbeiter-Jugendheim, Rosenstr. 3. Dienstag, Donnerstags, Sonnabends und Sonntag von 7-9 1/2 Uhr.
Germersdorf, Wandersmannstr. Vorkamp, Tegel. Ausgabestelle: Freie Scholle Nr. 4, Sonntags vormittags.
Lichtenberg, Hagenstraße, 14. Arbeiter-Jugendheim. Von 10-7 Uhr.
Neustadt, Seidewitzstr. 8. Arbeiter-Jugendheim. Mittwochs und Sonnabends von 6 1/2-10 Uhr.
Pankow, Pankowstr. 20. „Pankow“-Siedlung. Von 10-7 Uhr.
Schmiedestr. 20. Zigarrengeschäft von Köhner. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Kaiser-Friedrichstr. 66, Aufg. I, Erdgeschoss links. Buchbinderei Otto Becker. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Reinholdsdorf-Weiß, Gieselerstr. 87. Zigarrengeschäft von Riebel. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Schöneberg, Gieselerstr. 23. Zigarrengeschäft von Dräger. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Straßen, Anstaltstr. 16 II. bei Rausch. Montag und Donnerstags von 3 1/2 bis 5 Uhr, Sonnabends von 5-8 Uhr.
Tegel, Seidewitzstr. 8. Jugendheim. Montags und Donnerstags von 8-10 Uhr.
Tropfow, Grachtstr. 16. Gutgeschäft von Fröhe. Von 8-8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Weitere Ausgabestellen werden auf Wunsch errichtet.

12-4. Dezember und Januar 12-3. Am Montag und an Feiertagen (außer den zweiten Feiertagen): geschlossen.
Architekturmuseum. Technische Hochschule, Charlottenburg, Berlinerstraße 151. Montag 10-3 (auch 5 1/2-7 1/2), vom Oktober bis März, Dienstag 12-3, (auch 10-12 für Stadlerwerke), Mittwoch 10-12, Donnerstag 12-3 (auch 10-12 für Stadlerwerke, auch 5 1/2-7 1/2), vom Oktober bis März, Freitag 10-3. Geschlossen: Sonnabend und Sonntag.

Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Charlottenburg, Braunsfelderstraße 11/12. An allen Wochentagen (außer Montag) 10-1, am Dienstag und Donnerstag auch 6-9 abends. Sonntag 1-5.
Baumuseum. Siehe Verkehrsbaumuseum.

Berg- und Gärtenmuseum. Invalidenstr. 44. Sonntag (außer Sonnabend) 12-2, am Sonntag: April bis September 12-6, Oktober und März 12-6, November und Februar 12-4, Dezember und Januar 12-3.

Botanischer Garten. Dahlem. Unentgeltlich: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 2-7, Sonntag 10-7. An Wochentagen vormittags Zutritt nur gegen Erwerbung des „Führers“ (beim Pfleimer). [Nur im Sommer geöffnet.]
Botanisches Museum. Dahlem. Montag und Donnerstag 8-6, Mittwoch 9-6.

Gläserbaumuseum. Siehe Verkehrsbaumuseum.
Kaiser Friedrich-Museum. Kronenstraße. Eröffnung: an den Wochentagen (außer Montag) um 10, am Montag um 1, am Sonntag und an den zweiten Feiertagen, Oster- und Pfingstfeiertagen um 12. Schluß an allen Tagen: April bis September um 6, Oktober und März um 5, November und Februar um 4, Dezember und Januar um 3. Eintrittsgeld: Montag 1 Mk., Dienstag und Mittwoch 50 Pf. Eintritt frei: an allen übrigen Tagen.

Hygienemuseum. Pflanzstr. 4. Dienstag und Freitag 10-2; Sonntag: April bis September 1-6, Oktober und März 1-5, November und Februar 1-4, Dezember und Januar 1-3.

Kunsthilfsmuseum. Prinz-Albrechtstr. 7. Besuchszeit wie beim Alten Museum.
Landwirtschaftsmuseum. Invalidenstr. 42. An den Wochentagen (außer Montag) 10-3. In jedem dritten Sonntag im Monat: 11-5.

Märkisches Provinzial-Museum. Wallstr. 50/51. Besuchszeit täglich (mit Ausnahme von Sonnabends) 10-3 Uhr. Eintritt frei. Gedruckte Führer 10 Pf.

Meereskunde-Museum. Georgenstr. 34-36. Sonnabend und Montag 11-4, Sonntag 12-3.
National-Galerie. Museumsinsel, an der Friedrichsbrücke. Eröffnung: an den Wochentagen (außer Donnerstag) um 10, am Donnerstag um 1, am Sonntag und an den zweiten Feiertagen, Oster- und Pfingstfeiertagen um 12. Schluß an allen Tagen: April bis September um 6, Oktober und März um 5, November und Februar um 4, Dezember und Januar um 3. Eintrittsgeld: Donnerstag 1 Mk., Freitag und Sonnabend 50 Pf. Eintritt an allen übrigen Tagen frei.

Naturkunde-Museum. Invalidenstr. 42. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend: April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3. Am Sonntag und an den zweiten Feiertagen: wie beim Alten Museum.

Potsdam-Museum. Leipzigstr. 10/13. Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10-2. Am Sonntag und an den zweiten Feiertagen: 12-2.
Rauhs-Museum. (Werke von Ernst Rauhs.) Klosterstr. 76. Wochentags: April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3.

Rathaus. Rindfleisch. Täglich (außer Donnerstag und Freitag) 10-3, unentgeltlich. Laubhüttenplatz: April bis September, täglich (auch Donnerstag und Freitag) 10-3, Eintrittsgeld 20 Pf.

Stadthaus. Rindfleisch. An Wochentagen von 11-3 Uhr und Sonntags von 11-2 Uhr. Montag und Donnerstags Zutritt frei. An anderen Tagen 20 Pf. Eintritt.

Reichstagsgebäude. Rindfleisch. An Wochentagen 8 1/2-9 1/2, vormittags, am Sonntag 2-4. Eintrittsgeld 50 Pf.

Sternwarte. Erdplatz 3a. Mittwoch und Sonnabend, im Sommer 9-11, vormittags, im Winter 10-11 vormittags.

Sternwarte. Expositoren Platz. Täglich von 2 Uhr nachmittags ab, im Sommer bis 12 Uhr nachts, im Winter bis 10 Uhr abends. Eintrittsgeld: 50 Pf. für Besichtigung der Sternwarte und des Astronomischen Museums, 1 Mk. für Besichtigung mit dem großen Fernrohr.

Sternwarte der „Anania“. Invalidenstr. 67/62. Täglich 7 1/2-11 Uhr abends. Eintrittsgeld 50 Pf.

Urania. Sammlungen und wissenschaftliches Theater. Landwehrstr. 48. Täglich von 10 Uhr vormittags ab. Eintrittsgeld 50 Pfennig (für Abendvorstellungen von 1 Mark an).

Verkehrs- und Baumuseum. Invalidenstr. 61. Sonntag 11-4, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10-4, Mittwoch und Sonnabend 2-8.

Völkermuseum. Königsplatz. 120. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Museum für deutsche Volkstrachten und Volkskunde. Klosterstraße 36. Besuchszeit wie beim Alten und Neuen Museum.

Jugendhaus. An der Schloßbrücke. Wochentags (außer Sonnabend): März bis Oktober 10-3, November bis Februar 10-2; am Sonntag und an den zweiten Feiertagen 12-3.

Zoologischer Garten. Eingänge: Lohm-Ufer, Kurfürstendamm und Stadthausplatz. Eintrittsgeld: an Wochentagen 1 Mark, (abends nach 6 Uhr 50 Pf.), an Sonn- und Feiertagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am ersten Sonntag jedes Monats 25 Pf.

Eingegangene Druckschriften.

- Basin. Schwank von E. Wigand. 2 B. — E. Wigand, Berlin-Relwitz.
Neues Leben durch natürliche, vernünftige Kräftigung, Heilung des Körpers und Geistes von P. Hübl. 2 B. — Selbstverlag Berlin, Baumstr. 67.
Die deutschen Flugzeuge in Wort und Bild. Von C. B. Vogelzang. 1, 20 B. — C. B. Vogelzang, Charlottenburg.
Die Formen des wirtschaftlichen Kampfes. Von G. Schmitt. 12 B., geb. 14 Mk. — J. Springer, Berlin W. 9.
Der Lebensweg. Von Leo Tolstoj. 5 B., geb. 6 Mk. — Schulze u. Co., Leipzig.
Führer durch das Versicherungsgeschäft für Angestellte. Von O. Hattat. 25 B. — Schmidt'sche Tagewelt, Stuttgart.
Protokoll des 8. Verbandstages des Deutschen Transportarbeiterverbandes 1912. — 222 S. — „Comtes“, Berlin, Angelstr. 21.
Die deutschen Lande in der Dichtung. Bd. 1. Deutschland. Herausgegeben von Dr. H. Gies. (Herausgeber Bd. 42.) Deutsche Dichter-Gedächtnis-Ausgabe Hamburg-Verlag.
Lu. die Kollette. Roman von H. Landsberger. 4 B., geb. 5,50 Mk. — G. Müller, München.
Der Schilling. Kalenderbuch 1913. Herausgegeben vom Schilling-Bunde. 60 B. — A. Spohnhöl, Hannover.
Die Getreideernteausbeute im Rahmen unserer Schutzpolitik. Von Dr. G. Jung. 320 S. — E. Reiber, Berlin W. 37.
Der liegende Tod der Japaner. Kriegstagebuch eines deutschen Offiziers. Von O. Schmidt-Reimer. 1, 20 B., geb. 1,20 Mk. Westdeutsche Verlagsanstalt, Wiesbaden.
Wie mache ich Inventar und Bilanzabsluß? Von O. Luff. Baumgarten Verlag, Buchhandlung, Saarbrücken 3. 1, 50 B.
Wie prüft man Auswertel und Anlagen? Von P. G. Martens. 1 B., 4 Bll., Wiesbaden 35.
Leipzig in Altären. Herausgegeben vom Leipziger Bürgerbunde. G. Weidner, Leipzig. 75 B.
Deutsche Literaturgeschichte-Kalender in Wort und Bild. Herausgegeben von Dr. H. Gies. 30 B. — G. Reiber, Berlin W. 37.
Hefes Volkshanderei. 61-62. Aus dem Reich Meiers Traumwelt. Erz. von O. Ernst. — 699-700. Otto Ernst. (Deutsche Heftreihe 12.) Von H. Latschew. Einzelnummer 20 B. Heft u. Veder, Leipzig.
Richard Wagner's Lebensbericht. 1 B. 2. Dertel, Hannover.
Die deutsche Frauenbewegung. Von J. Voßberg. 20 B. G. Ullrich, Berlin W. 1.
Die deutsch-Deutsche Treue. Zweiter Nachtrag zu der Denkschrift: „Das Vaterland in Gefahr“ von O. Reiffel. 1 B. John Schöner, Berlin O. 27.
Glothe-Kalender der Jahre von D. J. Bierbaum auf das Jahr 1913. Herausgegeben von C. Schindler. Leipzig, Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung Th. Weiser. Part. 1, 50 B.
Die hundertjährigen Jubiläe in den Verlagsbereich. Statistische Erhebung der Verlagsbuchhandlungen der Verleger bearbeitet und herausgegeben von Dr. H. Gies. 100 B. — G. Reiber, Berlin W. 37.
Der Liebes und des Meeres Welten. Weltreisepanorama von H. Benkel-Schwab. 2 B., geb. 2 Mk. Reiber-Verlag, Leipzig.
Straßenschilder für das Deutsche Reich mit Aufhängeschildern. Herausgeber: Justizrat Dr. H. Barck. 80 B., geb. 1,20 Mk. — G. Roth, Gießen.
Wanderbogen. Geschichte einer Jugendbewegung von O. Müller. 1. Teil: Heimat und Aufbruch. 100 S. — G. Reiber, Leipzig, Berliner Straße 15.

Aus Industrie und Handel.

Ausförderung im Kohlenbergbau. In der Besondereversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats wurde über außerordentliche hohe Förderungs- und Absatzverhältnisse vom August dieses Jahres berichtet. Es betrug in 1000 Tonnen:

Museen, Sammlungen, Sehenswürdigkeiten.

Altes und Neues Museum. Am Lustgarten. Wochentags (außer Montag): April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3. Am Sonntag und an den zweiten Feiertagen, Oster-, Pfingstfeiertagen: April bis September 12-5, Oktober und März 12-5, November und Dezember...

Billige Lebensmittel



Streichhölzer 95 Pf.
4 Pack

Stonsdorfer Likör 1/2 Fl. 95 Pf.
Viktoria-Erbse n. Ernte 19 Pf.
Geschälte Erbsen 23 Pf.
Grosse Linsen 23 Pf.
Kleine Linsen 18 Pf.
Rangoon-Reis 18 Pf.
Java-Reis 28 Pf.
Kaiser-Auszugmehl 19 Pf.
Ungarwein 1/2 Fl. 95 Pf.

Prima Rotwurst 55 Pf.	Berl. Mettwurst 85 Pf.
Zwiebelwurst 65 Pf.	Meckl. Zervelatw. 135 Pf.
Landlieberwurst 95 Pf.	Meckl. Salamiwurst 135 Pf.
Kassler Rippespeer 1.-M. 88 Pf.	Magerspeck 1.-M. 95 Pf.
Pökelkamm 88 Pf.	Fetter Speck 95 Pf.
Rückenfett 88 Pf.	Mausschinken 125 Pf.
Fleischwurst 95 Pf.	Stett. Teewurst 135 Pf.
Jagdwurst 95 Pf.	Knoblauchwurst 130 Pf.
Ananas Pflückäpfel 25 Pf.	

Alpenkräuter-Likör 1/2 Fl. 95 Pf.
Zuckerhonig ca. 5-Pfd.-Glas 95 Pf.
Naturhonig 2-Pfd.-Glas 95 Pf.
Marmelade n. Ernte 30 Pf.
Pflaumen-Marmelade 33 Pf.
Holst. Pflanzenbutter 78 Pf.
Naturbutter, feinste 1/2 Pfd. 68 Pf.
Bratenschmalz 68 Pf.
Portwein 1/2 Fl. 95 Pf.

Kostüm-Röcke schwarze, marine, Chinos 395	2 breite Selbstbinder 95 Pf.	Tailentücher 95 Pf.
Untertailen breite Stückerel 95 Pf.	Kinder-Hänger-Schürzen 38 Pf.	Herrn-Kragen Stück 28 Pf.
Kinder-Sweater 95 Pf.	Moderne Herbst-Blusen 195	Hö Post. Damen-Saml-Schuhe Paar 295
Woll-Damen- und Herren-Strümpfe Pa. 95 Pf.	Slickerel-Schürzen breite Einnähte 195	Korsetts samt Aussuchen Stück 95 Pf.
Damen-Handschuhe Seide 10 Kn. lang 95 Pf.	Kamelhaar-Hausschuhe mit Paar 95 Pf.	Damen-Handschuhe Waschbinder mit 95 Pf.

Die Restbestände
unserer
95-Pf.
Tage bieten noch
grosse Vorteile!

Lachmann & Scholz

Turm - Strasse 76

Grösstes Warenhaus in Moabit

Otto - Strasse 1

Einsegnung
empfehle mein groß. Lager in
Uhren, Gold- und Silberwaren.
Stets Eingang von Neuheiten!
Gelegenheitskauf: Starkgold, 14 Karat, Hascop-Remonte-Uhren, 3 Kapseln, 85 Mark, 3 Jahre schriftlich Garantie. Massiv gold. Dam-Uhr, 15 Mk.
Karl Reichel, Uhrmacher, n. Juwelier, 7. Hermannplatz 7. Vorzeigen d. Inserats 10% Rabatt.

Herren-Hüte
bekannt als beste und billigste
Bezugsquelle für
in jeder Preislage
Radloff, Charlottenburg, Berliner Str. 51. Gegründet 1873.

Herren-Garderobe
nach Maß
unter Garantie für zufriedenstellenden Sitz
geg. wöchentliche Teilzahlung
von 1 Mk. an.
Besondere Abteilung für fertige Garderobe, die ich während der stillen Zeit in meinen eigenen Werkstätten anfertige habe.
Marin Katz, Schneidermeister, Dresdener Str. 76 II, Nähe Thalia-Theater.

Hört! Hört!
Regenschirme! Stauend
Kein Laden, Fabrikzierlinge.
A. Möhle, Alexandrinenstr. 124, I. Vorwärtsstr. bis 5. Okt. 5%, Rabatt

MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen. Mäßige Anzahlung, kleine monatliche Raten. Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei weitem niedriger als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. Diskrete Lieferung, keine Einkassierer. Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel, kulantes Entgegenkommen bei Zahlungsstockungen und durch Weiterempfehlung seitens unserer Kundschaft ist unser Geschäft in fünfzehnjährigem Bestehen von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etage,
dicht an der Potsdamer Straße.

Mitglied des Vereins Berliner Möbel-Industrieller

Sonntags geöffnet

Schuhwarenhaus Kottbuser Damm 12a eine Treppe
gibt Lesern dieser Zeitung 5 Proz. in bar!
Beste, reichhaltigste Auswahl reeller Schuhwaren zu festen aber auffallend billigen Preisen.

Herrenstiefel von 675, Damenstiefel von 575 an.
Großes Lager in Einsegnungstiefeln sowie sämtlichen Winterschuhwaren.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer nach Pichelswerder,
an der neuen Geeststraße beim Alten Freund.

Beleuchtungskörper
Kronen, Lampen, Wandarme etc.
zu durchaus soliden Preisen in guter Ausführung empfiehlt
Paul Greiner, Neukölln, Bergstr. 132
Eigene Betriebswerkstatt.

Ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter, gediegender Arbeit empfiehlt
Wih. Lambrecht, Berlin SW., Simeonstr. 19.
Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

20 jährige Erfolge!
Wanzen
tötet unfehlbar mit Brut
Reichels Wanzenfluid „Radikal“,
Fl. 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-, 11.-, 12.-, 13.-, 14.-, 15.-, 16.-, 17.-, 18.-, 19.-, 20.-
tötet unfehlbar, nicht feuergefährlich.
Kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung.
Schwaben
vernichtet mit Brut radikal und sicher
Reichels Spezial-Schwaben-Powder „Martial“,
Fl. 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-, 11.-, 12.-, 13.-, 14.-, 15.-, 16.-, 17.-, 18.-, 19.-, 20.-
Spezialapparate von 50 Pf. an.
In allen Drogerien erhältlich.
Man verlange aber ausdrücklich
Reichels Spezialmittel, die
einzig echt u. garantiert wirksam
sind nur i. Original-
packungen. **Tod u. Tausend** sind
mit Warte.
Alleiniger Fabrikant:
Otto Reichel, 50., Lindenbühlstraße 4.

Sie müssen sich sehr beeilen
wenn Sie
Uhren und Goldwaren
präzise reparieren lassen wollen
in der billigen
Uhren- u. Goldwaren-Zentrale
Dresdener Straße 80
(nebes Thalia-Theater).
Vorwärts-Leser 10% Rabatt.

Zöpfe.
Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den
allerbilligsten Preisen.
Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 8.
Zöpfe- und Perückenfabrik.

Kredit! - Wohnungs-Einrichtungen - Kredit!

Komplette Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer sowie einzelne Ergänzungsmöbel in allen Preislagen

Stube und Küche
bestehend aus

1 Bettstelle mit Matratze	Anzahlg. von 20 Mark an. Wochentage 1.50 Mk.
1 Kleiderschrank	
1 Spind mit Spiegel	
1 Tisch und 2 Stühlen	
1 Küchenspind	
1 Küchentisch mit Stuhl	

Einrichtung I

2 engl. Bettstellen mit Matratze und Keilkissen	Anzahlg. von 35 Mark an.
1 englischer Kleiderschrank	
1 Tisch mit 4 Stühlen	
1 Sofa	
1 Trumeau	
1 bunte mod. Küche m. Messingvergl.	

Einrichtung II

2 Bettstellen m. Matr. u. Keilkissen	Anzahlg. von 60 Mark an.
1 Spiegelschrank	
1 Waschtilette mit Marmor	
2 Nachtschränke	
2 Stühle	
1 Sofa mit Umbau	
1 Tisch mit 4 Stühlen	
1 Vertiko	
1 kompl. bunte Küche	

Einzelne bunte moderne Küchen
Teppiche in grosser Auswahl
Gardinen, Portieren
Einzelne Ergänzungsmöbel
von **5 Mk. Anzahlung** an.

Herren-Konfektion
Modernste Jackett- und Gehrock-Anzüge
Schicke Uster und Paletots
Kleinste Anzahlung!

Kaufhaus zum Rollkrug
Hermannstrasse 257 **Neukölln** Berliner Strasse 1

Damen-Konfektion
Grösste Auswahl in neuesten Kostümen, Mänteln und Ustern, modernen Kleidern, Röcken und Blusen
Kleinste Anzahlung!